

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Krieg nach innen und außen

Bereits sieben Jahre stagniert die deutsche Wirtschaftsleistung – sie wuchs seit 2019 um 0,3 Prozent, die der Volksrepublik China um etwa 26 Prozent, die der USA um 15,1 Prozent, die Spaniens um 10,1 Prozent und die Italiens um 6,4 Prozent. Investitionen deutscher Unternehmen sanken in dieser Zeit um 8,8 Prozent. Stürmisch wachsen allein die Rüstungsindustrie und die Zahl der Superreichen mit einem Barvermögen von mindestens 100 Millionen US-Dollar. Ihre Zahl stieg in Deutschland allein im Jahr 2025 von 3900 auf rund 5000. Sie verfügen über 27,3 Prozent aller Barvermögen. Zugleich wachsen wie stets im Krisenkapitalismus relative und absolute Armut. Am 2. Juni berichtete der Sozialverband Der Paritätische in seinem Armutsbericht 2026: „Die Armutsbetroffenheit ist im Betrachtungszeitraum der letzten fünf Jahre auf ihrem Höchststand. Insgesamt 13,3 Millionen Menschen sind hierzulande von Einkommensarmut betroffen. Die Armutsquote liegt bei 16,1 Prozent.“ Unter den Älteren betrage sie 19,5 Prozent, bei den Alleinlebenden 30,8 Prozent, unter Alleinerziehenden 28,9 Prozent. In Bayern lebe jede achte Person in Armut, in Sachsen-Anhalt jede fünfte, in Bremen sogar jedervierte. In den Metropolen geht Armut verstärkt in Verelendung über. Diese Lage und die Absicht, die Führung in der EU allein zu übernehmen und Rußland militärisch zu besiegen, bestärken die Bundesregierung bei ihrem Generalangriff auf die Arbeiterklasse. Dafür wurde sie 2025 gebildet. Wer unbegrenzt Milliarden Euro in den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland steckt, muß den „Sozialstaat“ für unfinanzierbar erklären und ihn schleifen. Sowjetunion und DDR üben keinen stummen Zwang zu sozialer Fassade mehr aus. Wer Panzer baut, bezahlt keine Pädagogen. Das verkommene Bildungssystem der BRD wurde allerdings schon im Kalten Krieg heruntergewirtschaftet. Ein Ergebnis: 18,8 Prozent der 20- bis 34-jährigen haben heute keine Berufsqualifikation – insgesamt fast 2,8 Millionen Menschen. Im Zeichen der Krise des Kapitals soll Krieg nach innen und außen unter Einschluss von faschistischer Demagogie wieder einmal

einen Ausweg bringen. Laut Ankündigung der Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) sollte noch im Juni ein entscheidender, wenn nicht der wichtigste Pfeiler der Errungenschaften der Arbeiterbewegung beseitigt werden: der am 12. November 1918 als eine der ersten Maßnahmen der Novemberrevolution vom Rat der Volksbeauftragten eingeführte Achtstundentag. Gegenwärtig sieht das deutsche Arbeitszeitgesetz vor, dass Beschäftigte maximal acht Stunden am Tag arbeiten dürfen. In Ausnahmefällen sind auch zehn Stunden möglich, unter der Bedingung, daß der Durchschnitt über sechs Monate hinweg bei acht Stunden bleibt. Hinzu kommt eine wöchentliche Obergrenze von insgesamt 48 Stunden. Damit soll Schluß sein. Zulässig wird zukünftig ein Arbeitstag von 12 Stunden und 15 Minuten – bei einer Sechs-Tage-Woche. „In Extremfällen könnten Arbeitgeber ihre Beschäftigten also 73,5 Stunden in der Woche zur Arbeit verpflichten“, kritisierten bereits 2025 Arbeitsrechtler des Hugo-Sinzheimer-Instituts für Arbeits- und Sozialrecht das Vorhaben. Zwar müßte über einen längeren Zeitraum hinweg weiterhin ein 48-Stunden-Durchschnitt eingehalten werden, doch bei einzelnen Wochen wäre eine derart hohe Arbeitsbelastung gesetzlich zulässig. Beschäftigte hätten kaum eine Chance, sich einem Zwölfstundentag zu widersetzen, so die Juristen. Das wäre, um ein Wort von Karl Marx aus dem Jahr 1864 aufzugreifen, der Sieg der Politischen Ökonomie des Kapitals über die der Arbeiterklasse. Als deren Sieg bezeichnete Marx damals die nach 30 Jahren Kampf erreichte gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages auf zehn Stunden in England. Die heutige deutsche Regierung, in der die SPD sitzt, will nicht nur vor 1918, sondern vor 1864 zurück. Der deutsche Imperialismus schwimmt sich frei und führt Krieg nach innen und außen. Im neusten Größenwahn nimmt er es nicht nur mit der eigenen Arbeiterklasse auf und läßt ihren schwachen Protest von der faschistisch durchseuchten AfD kanalisieren und harmlos machen. Das ist ein Weg, um die Klasse zu schwächen, der

andere deren Integration durch SPD und Gewerkschaften. Das reicht aber nicht. Berlin legt sich nun auch noch bei strategischen Rüstungsvorhaben mit Paris an. Das ist zwar ein Konflikt zwischen zwei imperialistischen Räuberstaaten, aber auch ein Beleg für deutsche Realitätsverweigerung. Wer allerdings unter den Herrschenden glaubt, den Sieg über die eigene Arbeiterklasse schon in der Tasche zu haben, irrt. In Wirklichkeit gehen Klassen- und Friedenskampf in eine neue Etappe.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Brot und Butter statt Bomben und Krieg	2
Klassenkampf findet statt, egal ob wir ihn führen	3
„Generalangriff auf den Sozialstaat“	4
Werkzeuge des Krieges	5
Schuldumkehr: Umbenennung der Geschichte	6
Fakten und Folgen der aktuellen Ost-West-Konfrontation	8
Was haben wir mit dem Ukraine-Krieg zu tun?	10
Systematische Provokationen gegen Rußland	11
Fragen und Antworten zu aktuellen militärpolitischen Fragen	13
Der nächste Kriegsschauplatz - Kuba?	16
Neue Blockademaßnahmen der USA gegen Kuba	17
Kuba ist nicht isoliert	17
Der Iran geht das Risiko eines Krieges ein	18
Israel weitet seine Angriffe auf den Libanon aus	19
War der Hamas-Überfall Netanjahus Kalkül?	20
Seidenstraße aktuell	21
Ministerin Reiche in China	21
Burkina Faso: Der erste Fünfjahrplan „Relance“	22
Patrice Lumumba - Fanal Afrikas	23
Vor 500 Jahren ging bei Mohács das mittelalterliche Ungarn unter	24
Köpenicker Blutwoche Juni 1933	26
Vor 70 Jahren wurde die KPD verboten	27
Die Organisation Gehlen	29
Zum 90 Jahrestag des Spanischen Bürgerkrieges	30
RF-Archiv: Ein Buch über Sowjetrußland	31

„In Berlin werden am 20. September ein neues Abgeordnetenhaus und 12 Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Das BSW stellt neben berlinspezifischen Themen sein Kernthema Frieden in den Mittelpunkt des Wahlkampfes.“
Wiebke Diehl, Geschäftsführerin BSW des Landesverbandes Berlin, übergab dem „RotFuchs“ dazu nachfolgende Erklärung:

Brot und Butter statt Bomben und Krieg

„Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Stunde schießen.“ Dieser Ausspruch des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ist heute so wahr und existentiell wie damals. Weil wir in hochgefährlichen Zeiten leben, in der die Welt immer näher an den Rand eines Dritten Weltkriegs gedrängt wird. Aber auch, weil die parteipolitische Landschaft in Deutschland kaum noch Kräfte zu bieten hat, die konsequent für Frieden eintreten.

Viele Gründer des Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) haben ihre ehemalige Partei Die Linke verlassen, weil sie in der Friedensfrage nicht (mehr) glaubwürdig war. Es begann mit der Aufkündigung der Palästinasolidarität und Antisemitismuskritik gegen diejenigen, die sich für die völkerrechtlich verbrieften Rechte der Palästinenser einsetzten und gegen sie begangene Verbrechen anprangerten. Schleichend wurden auch die allgemeinen friedenspolitischen Grundsätze aufgeweicht – durch die Verwässerung der Kritik an der NATO, die zunächst vereinzelte (Vernichtung der syrischen Chemiewaffen) und dann sogar mehrheitliche Zustimmung der Bundestagsfraktion zu Auslandseinsätzen (Evakuierungsmission aus dem Sudan 2023, nachdem man sich bereits 2021 bei der Evakuierungsmission aus Afghanistan enthalten hatte), bis hin zur Zustimmung zu den Kriegskrediten (sogenannte Lockerung der Schuldenbremse) im Bundesrat durch die „linken“ Minister/Senatoren aus Bremen und Mecklenburg-Vorpommern.

Die DNA des BSW, der Gründungskonsens der Partei, ist eine konsequente Friedenspolitik. Wir treten ein für Deeskalation statt militärischer Gewalt, für Verhandlungen statt Aufrüstung, für die Einhaltung des Völkerrechts, gegen Auslandseinsätze und Wehrpflicht und für eine selbstbewusste und unabhängige Außenpolitik, die das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und nicht die blinde Unterordnung unter Interessen der USA und der Rüstungskonzerne in den Mittelpunkt stellt. Doppelmoral, etwa die Verurteilung von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen hier und deren Billigung dort, lehnen wir ab. Wir wollen in Frieden mit unseren Nachbarn leben und selbstverständlich brauchen wir eine Sicherheitsarchitektur in Europa, die auch die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt. Das BSW spricht offen aus, daß es nicht zuletzt die Kriegstreiberei und die völlig verfehlte Energiepolitik sind, die den sozialen Frieden gefährden. Wir fordern die

Instandsetzung der Nordstream-Pipelines und ein Ende der Rußland-Sanktionen. Teures Fracking-Gas aus den USA sowie Öl und Gas aus Staaten wie Saudi-Arabien und Katar mit ihrer fatalen Menschenrechtsbilanz und ihrer Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen zu beziehen, ist nicht nur höchst unmoralisch, sondern auch unvernünftig und darüber hinaus umweltschädlich. In Berlin werden am 20. September ein neues Abgeordnetenhaus und 12 Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Das BSW stellt neben berlinspezifischen Themen sein Kernthema Frieden in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Denn die uns gerne entgegengehaltene Annahme, es handle sich dabei um ein bundes- und außenpolitisches Feld, das auf Landes- und kommunaler Ebene nichts zu suchen habe, ist grundfalsch. Wenn Krieg herrscht, wird alles andere zweitrangig. Und selbstverständlich gilt: Wenn finanzielle Mittel in die Bundeswehr gesteckt werden, um sie zur stärksten Armee Europas zu machen, oder wenn sie im Korruptions-Sumpf der ukrainischen Regierung versacken, können sie nicht für die Sanierung maroder Schulen, für das Gesundheitssystem, für Rente, Soziales und Kultur an Länder und Kommunen gegeben werden.

Gleiches gilt für die verpraßten fast vier Milliarden Euro für die Anschaffung des israelisch-amerikanischen Raketenabwehrsystems Arrow 3 – faktisch eine Subventionierung der israelischen Waffenindustrie, denn Experten haben längst dargelegt, daß die behauptete Fähigkeitslücke gar nicht besteht und das System zudem keinesfalls darauf ausgerichtet ist, die uns angeblich bedrohenden russischen Kurzstreckenraketen, Marschflugkörper und ballistischen Raketen abzufangen.

Das BSW Berlin setzt sich für den Auf- und Ausbau von Städte- und Bezirkspartnerschaften, insbesondere mit Städten im globalen Süden, ein und fordert, die eingefrorene Städtepartnerschaft mit Moskau wiederzubeleben sowie die unterbrochenen direkten Flugverbindungen von Berlin in russische Städte wieder einzusetzen. Der Versuch, sogar den Austausch von Bürgerinnen und Bürgern in beiden Ländern zu unterbinden, ist sinnbildlich für den Irrsinn der Regierungspolitik. Der geplanten „Neuinterpretation“ der Gedenkkultur an den sowjetischen Ehrenmälern, die rechtlich gar nicht zulässig ist, wird wir entschieden ab, genau wie eine Schließung des Russischen Hauses in der Friedrichstraße. Explizit fordern wir, neben der bestehenden Städtepartnerschaft mit Tel

Aviv auch Partnerschaften mit palästinensischen Städten aufzubauen.

Friedensbildung wollen wir zu einem festen Bestandteil aller Berliner Lehrpläne machen. Eine entsprechende Volksinitiative hat das BSW Berlin bereits gestartet und sammelt die benötigten Unterschriften. Wir wollen für alle Berliner Bildungseinrichtungen eine verbindliche Zivilklausel einführen, die militärische Kooperationen unterbindet. Und natürlich gehört die Bundeswehr nicht in die Schulen, wo sie unseren Kindern weiszumachen versucht, zu töten und zu sterben sei ein normaler Job. Zudem wollen wir Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum verbieten. Junge Menschen müssen unterstützt werden, ihr Grundrecht auf Verweigerung des Wehrdienstes – denn wir sind überzeugt, er wird über kurz oder lang verpflichtend für alle kommen – durchzusetzen. Auch für Reservisten müssen entsprechende Beratungsangebote entstehen.

Es ist dringend notwendig, sich auf allen Ebenen für Frieden und Deeskalation, für Verhandlungen statt Bomben und für Verständigung einzusetzen. Wir fordern vehement und wo immer möglich: Brot und Butter statt Bomben und Krieg. Auch auf Landes- und Bezirksebene bieten sich hierzu zahlreiche Möglichkeiten. Frieden fängt im kleinen an und es wäre ein fataler Fehler, dies zu unterschätzen.



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Klassenkampf findet statt, egal ob wir ihn führen

Was wir erleben, ist ein gezielter Angriff der Kapitaleseite auf Errungenschaften, die die Arbeiterbewegung über viele Jahrzehnte erkämpft hat.

Das Rentenalter wurde auf 67 angehoben und Arbeitgeberverbände befeuern in regelmäßigen Abständen die Debatten über einen Renteneintritt ab dem 70. Lebensjahr weiter. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll zur Finanzierung einer verfehlten Gesundheitspolitik eingeschränkt werden. Arbeiter in Teilzeit wird von der Regierung völlig kenntnisarm als Lifestyle diffamiert. Das gewerkschaftliche Streikrecht und der 1. Mai als Feiertag werden öffentlich in Frage gestellt. Und nicht zuletzt soll sang- und klanglos der Achtstundentag abgeschafft werden. Die vorsichtigen Versuche, die Hartz-IV-Reformen von SPD und Grünen zumindest etwas abzufedern, wurden, begleitet von einer hetzerischen Kampagne gegen vermeintlich faule Arbeitssuchende, mit noch schärferen Sanktionsmaßnahmen zurückgedreht, so daß der Weg ins Bürgergeld rasanter und ein Leben damit nochmals unzumutbarer geworden ist. Jeder dieser Schritte wurde mit denselben Worten verkauft: Flexibilität, Sach- und Sparzwang, Modernisierung, Wettbewerbsfähigkeit, Anreize für die Wirtschaft. Aus einer klassenpolitischen Perspektive heißt das nichts anderes als Umverteilung. Anhäufung von Reichtum für jene, die bereits vermögend sind, also Kapital besitzen. Und weniger für alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Mitbestimmung und gewerkschaftliche Errungenschaften sowie organisierte Beschäftigte stören dabei die Pläne der Umverteilungseliten.

Angst als Disziplinierungsmittel

Millionen Menschen in diesem Land arbeiten schon heute unter Bedingungen, die vor einer Generation kaum denkbar gewesen wären. Trotz Vollzeitverhältnissen reichen Einkommen oft nicht mehr für Miete, Mobilität, Ernährung, eine angemessene Gesundheitsversorgung und kulturelle Teilhabe.

„Arbeitnehmerüberlassung“ ist ein Instrument des Lohndumpings und der Schaffung von Unsicherheit. Leiharbeiter befinden sich in einer dauerhaften Abhängigkeit, die ihr Verhalten gegenüber Vorgesetzten und Entleihenden prägt. Teilzeit- und Minijobs bedeuten, daß so wenig verdient wird, daß man ohne Zweitjob oder Aufstockung nicht über die Runden kommt. Befristete Verträge bedeuten Unsicherheit, weil niemand weiß, ob er oder sie in einem Jahr noch eine bezahlte Stelle hat. Hinzu kommen immer neue Formen von Arbeit als Plattform- oder Clickworker, oft im Homeoffice, ohne jede Absicherung. Das ist nicht zufällig so entstanden. Es ist das direkte Ergebnis einer Deregulierungspolitik, die SPD und CDU gemeinsam mit Grünen

und FDP in den letzten Jahren durchgesetzt haben, mit dem Ergebnis, daß die kollektive Macht der Lohn- und Gehaltsempfänger deutlich geschwächt wurde. Wer weiß, daß er oder sie beim Jobverlust schnell in Armut abgleiten kann, traut sich weniger, nach mehr Geld zu fragen oder sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ungerechtigkeiten werden aus Angst hingenommen. Genau dieses Disziplinierungsmittel des Kapitals nutzen Unternehmer mit Rückendeckung der herrschenden Politik skrupellos aus.

Hinzu kommt die systematische Unterbewertung der Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten. Pflege, Kinderbetreuung, Sozialarbeit sind gesellschaftlich unverzichtbar, werden ökonomisch aber wie ein Anhängsel behandelt. Das ist keine Frage fehlender Mittel. Es ist eine Frage politischer Machtverhältnisse und eines Wirtschaftssystems, das auf Branchen fokussiert ist, die unmittelbar Profit abwerfen.

Streikrecht – Grundlage gewerkschaftlicher Gegenmacht

Der gewerkschaftliche Streik war und ist das wichtigste Mittel der Arbeiterbewegung, um Verhandlungen über Tarife und Arbeitsbedingungen zu führen. Er ist der Beweis dafür, daß die Beschäftigten keine passiven Rädchen im Getriebe sind, sondern kollektiv handlungsfähige Menschen, die die Produktion zum Stillstand bringen können, wenn sie es zur Durchsetzung ihrer Interessen für notwendig erachten. Genau deshalb wird das Streikrecht von den Herrschenden infrage gestellt.

In den letzten Jahren häuften sich die Versuche, es zu beschneiden. Gerichtsurteile erklärten Arbeitskämpfmaßnahmen für übertrieben. Politische Forderungen nach Zwangsschlichtung und Streikverboten in ganzen Sektoren wurden laut. Das Tarifeinheitengesetz von 2015 war hierfür ein besonders deutliches Signal. Es sollte verhindern, daß kämpferische Gewerkschaften zu viel Druck aufbauen. Ja, das Streikrecht ist zeitgemäß, notwendig und die Grundlage gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Rentenraub mit Ansage

Wie eklatant das Ausmaß des Sozialabbaus ist, wird mit Blick auf die Rente besonders deutlich. Eigentlich sollte man meinen, daß wer sein Leben lang gearbeitet und damit Werte für diese Gesellschaft geschaffen hat, am Ende würdevoll von seiner Rente leben sollte. Denn Rente ist keine Gnade, sie ist ein erkämpftes Recht. Heute aber gehen Millionen Menschen mit Renten in den Ruhestand, die so niedrig sind, daß sie kaum zum Leben reichen. Und auch bei Altersarmut gilt, daß sie keine Naturkatastrophe ist. Sie ist das Ergebnis einer bewußten Politik, die das

Rentensystem zugunsten der Finanzindustrie und mit dem Ziel radikaler Umverteilung von unten nach oben geschwächt hat. Die Rente mit 67 ist dabei besonders zynisch. Wer sein Leben lang auf dem Bau gearbeitet, Menschen gepflegt oder im Lager Kisten geschleppt hat, dessen Körper ist mit 60 oft schon so verschlissen, daß er gar nicht mehr bis 67 durchhalten kann. Für diese Menschen bedeutet das Gesetz, entweder frühzeitig aufzuhören – mit massiven Abzügen bei der Rente – oder jahrelang krank weiterarbeiten zu müssen. Das hat nichts mehr mit einem Sozialstaat zu tun, das ist ein Merkmal einer enthemmten Ellenbogengesellschaft.

Wohnen als Klassenfrage

Was vor zwei Jahrzehnten noch undenkbar erschien, ist heute bittere Realität. Auch Wohnen ist wieder verstärkt zu einer Klassenfrage geworden. Dabei sollte dieses Grundbedürfnis eben kein Luxus sein, sondern unhinterfragter Bestandteil einer sozialstaatlich garantierten Daseinsvorsorge. Aber nicht nur in deutschen Großstädten sind die Mieten in den letzten zehn Jahren um fünfzig, sechzig, manchmal siebzig Prozent gestiegen, während die Löhne kaum gewachsen sind. Das bedeutet: Immer mehr Menschen arbeiten immer länger, nur damit das Geld für die Wohnung reicht. Oder sie werden aus ihren Wohnquartieren vertrieben, müssen in kleinere Wohnungen umziehen, deren Umfeld eine schlechte soziale Infrastruktur haben und die meist längere Pendelwege zur Arbeit erfordern. Das Prinzip dahinter ist klar: Es geht um Profit. Und um den zu erhöhen, werden die Notlagen der Menschen maximal ausgenutzt. Wohnungen sind so zu einer Spekulationsware geworden. Investoren und Immobilienkonzerne kaufen ganze Stadtteile auf, nicht, weil dort Menschen wohnen sollen, sondern weil Wohnraum eine sichere Rendite verspricht. Auf Bundes- und Landesebene hat man das nicht nur zugelassen, sondern durch den Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände aktiv vorangetrieben.

Links und Gewerkschaft

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Künstliche Intelligenz übernimmt Aufgaben, die früher Menschen erledigten. Plattformen wie Lieferando oder Uber ersetzen feste Arbeitsverhältnisse. Gearbeitet wird teilweise ohne Kündigungsschutz, ohne Krankenversicherung, ohne gesicherten Lohn. Unternehmen lagern Tätigkeiten aus, splitten Belegschaften auf und drücken so die Löhne und Rechte der Beschäftigten. Befristete Verträge, Leiharbeit, Minijobs und prekäre Beschäftigung sind längst keine Randphänomene mehr. Wer vereinzelt, schwächt ihre Verhandlungsmacht. Das Kapital und seine politischen

Agenten organisieren sich in Konzernen, Lobbyverbänden und internationalen Netzwerken. Arbeit muß sich genauso organisieren. Genau dafür sind Gewerkschaften da. Sie erkämpfen Tarifverträge und setzen Mindeststandards für alle, nicht nur für einzelne. Sie geben den Menschen eine kollektive Stimme gegenüber den Konzernen, die strukturell mehr Macht besitzen.

Was zu tun ist

Die Linke hat in dieser Situation eine klare Aufgabe. Es geht darum, die Verbindung zwischen politischem Kampf und dem Alltag in Betrieben und Wohnvierteln zu schaffen, Streikende zu unterstützen, Mieterkämpfe zu politisieren, Solidarität nicht als Schlagwort zu benutzen, sondern als Praxis zu leben.

Konkret bedeutet das: Wir kämpfen für einen Kündigungsschutz, der alle Beschäftigten erfaßt, auch in kleinen Betrieben und in der Probezeit. Wir kämpfen für eine Rentenreform, die Altersarmut ausschließt. Wir kämpfen für die Rekommunalisierung von Wohnraum, für einen wirksamen Mietendeckel und den massiven Ausbau des öffentlichen Wohnungssektors. Und wir verteidigen das Streikrecht gegen jeden Angriff. Diese Forderungen erscheinen angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht wenige als utopisch. Ja, sie sind radikal, weil sie grundlegende Veränderungen in den Blick nehmen und Fragen nach den Eigentumsverhältnissen wieder auf die politische Bühne bringen. Die Aufgabe der Linken ist es, durch konkrete und alltagsnahe Organisation eine

Gegenbewegung mit aufzubauen, mit der aus vermeintlichen Utopien eine klare politische Agenda wird. Die Leitfrage dabei sollte immer sein, wer die gesellschaftlich erarbeiteten Mittel kontrolliert und wer davon profitiert. Das ist keine technische Frage, sie ist eine politische Grundfrage, die den Kapitalismus infrage stellt. Die Antwort darauf erfordert eine Klasse, die ihre Interessen genauso klar erkennt und genauso entschlossen handelt. Der Klassenkampf findet statt, ob wir ihn führen oder nicht. Die Frage ist nur, auf welcher Seite wir stehen und ob wir bereit sind, dafür einzustehen.

Arne Brix, Oldenburg
Redaktionell gekürzt

Quelle: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Heft 5/20026

Über den „Generalangriff auf den Sozialstaat“ und die nötige Antwort Kein Zögern mehr

Passend zum Tag des Grundgesetzes erschienen am 23. Mai die „ver.di-news für Aktive“. Auf der Titelseite heißt es: „Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke sprach in einem Radio-interview von einem „Generalangriff auf den Sozialstaat“, der bekanntlich Verfassungsrang habe. Angesichts der Breite des Angriffs unter anderem auf Gesundheitsversorgung, Rente, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Achtstundentag ist der Begriff „Generalangriff“ berechtigt. Das Wort aus dem Sprachgebrauch des Militärs ist auch deshalb passend, weil der soziale Kahlschlag letztlich zur Finanzierung eines geplanten großen Krieges dient, der zur Zeit mit dem größten Aufrüstungsprogramm in der Geschichte dieses Landes vorbereitet wird. Gäbe es die Kriegsplanungen nicht, gäbe es auch den Angriff auf den Sozialstaat nicht. Obwohl dieser Zusammenhang für jeden, der rechnen kann, auf der Hand liegt, grassiert innerhalb der Gewerkschaften eine merkwürdige Zögerlichkeit, ihn offen zu benennen – vielleicht, um SPD und Grüne, die die Kriegskredite mit bewilligt haben, zu schonen. Am 1. Juni veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) auf der Titelseite einen

bemerkenswerten Kommentar. Darin macht sie sich angesichts der Umfragewerte Sorgen um die Regierung, bestätigt ihr aber, auf dem richtigen Kurs zu sein. Die FAZ mahnt, nichts zu überstürzen. Sie lobt Gerhard Schröder, weil er sich mit der Einführung von Hartz IV auf „eine große Reform“ konzentriert habe. Dann listet sie die „reformerische To-do-Liste“ der Herren Merz und Klingbeil auf, um anzufügen: „Das ist kein ehrgeiziges, sondern ein unrealistisches Unterfangen.“ Die FAZ rät, später sei besser als gar nicht. Wichtig sei für diesen Sommer nur zweierlei: Ein Haushalt müsse beschlossen und die „Wehrhaftigkeit“ gesteigert werden. Die Gegenseite spricht den Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Aufrüstung offen aus.

Die Diskussionen im Regierungslager zeigen, dass dort die Verunsicherung wächst. Es mehren sich Forderungen, im Koalitionsvertrag bereits vereinbarte Vorhaben, wie die Bafög-Erhöhung, wieder zu kippen. Beteuerungen, bei den geplanten Zerstörungen im Gesundheitswesen keinesfalls einzuknicken, nehmen zu. Koste es, was es wolle: Kranke und überarbeitete Pfleger oder gar Tote, weil

Pfleger nicht mehr können oder entlassen werden, weil Kliniken geschlossen werden. Auf der anderen Seite gibt es skurrile Einlassungen wie die der Familienministerin, daß sie die Kürzungsanforderungen zum erheblichen Teil ja schon erfülle. Durch den anhaltenden Geburtenrückgang gebe es „schlicht weniger Kinder“ und folglich werde auch weniger Elterngeld gezahlt. Militärisch gesprochen: Der Gegner wankt.

Was aber folgt daraus? Das ist die Kernfrage für alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wo ist die angemessene Antwort des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften auf das, was einer ihrer Vorsitzenden zu recht als „Generalangriff“ bezeichnet? Das Treffen mit der Regierung im Kanzleramt am 10. Juni ist es sicher nicht. Die Proteste gegen die Gesundheitsministerkonferenz am gleichen Tag aber können ein Anfang sein. Den geplanten Protesten ist vor allem eine ernsthafte Mobilisierung in den Belegschaften und Betrieben zu wünschen – und auch, daß der Zusammenhang von Hochrüstung und Sozialkahlschlag nicht länger ausgeblendet wird.

Manfred Sohn, UZ, 5.6.2026

ALTERSARMUT 2026

Es wird sich leider wohl nichts ändern:
Auch in den reichen Bundesländern Deutschlands
wird die Armut bleiben
Was auch schlaue Blätter schreiben,
Und von wem das Bild auch sei –
Mein Reim dazu bleibt kostenfrei.

Lutz Jahoda

* Da der Bildschöpfer seine Eingabe im Netz nicht kennzeichnete,
bitte ich zwecks Honorierung um Nachmeldung. **LJ**



Werkzeuge des Krieges

Während deutsche Politiker schon über den nächsten Krieg reden, Aufrüstung, Bunkerbau, Wehrpflicht, „Bevölkerungsschutz“ u. ä. im Zusammenwirken mit den Medien forciert werden, sind die todbringenden Überreste der letzten beiden Weltkriege noch nicht einmal beseitigt. Mehr als 111 Mrd. Euro wurden durch Deutschland in den vergangenen vier Jahren in Waffen investiert. Bis 2029 soll der sogenannte Verteidigungshaushalt der BRD auf 152 Mrd. Euro steigen. Das ist das 3-fache dessen, was 2022 für die Bundeswehr ausgegeben wurde, wie man aus der Chemnitzer Freien Presse vom 4.6.26 erfahren konnte.

Eine Basis für die Aufrüstung und militärische Konfrontation mit Rußland bildet die EU. Sie schafft mit ihren 27 Mitgliedsstaaten faktisch die materielle Grundlage für einen Krieg gegen Rußland durch einen zielgerichteten Aufbau der Infrastruktur und Logistik in Stoßrichtung Rußland. Vor allem Osteuropa soll dabei in einen militärischen Brückenkopf verwandelt werden. Mit den koordinierten millionenschweren Waffenlieferungen an die Ukraine sind die EU-Länder – an der Spitze Deutschland – bestrebt, den Ukrainekrieg so lange wie möglich hinauszuzögern, um die russischen Ressourcen zu erschöpfen. Und man will Zeit für die eigene Aufrüstung gewinnen, um der Aussage „in drei Jahren greift Rußland an“ Nachdruck zu verleihen. Auch die ohnehin schon bedeutenden finanziellen Unterstützungsmaßnahmen der NATO-Staaten für die Ukraine sollen laut einem Bericht des Magazins Politico intensiviert werden. So soll „beim NATO-Gipfel im Juli in Ankara ein ‚Hilfspaket‘ für die Ukraine in Höhe von 70 Mrd. Euro vorgestellt werden. Der Vorschlag hierzu wurde von Deutschland eingebracht“.

Und selbstverständlich braucht es für einen Krieg gegen Rußland auch Soldaten, vor allem willige Soldaten, billiges Kanonenfutter, welches Deutschland gegenwärtig noch fehlt. Und warum fehlen sie noch? Antwort darauf kann ein dem deutschen König Friedrich II. zugeordneter Ausspruch geben: „Wenn meine Soldaten anfangen zu denken, bliebe nicht einer in den Reihen.“ Die Lust auf Krieg ist bei den jungen Menschen hier in Deutschland offensichtlich nicht besonders groß. Deshalb wird auf Zwang gesetzt in Form einer Neuauflage der Wehrpflicht, wobei unterschiedliche Rekrutierungsmodelle in Betracht gezogen werden, die auch eine Erfassung der körperlichen Fitneß und politischen Einstellung beinhalten. Auch der relativ hohe finanzielle Anreiz für einen Dienst in der Bundeswehr soll den

jungen Menschen ihre „Entscheidungsfreudigkeit“ erleichtern. In der Berliner Zeitung vom 2.6.26 konnte man erfahren, daß 630 000 Minderjährige Werbung von der Bundeswehr bekommen. Woher bekommt die Bundeswehr die Adressen der 16- und 17-jährigen? Natürlich von den kommunalen Meldebehörden. Wo bleibt



da der Datenschutz? Einer solchen Frage wurde staatlicherseits vorgebeugt. Ein Widerspruch ist seit diesem Jahr mit dem neuen Wehrdienst-Modernisierungsgesetz nicht mehr möglich. Warum wird in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem aber in den Medien, so intensiv für die Bundeswehr, für die „westliche Freiheit und Demokratie“, letztlich für den Krieg geworben? Damit sich ein Volk aktiv am Krieg beteiligt, bedarf es neben dem Zwang durch Gewalt auch einer starken persönlichen Motivation, die das Töten und getötet werden verinnerlicht. Von ukrainischen Militärbloggern im Internet veröffentlichte Beiträge machen deutlich, daß von den hier gepriesenen Worten „Vaterlandsliebe“ und „Mut“ nichts zu finden ist. Todesangst und Zwang treiben Soldaten an, so wie in jedem Krieg. Davon ist im Rahmen des Einsatzes der Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen keine Rede. Noch soll der Wehrdienst aber freiwillig sein. Doch der „Rechtsstaat“ sieht bei möglichen Widerstandshandlungen nicht tatenlos zu. Ein Gymnasiast aus Freiburg wurde wegen Veröffentlichung einer sogenannten Meme (Satire) von einem Offizier der

Bundeswehr angezeigt und wegen Beleidigung zu 15 Sozialstunden verurteilt. Seine Unterstützergruppe, die laut unterschiedlicher Medien vom Verfassungsschutz als „linksextremistische Tarnorganisation“ eingestuft wurde, sammelte Spenden für die Begleichung der Anwaltskosten. Solidarität gibt es also noch. Und auch die Polizei geht rigoros gegen Kriegsgegner vor. Bei einer Protestaktion an der Zufahrt zur Rheinmetall-Munitionsfabrik im Berliner Wedding ging die Polizei mit gezogener Waffe gegen zwei protestierende Kriegsgegner vor. Mit Waffen gegen Friedensaktivisten, leider kein Einzelbeispiel, wenn friedlich gegen Kriegspolitik und Völkermord protestiert wird.

Fazit von allem: Um einen Krieg vorzubereiten, muß der Bevölkerung ein klares Feindbild vermittelt werden. Ohne Feindbild Rußland keine Kriegstüchtigkeit. Die materielle und kulturelle Verarmung Deutschlands durch eine verantwortungslose Politik und permanente Aufrüstung spielt dabei keine Rolle.

Für 100 Prozent Profit stampft das Kapital alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.

Dietmar Hänel
Flöha

Zivil- und Gesundheitstabu

- Gesellschaftsmilitarisierung -

Unter dem Vorwand, es werde gebraucht
Gegen Hochwasserfluten und Brände
Ein Zivilschutz, zeigt sich, daß raucht
Das Kanonenrohr längst nach der „Wende“.

Und Gesundheit, sie fehlt heute überall
Dank Kosten, die steigen zum Mond.
Kultur überhaupt als Gesellschaftsverfall
Wird mit Kriegsherrschaftsträumen belohnt.

Zivilschutz üben die Jungen nun,
Geschichtlich der Wahrheit entzogen,
Begründet durch den Himmelskriegsbogen,
Auf daß türmen sich wieder Ruinenwogen.

Ja, Rüstungsprofite, die können nicht ruh'n
Wie jene der Pharmazie auch nicht.
Kapital, mehr denn je, hat ein Kriegsgesicht.
Das ist der Anfang vom Kriegsbericht.

E.Rasmus

Schuldumkehr

Für den nächsten Feldzug gegen Rußland soll die Geschichte umgedeutet werden

In diesen Tagen jähren sich bedeutsame historische Ereignisse. Zu den wichtigsten zählt die Befreiung Deutschlands vom Faschismus am 8. Mai 1945. Für Tausende aus mehr als 20 Ländern war dieses Ereignis zugleich die Befreiung aus über 42 000 Konzentrationslagern, Arbeitslagern, Ghettos, Zuchthäusern und Gefängnissen im „Herrschaftsbereich des deutschen Faschismus“. Befreiung war es auch für jene, die in der Illegalität lebten, ins Exil gegangen waren oder im eigenen Lande innerlich emigriert waren. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland hing aber der faschistischen Ideologie an. Sie konnten (noch) nicht begreifen, daß sie von einem verbrecherischen Regime befreit worden waren. Zu sehr waren die meisten der Hitler-Ideologie gefolgt und ihr verhaftet. Für sie war es der „Zusammenbruch“, die „Niederlage“, das „Ende“. Persönlich empfanden sie allerdings das Kriegsende als Befreiung von Angst und Schrecken, von den Fliegeralarmen und Bombennächten. Ihnen ging es ums bloße Überleben. Schuldgefühle wurden verdrängt.

Es war Völkermord

Die Schuld Deutschlands wog schwer. Schon einmal war es Haupturheber eines Weltkrieges mit etwa 17 Millionen Toten gewesen. Jetzt aber trug es die Verantwortung für über 70 Millionen Tote. Die größten Opfer hatte die Sowjetunion mit mehr als 27 Millionen Toten zu beklagen, überwiegend Zivilisten und Kriegsgefangene. Schon am ersten Kriegstag, dem 22. Juni 1941, kamen über 16 000 sowjetische Bürger ums Leben. Die fast 900-tägige Blockade von Leningrad forderte etwa 1,1 Millionen Menschenleben. Über 18 Millionen Rotarmisten wurden im Krieg verwundet oder erkrankten. In der letzten Phase des Krieges waren an der Befreiung Berlins etwa 2,5 Millionen Rotarmisten beteiligt; über 80 000 starben. Die besetzten Gebiete der Sowjetunion glichen „verbrannter Erde“. Von allen Sowjetrepubliken verzeichnete Rußland als größte und bevölkerungsreichste etwa die Hälfte aller Opfer und die meisten Zerstörungen. Zu Recht fordert die Russische Föderation die Anerkennung der deutschen Verbrechen als Völkermord. In Erinnerung an die faschistischen Verbrechen wurde in diesem Jahr in der Russischen Föderation der 19. April als „Gedenktag für die Opfer des Völkermords am sowjetischen Volk durch die Nazis und ihre Helfershelfer während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945“ eingeführt. Am 19. April 1943 hatte das Präsidium des

Obersten Sowjets der UdSSR die ersten strafrechtlichen Maßnahmen gegen die Besatzer und ihre Helfershelfer erlassen.

Die Einheit wurde verhindert

Die Überlegungen, Deutschland, dem „Land der Täter“, die gleichberechtigte Mitgliedschaft in der Völkergemeinschaft zu verwehren und es vollständig zu deindustrialisieren, war nachvollziehbar. Die Entscheidung der Alliierten, der vier Siegermächte Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich, fiel anders aus. Ausgerechnet die Sowjetunion mit den meisten Opfern setzte sich für Deutschland ein. Stalins Ausspruch vom 23. Februar 1942: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt“, verdeutlicht am treffendsten den Humanismus des ersten sozialistischen Staates der Erde. Wie die Zukunft Deutschlands aussehen sollte, bestimmte das Potsdamer Abkommen. Deutschland sollte ein friedliches Land werden, das nie wieder in der Lage und willens sein würde, Krieg zu führen. Deshalb sollten nicht nur die Täter bestraft, sondern auch die Urheber dieser Politik wirtschaftlich und politisch entmachtet werden. Die Westmächte und ihre deutschen Vasallen unter Adenauer verhinderten aber ein einheitliches, friedliches Deutschland. Sowjetische und ostdeutsche Bemühungen zur Herstellung der Einheit blieben ergebnislos. Stalins Vorschlag von 1952 für einen Friedensvertrag und ein einheitliches, souveränes und neutrales Deutschland wurde abgelehnt. Die Entwicklung in den drei Westzonen und in der sowjetischen Besatzungszone und in den beiden 1949 gegründeten Staaten BRD und DDR verlief völlig gegensätzlich.

Gedenken in Ost und West

Antikommunismus und Antisowjetismus bestimmten über Jahrzehnte das politische Klima. Die mit dem Sieg über den Faschismus verheißungsvolle friedliche Perspektive für Europa und darüber hinaus hatten insbesondere die USA und Großbritannien für einen Kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder im Interesse ihrer imperialen Politik geopfert. Infolgedessen war die Befreiung vom Faschismus in der Bundesrepublik kein Thema von Staatsrang. Kein Wunder, waren doch die alten Nazis wieder in führenden Positionen, wie zum Beispiel der Judenmörder Hans Globke, der über zehn Jahre Kanzleramtsminister von Adenauer war. Erst ab 1985 wurde offiziell von der Befreiung gesprochen, nachdem dies Richard von Weizsäcker in einer Rede geäußert hatte. Friedensaktivisten, Antifaschisten und

vor allem Kommunisten schätzten dagegen auch in Westdeutschland schon frühzeitig den entscheidenden Anteil der Sowjetunion an der Befreiung vom Faschismus und ehrten deren Opfer. Sie und ihre Partei und Organisationen wurden aber verfolgt, verboten und bestraft. In der DDR wurde das Gedenken an die Befreier zu einer Angelegenheit des Staates und zunehmend der gesamten Gesellschaft. Im Laufe der Jahre ist dies zur Herzenssache der meisten Bürger geworden. Dazu trugen Kenntnisse, Erfahrungen, Begegnungen und Erlebnisse beim Aufbau einer neuen Gesellschaft bei. Tausende DDR-Bürger arbeiteten, lernten und studierten gemeinsam mit Sowjetbürgern. Bereits ab 1950 wurde der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ begangen. Über sechs Millionen Bürgerinnen und Bürger gehörten der Freundschaftsgesellschaft „DSF“ (Deutsch-Sowjetische Freundschaft) an. Im staatlich vereinten Deutschland danken heute Menschen in Ost und West den Befreier durch jährliches Gedenken. In vielen Orten Deutschlands gibt es dafür Ehrenhaine, Gedenkstätten, spezielle Friedhöfe und einzelne Gräber mit Rotarmisten, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen. Insgesamt existieren in Deutschland etwa 5 000 solcher Gedenkorte, die meisten auf dem ehemaligen Territorium der DDR. Die bedeutendsten Memoriale befinden sich in Berlin – in Treptow, Schönholz und Tiergarten.

Mobilmachung gegen Rußland

Mit der Reaktion Rußlands 2022 auf die NATO-Erweiterung nach Osten, den faschistischen Putsch und den Bürgerkrieg im Donbass sowie die Aufrüstung der Ukraine wurde die Russische Föderation zum Feind erklärt. Seither wird behauptet, Rußland bereite einen Krieg gegen den Westen vor. An der Spitze solcher Feindseligkeiten steht wiederum Deutschland, das gegen Rußland mit Russophobie, Militarisierung und Aufrüstung mobil macht. Dem steht eine Gedenk- und Erinnerungskultur mit der Anerkennung der historischen Leistungen und den Opfern der Sowjetunion/Rußlands im Wege. Eine entscheidende Voraussetzung für die großdeutschen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ziele ist die Auslöschung der Erinnerungen an Verantwortung, Schuld und Befreiung. Deshalb werden die historischen Tatsachen geleugnet und umgedeutet. Dabei hilft den deutschen Kriegstreibern die rußlandfeindliche EU. In einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewußtseins für die

Zukunft Europas“ anlässlich des 80. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges wurde der Sowjetunion Mitschuld am Krieg gegeben. Als „Beweis“ wurde der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt von 1939 angeführt. Verschwiegen wurde, daß sich die Westmächte geweigert hatten, rechtzeitig ein Bündnis gegen die Gefahr des Faschismus einzugehen. Für die Sowjetunion war mit diesem Vertrag ein wichtiger Zeitgewinn verbunden. In der Entschließung des EU-Parlaments wird die sozialistische Sowjetunion zudem gleichgesetzt mit dem faschistischen Deutschland. Der Deutsche Bundestag zog 2025 hinterher und bekannte sich zum 80. Jahrestag der Befreiung 2025 zu einer „differenzierten Erinnerungskultur“. Dabei betonte er die Singularität des Holocausts, die größte Opfergruppe, die Sowjetbürger, fand nur noch am Rande Erwähnung. Rußland wurde gar nicht genannt, dafür ausdrücklich die Ukraine. So wird Geschichte relativiert.

Verbote und Repression

Haß und Hetze gegen Rußland werden seit Jahren von den deutschen Leitmedien betrieben – oft im Goebbelschen Stil. Große Teile der Geschichtswissenschaft orientieren sich auf „neue Erkenntnisse“ im Sinne der politischen Vorgaben. Gefördert und belohnt werden nur diejenigen, die diesem Kurs folgen. Das Bildungswesen vermittelt dasselbe Bild an Kinder und Jugendliche. Deutsche Revanchisten und ukrainische Faschisten können ungestört ihre Ideologien verbreiten. Der ukrainische Faschist Bandera darf als „Volksheld“ gefeiert werden. Versammlungen, Feiern und Aufzüge zum Gedenken und zur Erinnerung an die Befreier werden weitgehend eingeschränkt. Nach einer „vertraulichen Handreichung“ aus dem Auswärtigen Amt unter Annalena Baerbock vom April 2025 sind Vertreter der Russischen Botschaft und von Belarus bei offiziellen Gedenkveranstaltungen in ehemaligen Konzentrationslagern unerwünscht. Fahnen, Symbole, Ehrenbänder, Lieder und Ehrenzeichen der Sowjetunion, Rußlands und der Donbassrepubliken sind verboten. Letztere werden von der Bundesanwaltschaft als Terrororganisationen eingestuft. Verstöße gegen behördliche Anordnungen werden repressiv verfolgt, oft unter Anwendung von Gewalt. In nicht wenigen Fällen wird mit dem Strafrecht gegen Freunde der Sowjetunion und der Russischen Föderation vorgegangen, weil sie angeblich einen Angriffskrieg unterstützen oder Volksverhetzung begehen. Der Kern solcher Vorwürfe: sie würden den öffentlichen Frieden gefährden. Seit Jahren erlassen die Behörden in Berlin zum 8. und 9. Mai dieselben strengen Auflagen für Veranstaltungen an den Denkmälern. Eine bereits 2024 gegen die Allgemeinverfügung des Landes eingereichte Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin wurde bis heute nicht behandelt. Ein Gerichtstermin ist auch in diesem Jahr erst nach den Gedenk-

veranstaltungen für den 19. Mai angesetzt. Ganze Arsenale von „Aufarbeitern der Geschichte“ forschen zu Methoden ihrer Fälschung. Im November 2025 wurde der Bundestag über eine „Konzeption des Bundes für die Gedenkstätten zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur“ informiert. Schon im Titel wird die DDR mit dem faschistischen Deutschland gleichgesetzt. Besonderes Augenmerk wird auf die Gedenkstätten, Mahn- und Erinnerungsorte gelegt. Das betrifft nicht zuletzt die sowjetischen Gedenkorte der Befreiung. Wegen vertraglicher Vereinbarungen mit Rußland und dem Bedürfnis großer Teile der Bevölkerung müssen die Gedenkorte erhalten bleiben. Deshalb wird fieberhaft nach Wegen der Umgestaltung gesucht. Es kommt zu Umwidmungen, Umbenennungen oder Zusatzerklärungen, die dem politischen Anliegen der deutschen Machthaber und den Feinden Rußlands gerecht werden. Den Ankündigungen folgen nun konkrete Maßnahmen.

Geschichtsfälscher am Werk

Am 26. März 2026 fand im „Museum Berlin-Karlshorst“ eine Konferenz statt. Dieses Museum hat zentrale Bedeutung in der Erinnerungskultur, da dort die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands besiegelt wurde. Allein die mehrfache Umbenennung des Museums steht für einen geschichtsfremden und feindseligen Umgang mit der Vergangenheit. Aus dem „Museum der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands im Großen Vaterländischen Krieg“ wurde 1995 das „Deutsch-Russische Museum“ und 2022 das „Museum Berlin-Karlshorst“. Am Museum weht nur noch die ukrainische Fahne. Ausstellung und Öffentlichkeitsarbeit des Museums entsprechen weitgehend den Narrativen der politischen Vorgaben. An diesem historischen Ort berieten nun sogenannte Experten unter Ausschluss der Presse und der Öffentlichkeit unter dem Motto „Fremdes Gedenken – eigene Verantwortung? Sowjetische Ehrenmale und deutsche Erinnerungskultur“. Die Veranstalter, die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und das „Ukrainische Institut in Deutschland“, bekannt für ihre Fälschungen von Tatsachen, und ihre „Experten“, werden ihren Auftraggebern mit Sicherheit Ergebnisse präsentieren, die deren politischer Strategie von Geschichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit gerecht werden. Sie sollen zur Festigung der „Heimatfront“ und der weiteren Vorbereitung eines Krieges gegen Rußland beitragen.

Nicht mit uns!

Wir müssen uns diesen Volksverführern und Volksverhetzern entgegenstellen. Wir lassen uns die Erinnerungen an die Befreiung vom Faschismus und den Dank an die Befreier nicht nehmen. Sie bestimmen maßgeblich unsere Haltung und unser Handeln. Als Lehre aus der deutschen Vergangenheit

und aus Verantwortung für die Zukunft sagen wir:

Schluß mit diesem Kriegswahnsinn! Rußland ist nicht unser Feind. Wir wollen Frieden mit Rußland!

Hans Bauer

Hans Bauer war Stellvertretender Generalstaatsanwalt der DDR und ist Vorsitzender der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung (GRH)

UZ, 6.5.2026



Am 3. August begeht

Ronald Wandel

seinen 75. Geburtstag.

Lieber Ronald, langjährig bist Du im „RotFuchs“-Förderverein aktiv, trägst die Verantwortung für die Regionalgruppe Chemnitz und ihre Lesergruppe in Zwickau. Darüber hinaus engagierst Du Dich in der AG Cuba si der Partei Die Linke Chemnitz für tatkräftige Solidarität mit dem sozialistischen Kuba.

Wir sagen Dankeschön und wünschen Dir für das neue Lebensjahr Kraft und Gesundheit.

Vorstand und Redaktion

Trübe Aussichten: Fakten und Folgen der aktuellen Ost-West-Konfrontation

Die Menschen in der EU sehen sich in ihrer Masse dank nunmehr bereits jahrzehntelanger massiver staatlicher und neoliberaler Propaganda neben ihrer Staatsangehörigkeit mit gewisser Selbstverständlichkeit auch als „Europäer“. Aber was sind dann eigentlich die Russen, die immerhin gut ein Drittel unseres Kontinents bewohnen, allerdings auch einen geografisch größeren Landesteil namens Sibirien in Asien ihr eigen nennen? Zu den Merkwürdigkeiten des etablierten politischen Denkens des Westens gehört inzwischen, daß Rußland in den verschiedenen Schattierungen des Verhältnisses seiner Staaten zum großen östlichen Nachbarn als „außereuropäisch“ wahrgenommen und behandelt wird. Und diese Sichtweise wird nicht ohne Absicht von den machtausübenden politischen und wirtschaftlichen Eliten der EU sowohl massenmedial als auch bildungskulturell auf die von ihnen regierten Bürger herunterprojiziert. Sie stützt sich auf die Nutzung der heute noch etwas „moderater“ präsentierten unseligen Traditionen nationalistischen und faschistischen Hochmuts gegenüber den Völkern Osteuropas. Hier dürfte auch einer der Gründe für das phlegmatische Verhalten breitester Schichten der Völker in der EU gegenüber den unverkennbar existentiellen Herausforderungen und Gefahren im Bereich der dramatisch gewachsenen militärischen Konfrontation zwischen NATO, EU und Rußland liegen. Das ergebene und gleichgültige Schulterzucken angesichts einer zunehmend allmächtigen, diskret-digital kontrollierenden Staatsobrigkeit wird sich als ein immer größeres Hindernis für friedenspolitische Aktionen und immer repressiver überwachte demokratische Bestrebungen erweisen. Die Wahrscheinlichkeit für friedliche Lösungen der in den internationalen Beziehungen stets unvermeidlichen Interessenkonflikte im Sinne eines globalen Überlebensgebots für die Menschheit droht an profitträchtiger Hochrüstung, an großmachtpolitisch hegemonialem Expansionsdrang und ideologisch bedingtem Haß zu scheitern. Daher wird die Antwort auf die Frage nach den Aussichten für Krieg oder Frieden in den nächsten fünf Jahren auf unserem Kontinent nach meiner Meinung – vielleicht etwas grob holzschnittartig

skizziert – von folgenden Ausgangspunkten und Konstellationen bestimmt:

Repression nach innen

Die Übermacht der staatlichen Propaganda wird in ihren Auswirkungen auf die Formierung des Massenbewußtseins allem Anschein nach kaum zu brechen sein. Dies zeigt sich in der wachsenden Differenz zwischen elitärer Bildung und Kultur einerseits sowie anderseits in immer niedrigeren Aufwendungen für letztlich klassenpolitisch gegliederte

nicht begriffen, daß mit Putin ein höchst aufgeschlossener potentieller Partner das Präsidentenamt übernommen hatte. Alte, vom Antikommunismus und Rußland-Verachtung geprägte Denktraditionen, ignorierten die unverkennbaren Signale aus Moskau, zu engeren Formen von Kooperation und sogar Integration (bis hin zu Avancen eines NATO-Beitritts) mit dem Westen zu gelangen. Die damalige Schwäche des nunmehr kapitalistisch gewordenen Riesenlandes veranlaßte jedoch die sogenannte freie Welt eher zu

aktiven Spekulationen auf den Zerfall Rußlands in einige Teilstaaten, verbunden mit der Aussicht auf eine superprofitable Nutzung der dortigen nahezu unbegrenzten Ressourcen an Natur- und Bodenschätzen. Der vom Westen praktizierte herablassende Umgang mit Moskau (Bruch des US-Versprechens zum Verzicht auf NATO-Osterweiterung; US-Präsident Obamas Linie „Rußland-nur-Regionalmacht“; Ausstieg aus allen atomaren Raketen-Rüstungskontrollabkommen usw.) hat sich inzwischen für den Westen insgesamt nicht nur als enorme militärische Fehlkalkulation erwiesen. Eine zweifellos rigorose Politik unter Präsi-

dent Putin verhalf Rußland auch international wieder zu einem ernstzunehmenden Wirtschaftspotential, das auch einer inzwischen 20-fachen westlichen Sanktionierung zu widerstehen vermochte.

Flankiert wurden und werden seither die obigen Entwicklungen mit einer propagandistisch als antistalinistisch gefärbten Unterstellung, daß Putin eine Wiedererrichtung der Sowjetunion betreibe. Dies werde u. a. auch zur Rückkehr harter Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Opposition führen, was sich bereits in der heutigen russischen Strafgesetzgebung gegen oppositionelle Kritik von innen und außen dokumentieren würde. Die etwa seit zwanzig Jahren anschwellende allgemeine Russophobie in der Propaganda der EU-Staaten erfährt in der Dämonisierung der Person des russischen Präsidenten ihren bisherigen Höhepunkt. Sie bleibt auf Grund des im Westen üblichen Verständnisses von Politik vorrangig durch Personifizierung, bei zugleich weitgehender Ignorierung ihrer Rolle als Exponenten



Rußland „isoliert“: Plenarsitzung auf dem Internationalen Wirtschaftsforum St. Petersburg am 5. Juni mit (v. l.) der indischen Moderatorin Geeta Mohan, Tansanias Präsidentin Samia Suluhu Hassan, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem Präsidenten Usbekistans Shavkat Mirziyoyev und dem Vizepräsidenten Chinas Han Zheng

Schul- und finanziell gefilterte Hochschulsysteme. Medial politische Einseitigkeit und manipulierende geistige Anspruchslosigkeit in Permanenz generieren eine fatalistische Trägheit. Sie wird von Primitiv-Events für die breite Masse gestützt, die von den gesellschaftlichen Kernfragen ablenken und damit auch die Friedensbewegung unverkennbar lähmt. Die organisatorisch-politische Entwaffnung von gesellschaftlicher Opposition gegen die wachsende Militarisierung durch eine immer repressivere Gesetzgebung scheint im Westen – aber auch im Osten Europas – trotz aller kapitalistischen Konkurrenz und differenzierter Interessenlagen im Sinne der zur Zeit Herrschenden in hohem Grad von Erfolg gekrönt.

Russophobe Arroganz

Der kollektive Westen – vor allem die Staatsführungen der USA und der EU – hatte in seinem verblendeten Siegestaumel über den sowjetischen Systemkollaps und die 90er-Katastrophenjahre in Rußland

ökonomischer Interessen und konkreter Machtkonstellationen, leider nicht ohne Auswirkungen. Die auf Personen bezogene Haßpropaganda, wie die auf Putin, erweist sich als entscheidender Katalysator für eine generelle russophobe Verachtung des großen Vielvölkerstaates im Osten. In besonders hohem Maße gilt das für das Massenbewußtsein in Polen und im Baltikum, zunehmend jedoch auch für Deutschland, Skandinavien und Großbritannien.

Potentiale der EU/NATO

Die kommenden fünf Jahre werden zunächst einmal von dem Streben der meisten westeuropäischen Staatsführungen – vor allem aber von den vier größten Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien – bestimmt, aus der sich anbahnenden Reduzierung des bisher allein und alles entscheidenden militärstrategischen Potentials der USA politische Antworten zu finden. Diese müssen auf Grund ihrer schwerwiegenden sozialökonomischen Konsequenzen aus Sicht der Regierenden in der EU innenpolitisch durchgesetzt werden, um den sich für sie abzeichnenden Rollenwechsel innerhalb der NATO im Sinne einer massiven Aufrüstung absichern zu können. Hierbei wird sich erweisen, in wieweit sich angesichts der innerimperialistischen Konkurrenz und politischen Rivalitäten zwischen den großen EU-Staaten einerseits – vor allem zwischen Deutschland und Frankreich – und Großbritannien andererseits überwinden lassen. Immerhin ist das Wirtschaftspotential Westeuropas nach recht unterschiedlichen Schätzungen mehrfach größer als das Rußlands. Aber eine durchgängige EU-weit koordinierbare Militarisierung der Wirtschaften mit dem Ziel, maximal vereinheitlichter technischer Standards für die Waffenarsenale der einzelnen Länder, bleibt vorerst noch eine offene Frage, wobei die Anstrengungen zur Entwicklung einer gemeinsamen industriellen Waffenproduktion und -entwicklung (z. B. Drohnen) zwischen GB und der Ukraine sowie Deutschland, Schweden und der Ukraine nicht zu übersehen sind.

Mit dem offenkundig nachlassenden Interesse der USA-Administration an den von ihr 2013/14 ausgelösten und finanzierten Maidan-Ereignissen in Kiew, die ja mit der Bewaffnung der Putschisten zur verdeckten Kriegsführung gegen die Ost-Ukraine bis zum offenen Kriegsausbruch mit Rußland 2022 geführt hatten, steigen für die EU die Chancen, zum Ukraine-„Protector“ zu werden. Allerdings sind die Versuche der EU, Zutritt in die Verhandlungen über einen Kriegsabschluß zwischen Kriegsparteien zu erlangen, nicht auf einen stabilen Frieden gerichtet. Es geht hierbei vor allem um Mitsprache über eine (für die EU-Rüstungsindustrie gern längere) Kriegsdauer, um künftige militärstrategische Positionen gegenüber Rußland samt den Nutzungsmöglichkeiten der an

Bodenschätzen und Schwarzerde reichen Ukraine.

Rußlands Kalkül und Zwänge

Der von Rußland und Präsident Putin nur widerwillig eingeschlagene Weg einer „militärischen Sonderoperation“, d. h. eine zeitlich begrenzt konzipierte Rettungsaktion nach entsprechenden Bitten der Repräsentanten der mehrheitlich russischsprachig bevölkerten Ostukraine, hat sich nach nunmehr mehr als vierjähriger Dauer als überaus blutiges Kriegsgeschehen mit dem Kiewer Maidan-Regime erwiesen. Darüber hinaus zeichnen sich mit der wohl kaum in Moskau erwarteten politischen und zig Milliarden schweren waffentechnischen Unterstützung Kiews gewissermaßen bereits heute die Konturen eines großen Krieges des kollektiven Westens in Gestalt einer EU-europäisierten NATO gegen Rußland ab. Der von der westlichen Propaganda behauptete „unprovokierte“ Krieg Moskaus war eine Reaktion auf die immer deutlichere geografische Einkreisungsstrategie der von den USA dominierten NATO. Deren Bedrohungen durch eine klar absehbare Integration der Ukraine, nicht zuletzt mit Blick auf Rußlands wiederholte historische Invasionserfahrungen aus dem Westen, schien für den Kream sicherheitspolitisch nicht mehr hinnehmbar.

Hieraus ergaben sich für Rußland Konsequenzen, die es bei nüchterner Bewertung der eigenen Möglichkeiten und Herausforderungen zu bewältigen galt:

Die Korrektur eines logistisch und flankenverletzbar allzu forcierten Vormarsches, der den Erfolg und die eigentlichen Ziele zu Beginn der „militärischen Sonderoperation“ (territoriale Sicherheit für Rußland, für die russische Kultur und Sprache in der Ukraine sowie eine Defaschisierung des Landes) in Frage stellte.

Die Mobilisierung und schnellstmögliche Weiterentwicklung der russischen Rüstungsproduktion und Waffentechnik, die quantitativ und vor allem qualitativ der vom Westen an die Ukraine gelieferten Rüstungen mehr als nur Paroli bietet. Dies unter Berücksichtigung der Vielfalt der (vorerst noch nicht) einheitlichen Standards westlicher Waffentechnik, die der russischen Kriegsseite trotz des größeren westlichen Wirtschaftspotentials qualitative und operative Vorteile verschaffte. Insbesondere gilt das nicht nur für die den operativ-taktischen Kriegscharakter verändernde Drohnen-Technik, sondern ähnlich im Bereich der strategisch einsetzbaren Raketen (Kinshal, Oreschnik u.a.)

Aussichten

Der Beginn von Verhandlungen über ein Ende des Krieges stellt sich immer dringlicher, nicht nur für die Ukraine, spürbarer als die vier Kriegsjahre zuvor auch für die russische Bevölkerung. Die konkreten

Ergebnisse dieser unausweichlich kommenden Verhandlungen werden ausschlaggebend darüber entscheiden, ob sie letztlich auch nur als Ausgangspunkt und Rechtfertigung für neue militärische Konfrontationen dienen werden. Schon jetzt scheinen die Konturen derartiger Konfliktpotentiale sichtbar:

- Deutschlands Führungsambitionen als größte konventionelle Militärmacht der EU und als militärische Drehscheibe für einen massiven Aufmarsch an den Grenzen Rußlands zu Polen und dem Baltikum;
- die Sperrung der Ostsee als NATO- und EU-Binnenmeer für die russische Schifffahrt und Flotte;
- Blockadeversuche im Nordatlantik für die strategische Flotte Rußlands und die bereits proklamierte Militarisierung der Arktis durch die NATO;
- die Erweiterung atomarer „Schutz“-Ambitionen durch Frankreich für Polen, Finnland und Schweden (in unausgesprochener Konkurrenz zu den USA).

Fazit: Die Europäer in Ost und West gehen unruhigen Zeiten entgegen. Die militärische Herausforderung der Atommacht Rußland könnte den Westen vergessen lassen, daß die dereinst sowjetische Verpflichtung, im Kriegsfall nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, längst Geschichte ist.

Die Aussichten für einen Frieden ohne Spannungen und bedrohliche Konflikte scheinen eher trübe.

Prof. Dr. Gregor Putensen
Greifswald

Unsere herzlichsten Grüße und Glückwünsche entrichten wir

Johann Weber

aus Ruhstorf/Niederbayern,
der am 15. August seinen
75. Geburtstag begeht.

Johann gehört seit vielen Jahren zum Autorenkreis unserer Zeitschrift. Aus der SPD kommend fand er den Weg zum „RotFuchs“ und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Wahrheit über die DDR und ihre Rolle in der Systemauseinandersetzung zu verteidigen. Mit unserem Dank für Deine Unterstützung, lieber Johann, würdigen wir zugleich Deine unbeugsame Haltung in der Auseinandersetzung mit dem Geschichtsrevisionismus der BRD, insbesondere auf dem Gebiet des Sports, und Deinen antifaschistischen Bekennermut zu unserer Sache. In fester Verbundenheit

Redaktion und Vorstand

Was haben wir mit dem Ukrainekrieg anno 26 zu tun?

Nix – oder doch – und wenn ja, was?

Fragen Sie sich nicht auch manchmal, was geht uns dieser Ukrainekrieg an? Ist er nicht, bei aller Nähe, trotzdem weit weg? Aber war der Jugoslawienkrieg nicht genauso dicht dran? Und der war doch auch nicht soooo schlimm, also nicht für uns, für die Jugoslawen wohl schon. Und das haben wir (sprich die NATO, die USA und ihre damaligen Lieblingsverbündeten, zu denen die BRD gehörte) doch gut hingekriegt. Alles ruhig im Land, das es nicht mehr gibt (divide et impera war schon bei den alten Römern beliebt), jeder hat nun sein eigenes Ländle und die Albaner im Kosovo sind auch befreit. Gut, es mußten ein paar Serben aus dem Kosovo, also dem ehemaligen serbischen Kosovo, vertrieben werden, um den Kosovoalbanern Luft zum Atmen zu geben. Haben ja auch schwer dafür gelitten, haben mit westlicher Unterstützung die UÇK, eine mafiaähnliche „Befreiungsorganisation“ - geschaffen. In der Onlineausgabe der Zeitschrift W & F (Wissenschaft und Frieden) kann man dazu folgendes nachlesen: „So bildeten sich zum Anfang der 90er Jahre zunächst regionale Widerstandsgruppen, die jedoch erst mit einem Bekennterschreiben zu einem terroristischen Anschlag im Februar 1996 als UÇK die Medienbühne der Weltöffentlichkeit betraten ... Die militärische Taktik der Terror-Gruppe bestand von vornherein darin, mit ihren Kernverbänden serbische Polizeistationen und -konvois aus dem Hinterhalt anzugreifen und sich anschließend in die Berge zurückzuziehen, so daß die schlecht bewaffneten Dorfmilizen anschließend den Counter-Guerilla-Operationen der serbischen Sicherheitskräfte hilflos ausgeliefert waren. Bei ihren militärischen „Nadelstichen“ gegen Regierungstruppen und Sonderpolizeieinheiten setzte die UÇK – inzwischen verstärkt durch islamische Kämpfer aus Afghanistan, Tschetschenien und dem Iran – zunehmend auch auf Angriffe gegen die serbische Minderheit im Kosovo ... Die amtliche Auskunft des Auswärtigen Amtes vom 28. Dezember 1996 an das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht spiegelt die Lage und die Ziele der Parteien im Bürgerkrieg zwischen UÇK und serbischen Verbänden: „Nach Erkenntnis des Auswärtigen Amtes sind die Maßnahmen der Sicherheitskräfte in erster Linie auf die Bekämpfung der UÇK gerichtet, die unter Einsatz terroristischer Mittel für die Unabhängigkeit des Kosovo, nach Angaben einiger ihrer Sprecher sogar für die Schaffung eines ‚Groß-Albanien‘ kämpft.“ Am Frieden wenig interessiert eskalierte die rapide anwachsende UÇK den Bürgerkrieg ... Na gut, daß die albanische Mafia dann in der BRD ein paar Geschäfte von

kriminellen anderen Banden übernommen hat, weil sie besser bewaffnet und skrupelloser war, geschenkt, wer hat schon mit der organisierten Kriminalität zu tun, mal abgesehen von ein paar Schmuggelzigaretten oder den einen oder anderen Stimmungsaufheller für diverse Partyvergnügungen. Aber wir haben die Kontrolle, nicht wir hier zu Hause, die EU als Sachwalter von NATO und den USA, die einen EU-Chef, der offiziell Sonderbeauftragter der Europäischen Union (EUSR) für das Kosovo heißt, stellt, der die letzte Instanz im Kosovo ist. Da kann das Kosovo-Parlament beschließen was es will, die letzte Entscheidung liegt beim Sonderbeauftragten. In Bosnien-Herzegowina heißt der Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, ist jedoch quasi das Gleiche. Auch der Ministaat Montenegro wird direkt von der EU überwacht. Versprochen wird ihnen die EU-Mitgliedschaft, und sie werden, wie auch die anderen beiden Länder, mit Millionenbeträgen von der EU „unterstützt“, um alles schön „europäisch“ zu machen. Die EU-Millionen halten quasi in den Ländern die Verwaltung am Laufen, sofern sie dort ankommen, wo sie hinsollen.

Doch was hat das alles mit dem Ukrainekrieg zu tun? Nun, es zeigt ein Schema, über das wir uns im Klaren sein müssen. Der Ukrainekrieg hätte ja beinahe auch nur acht Jahre und drei Monate (2014–2022) gedauert, denn Selenskyj war drei Monate nach dem direkten russischen Einmarsch im Februar 2022 zu Friedensverhandlungen bereit. Das konnte gerade noch rechtzeitig durch das schnelle Eingreifen des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson abgewendet werden. Jener eilte schnell im Auftrag der westlichen Welt nach Kiew und versprach Selenskyj, wenn sie nur lange genug durchhielten, natürlich mit jeder Menge NATO-Nachschub, könnte man den verhassten Russen wahrscheinlich besiegen (oder wenigstens im Sinne des Westens schwächen, was er dem Schauspielerpräsidenten wohl nicht sagte). Heute, nach zwölf Jahren Krieg (2014–bis heute) und ein paar hunderttausend toten Soldaten später, stellt sich beides wohl als Wunschdenken heraus. Dabei haben wir, also die deutschen und andere Steuerzahler der NATO, doch getan, was in unseren Möglichkeiten steht. Milliarden sind in Richtung Ukraine geflossen – obwohl Milliarden stimmt, die Richtung eher nicht. Denn wie bei den Milliarden, die wir den angeblich faulen Griechen vor einem Dutzend Jahren hinterhergeworfen haben und die dann gar nicht bei den Griechen, sondern in den Taschen der Banker gelandet sind, erreichen von den Ukrainemilliarden nur ein Teil das Land, der

dann aufgeteilt wird zwischen bedürftigen korrupten Oberukrainern und dem Staat, der damit am Laufen gehalten wird. Der Rest sind eher so Sachleistungen. Will sagen, das Geld fließt erst einmal in die Rüstungsindustrie (z. B. Rheinmetall), die dann dafür Munition und Kriegsgerät aller Art produzieren und es in die Ukraine schaffen, denn ohne NATO-Nachschub, NATO-Echtzeitaufklärung durch Satelliten und Aufklärungsflugzeuge, die über dem Schwarzen Meer patrouillieren, NATO-Spezialisten, die vor Ort anleiten und organisieren sowie Wirtschaftskrieg der westlichen Welt gegen Rußland, wäre die Sache wohl schon gegessen. Wir erkennen also unsere in allem steckende Beteiligung mit Menschen, Geld und Material. Da haben wir noch nicht über die Ausbildung von tausenden ukrainischen Soldaten durch die britische, französische und deutsche Armee geredet. Aber, wie uns unsere Politiker erklären, ist das ja ein Geben und Nehmen. Wir (und die anderen) machen die Ukrainer schlachtfertig und sie verraten uns dafür, wie wir die Russen schlagen können, was unsere Vorväter ja nicht ganz hinbekommen haben. Also eine win-win-Situation, vor allem für die, die immer noch sauer darüber sind, daß sie vor 81 Jahren von den Russen geschlagen wurden. Wir haben ja bereits vorsichtshalber unsere Panzer 30 km vor der russischen Grenze in Litauen in Stellung gebracht. Ärgerlich ist nur, daß die Amis seit ein paar Monaten nicht mehr mitspielen wollen beim Menschen durch den Wolf drehen in der Ostukraine. Und wer nun denkt, das liegt am unberechenbaren Vorzeigekasper von der Ballsaalbaustelle aus dem Weißen Haus, der kennt nur einen Teil der Wahrheit. Die Amis haben nämlich ein Geschäft gemacht, Deal nennen die das. Sie haben sich das Vorkaufs- und Verwertungsrecht auf alle wichtigen Rohstoffe in der Ukraine für die nächsten 1000 Jahre (oder so) gesichert. Darüber hinaus haben sie einen nicht geringen Teil der Ukraine einfach gekauft. Dort können sie Fabriken oder Labore bauen und all das treiben, was im eigenen Land nicht geht. Gut, das haben sie vorher schon gemacht, aber nun gehört ihnen der ganze Ramsch. Nun sollen die Europäer mal schön alleine weiter Krieg führen, für die Freiheit, viel mehr gibt's ja nicht mehr zu holen, und die laute Forderung, die Rüstungsausgaben mehr als zu verdoppeln, haben wir (sprich unsere Politiker) ja schon vollzogen. Gut, ein paar Rüstungsbetriebe wollen wir (also Rheinmetall und Co.) schon noch bauen, man kann ja gar nicht genug Geld mit Kriegsmaterial verdienen. Außerdem haben wir uns durch den Wirtschaftskrieg mit Rußland

sowas von ins eigene Knie geschossen, indem wir, damit der vermaledeite Putin nicht daran verdienen kann, fürderhin auf billige russische Rohstoffe und Erdöl und Gas verzichten, sogar zulassen, daß die neue Nordstream-2-Pipeline gesprengt wird, obwohl doch die Rohstoffe und Energieträger erst ermöglicht haben, daß wir Exportweltmeister wurden, haben uns freiwillig vom attraktiven russischen Markt getrennt und stehen nun blöd da. Gleichzeitig, was besonders perfide ist, haben die Chinesen angefangen, bessere Autos zu bauen. Dabei beruhte doch fast ein Drittel der deutschen Wirtschaftskraft, Zulieferer und Zubehörbauer, die ihrerseits den örtlichen Handel und das Handwerk mit gutverdienenden Arbeitern, die sich Handel und Handwerk leisten können, einschlossen, auf schicken neuen deutschen Autos, die dann in China und Rußland und anderswo verkauft wurden. Nun müssen wir jetzt nicht gleich frieren, schließlich schicken uns unsere Freunde aus den USA dreckiges Fracking-Gas, das auch noch viermal so teuer ist. Und außer Ostdeutschland brauchen wir kein russisches Öl, das, was wir brauchen, bekommen wir zu

großen Teilen aus der Nordsee. Die deutsche Wirtschaft wankt unter hohen Energiepreisen, hohen Rohstoffpreisen und hohen Zöllen unserer US-Freunde. Manchmal glaube ich, es gibt Freunde, wenn man die hat, dann braucht man keine Feinde mehr. Die, die wir gewählt haben, meinen nun, man könne die Wirtschaft mit Waffenproduktion ankurbeln. Ja, die ganze EU will waffenstarrend werden. Mal abgesehen von der Überlegung, daß Waffenproduktion so sinnvoll ist wie das Geld gleich zu verbrennen, denn wir hoffen doch alle, daß sie nicht gebraucht werden. Wir produzieren also, was nicht gebraucht werden soll, denn wenn es gebraucht werden sollte, dann Gnade uns Gott, und das Zeug rettet uns auch nicht mehr. Unsere Obersten meinen also, damit die Konjunktur am Laufen halten zu müssen, die Gewerkschaften meinen das auch, so ist das nicht schlimm für alle. Weil wir ja irgendwo sparen müssen, müssen für die Waffenproduktion die Sozialleistungen runter, Gesundheitsversorgung zusammenstreichen, Wohngeld weg, Schulen abbauen und weniger Lehrer, dafür mehr Polizei (macht ja Sinn, dumme Menschen lassen sich

eher zu kriminellen Handlungen verleiten). Bezahlt wird das an den Gros von den Steuern der Arbeitenden. Großbetriebe haben ja Steuervermeidungsstrategien. Und wir müssen alle mehr arbeiten, auch die Rentner und nicht mehr nur acht Stunden. Wird spannend! Doch es trifft nicht alle, denn die Anzahl der Millionäre und Milliardäre in der Bundesrepublik hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Also: werdet Millionäre! Um noch einmal auf Ex-Jugoslawien zurückzukommen. Was wird mit der Ukraine nach Kriegsende, das hoffentlich bald kommen wird? Minen-, Bomben- und Granatenräumen, Wiederaufbau – ein Geschäft für Jahrzehnte. Keine Sorge, auch diesen Deal haben die Amis schon im Sack – aber sie werden es uns bezahlen lassen, und so sind wir wieder dabei!

Uli Jeschke

1 Siehe <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/uck-zur-karriere-einer-terroristischen-vereinigung/>

2 Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Holder_Repr%C3%A4sentant_f%C3%BCr_Bosnien_und_Herzegowina

Unser Leser Klaus Kleinmann aus Stralsund hat im Rahmen der dortigen Gruppe „Aufstehen für den Frieden“ ein Material zum Thema „Provokationen gegen Rußland“ zusammengestellt und dem RF zugesandt, das wir hier auszugsweise veröffentlichen. Diese Ausarbeitung war Grundlage für ein Flugblatt, mit dem sich die Gruppe an die Stralsunder Öffentlichkeit gewandt hat und das auch weiter tun wird.

Das Spiel mit dem Feuer: Systematische Provokationen gegen Rußland

Kriegsrhetorik gegen Rußland beherrscht flächendeckend die Medien und die öffentliche Diskussion. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Kiesewetter, Strack-Zimmermann und viele andere unverantwortliche Drohungen und Verwünschungen gegen die Russische Föderation (RF) ausstoßen. Bei Provokationen, die zu einem militärischen Angriff führen und zur Rechtfertigung für einen Krieg herhalten sollen, spielt die Bundesregierung inzwischen eine führende Rolle.

Dazu gehört die massive Aufrüstung nach der unrealistischen Devise, die deutsche Armee müsse „konventionell die stärkste in Europa werden“.

Die Regierung in Moskau schätzt das Handeln des Westens gegenüber der eigenen Bevölkerung und ihrer internationalen Partner als gezielte Bedrohung ein:

- **Kriegsmentalität:** Russische Diplomaten werfen der EU vor, eine gefährliche „Vorkriegspsychologie“ zu entwickeln und Ängste vor einer russischen Expansion zu schüren, um die eigene Aufrüstung politisch zu rechtfertigen.

- **Wirtschaftskrieg:** Die weitreichenden Wirtschaftssanktionen der EU und das Einfrieren russischer Staatsvermögen werden von Moskau als aggressive Akte interpretiert, die darauf abzielen, die russische Wirtschaft und das Finanzsystem zu zerstören.

Die EU provoziert auf verschiedene Art und Weise im Ostseeraum

Heute gelten die baltischen Staaten und die benachbarte russische Exklave Kaliningrad (ebenso wie der Ostseeraum insgesamt) als der gefährlichste potentielle Herd für einen direkten Krieg zwischen der Nato und Rußland. Teils aus echten strategischen Gründen, teils aufgrund der intensiven Paranoia auf beiden Seiten. Leider scheinen baltische Politiker entschlossen, die Spannungen ungeachtet der Risiken für ihre Länder weiter zu verschärfen. Inzwischen sind 22 000 Soldaten aus anderen Nato-Staaten in den baltischen Ländern stationiert.

St. Petersburg: Blockadevorbereitungen, Blockademaßnahmen

Über die Beschlagnahme von Schiffen hinaus treffen die NATO und die EU Vorkehrungen, St. Petersburg durch eine Blockade

des Finnischen Meerbusens vom Ostseehandel abzuschneiden und die Ostsee für Handelsschiffe von und nach St. Petersburg zu blockieren, was 40 Prozent seines Seehandels kosten könnte. Finnland und Estland rüsten dazu ihre Küstenverteidigung im Einklang mit NATO und EU „infolge der veränderten Bedrohungslage im Baltikum“ erheblich auf. Beide Länder arbeiten eng zusammen, um im Krisenfall die Kontrolle über das Gewässer zu erlangen. Damit wäre die Wirtschaftsregion St. Petersburg vom Welthandel abgeschnitten. Begründet wird dies mit notwendigen Maßnahmen gegen die „Schattenflotte“, mit Ermittlungen nach Sabotageakten an Unterwasserkabeln und mit Umweltschutzsperren. Was wäre, wenn Rußland das militärisch verhindern würde?

Drohnenangriffe auf russisches Territorium über das Baltikum und von Polen aus

In letzter Zeit wurde die Region St. Petersburg jeden Tag massiv mit Drohnen angegriffen. Es gilt als wahrscheinlich und plausibel, daß die Ukraine in mehreren Fällen den sicheren polnischen, lettischen und estnischen Luftraum nutzte, um ihre Drohnen so nah wie möglich an St. Petersburg

heranzubringen, bevor sie auf die russische Luftabwehr trafen. Mittlerweile scheint festzustehen, daß einige dieser Drohnen sogar von baltischem Gebiet aus gestartet werden. Diese Bedrohung wird für Rußland zu einem akuten Problem, da ukrainische Drohnen der russischen Energieinfrastruktur zunehmend Schaden zufügen. Die baltischen Staaten streiten es zwar ab, verhindern es aber auch nicht und sind damit Kriegspartei. Da sie NATO-Staaten sind, gilt das gleiche für die NATO insgesamt. Eine russische Antwort wäre die logische Konsequenz.

Blockade des Kaliningrader Gebietes

Bereits 2022 verfügte Litauen in Übereinstimmung mit EU-Sanktionen Einschränkungen des Gütertransits zwischen dem russischen Festland und der Exklave Kaliningrad. Sie bezogen sich auf den Transport solcher Güter wie Kohle, Metalle, Baumaterialien auf dem Landweg. Rund 40 bis 50 Prozent aller Transitgüter fielen zeitweise unter diese Beschränkungen. Heute werden die EU-Sanktionsrichtlinien durch Litauen konsequent umgesetzt. Militärisches Material, Soldaten und sanktionierte Dual-Use-Güter sind komplett vom Transit ausgeschlossen. Für zivile Frachtgüter (wie Kohle oder Baumaterialien) gelten strenge Obergrenzen. Zudem wurde die Durchfuhr von russischen Ölprodukten stark reguliert. Die RF sah sich gezwungen, für den Transport von Gütern nach Kaliningrad hauptsächlich auf den Schiffsverkehr umzusteigen. Züge sind unter Begleitung von litauischen Militärhubschraubern unterwegs. Dies dient angeblich dem Schutz der EU-Außengrenze sowie der Kontrolle, daß niemand illegal aussteigt oder unerlaubtes Material transportiert wird.

Die Bundeswehr ist im Rahmen eines historischen Leuchtturm-Projekts dauerhaft in Litauen stationiert, um „die NATO-Ostflanke abzusichern“. Den Kern dieser Präsenz bildet die unter großen Schwierigkeiten in Aufstellung befindliche Panzerbrigade 45, die bis Ende 2027 ihre volle Einsatzbereitschaft erreichen soll und dann 4800 Soldatinnen und Soldaten sowie 200 zivile Bundeswehrangehörige umfaßt. Damit ist die Bundeswehr in nächster Nähe des Kaliningrader Gebietes stationiert und dürfte bei einem NATO-Angriff auf diese russische Exklave eine wichtige Rolle spielen.

Pistorius zur Ausbildung ukrainischer und deutscher Soldaten

Pistorius sagte an der Seite seines ukrainischen Amtskollegen Mychailo Fedorow die Fortsetzung der Ausbildung ukrainischer Soldaten zu. Bislang habe Deutschland „fast 27 000 Soldatinnen und Soldaten der Ukraine ausgebildet“. Kriegserfahrene ukrainische Soldaten sollen im Gegenzug den Bundeswehrsoldaten ihre Erfahrungen beim Drohneneinsatz und der Abwehr weitergeben.

Angriff auf Starobelsk

Bei dem ukrainischen Terrorangriff in der Nacht zum 22. Mai auf Starobelsk kamen 21 Schülerinnen und Schüler einer örtlichen Berufsschule ums Leben, 65 Menschen wurden verletzt. Jetzt sei es Zeit, zurückzuschlagen, hört man aus Kreisen der russischen Eliten. Dmitri Suslow, Abgeordneter der russischen Duma, erklärt: „Die Reaktion Rußlands ist ein wichtiges Signal an die europäischen Eliten, die durch die Ukraine Krieg gegen die RF führen. Das beginnt mit systematischen Angriffen auf Kiew. Der nächste Schritt könnte direkt auf die Ziele in EU- und NATO-Staaten gerichtet sein.“ Der Angriff auf das Fortbildungsinstitut in Starobelsk wird also ernsthafte russische Vergeltungsmaßnahmen hervorrufen, und genau das ist gewollt, um Rußland immer tiefer in einen großen, internationalen Konflikt hineinzuziehen.

Drohnenproduktion für die Ukraine in anderen europäischen Ländern

Die Drohnenproduktion für die Ukraine in anderen europäischen Ländern wird massiv ausgebaut. Das gilt nicht zuletzt für Drohnen mit großer Reichweite (bis zu 1500 Kilometer). Europäische Staaten, darunter Deutschland und das Vereinigte Königreich, haben umfassende strategische Partnerschaften und Joint Ventures mit ukrainischen Rüstungsunternehmen aufgebaut, um die Produktion unbemannter Systeme zu organisieren. Führend bei der Produktion von Drohnen ist England. Im Rahmen eines historischen Pakts liefert und produziert das Land über 120 000 Drohnen für die Ukraine, darunter Aufklärungs-, Logistik- und weitreichende Angriffsdrohnen. Der Produktionsaufbau im Ausland erfolgt als strategisches „Euro-Ukrainisches“ Modell, um Fabriken vor russischem Beschuß zu schützen und westliche Finanzierung zu sichern. Es liegt auf der Hand, daß Rußland hier den Beweis für eine direkte westliche Kriegsbeteiligung sieht. Präzisionstechnik aus Deutschland macht diese Drohnen besonders effektiv. Militärische Reaktionen Rußlands darauf wären nicht verwunderlich.

Einseitige Nutzung von StarLink durch die Ukraine

StarLink ist ein satellitengestütztes System der USA, das auf dem Schlachtfeld eine schnelle Zielerkennung und dezentrale Reaktion ermöglicht. Das stellt – exklusiv für die ukrainischen Truppen – einen einseitigen Vorteil dar, ohne den sie den Krieg wahrscheinlich bereits verloren hätten. Die Finanzierung erfolgt über das US-Verteidigungsministerium. Damit sind die USA entgegen anderer Beteuerungen nach wie vor ein wichtiger Kriegsgegner der RF. In Rußland weiß man das. Es sollte jedoch Beachtung finden, daß es der Russischen Föderation gelungen ist, die Wirksamkeit von StarLink einzuschränken und ein eigenes,

ähnliches System für ihre Streitkräfte zu installieren.

Einfrieren von russischen Vermögen

Im Zuge von Sanktionen konfiszierte die EU bedeutende russische Vermögenswerte, die bei Euroclear in Brüssel lagen. Ursprünglich war geplant, den jüngsten Ukraine-Kredit über 90 Mrd. Euro den eingefrorenen russischen Vermögenswerten zu entnehmen, was aber am Widerstand einiger EU-Länder scheiterte. Man könnte das als versuchten Diebstahl bezeichnen. Besonders Belgien war dagegen, weil es Regreßklagen Rußlands befürchtete. Tatsächlich verklagte Rußland Ende vergangenen Jahres Belgien auf die Herausgabe dieser Werte, die sich inklusive Zins und Zinseszins auf 229 Milliarden Euro belaufen.

Kriegsfinanzierung

Die Gesamtsumme der deutschen Unterstützung für die Ukraine beläuft sich inklusive aller zivilen Hilfen und Flüchtlingskosten auf über 100 Milliarden Euro. Weltweit liegt die internationale Hilfe durch Staaten und Institutionen seit Kriegsbeginn mit weit über 310 Milliarden Euro noch deutlich höher. Ein nicht geringer Anteil dieser Kredite verschwand im Dschungel der ukrainischen Korruption. Jeder neue Kredit ist ein weiterer Schritt in den Krieg. Je mehr Geld die EU in der Ukraine versenkt, desto schwieriger wird es, sich aus dem Krieg zurückzuziehen, denn dann müßte man der Bevölkerung erklären, daß man sich verspekuliert und das Geld in den Sand gesetzt hat. Ein Angriff und ein darauf folgender Krieg wird zum Ausweg aus dieser Lage und zum ersehnten Ziel. Der neue Siebenjahres-Haushaltsplan der EU für 2028 bis 2034, über den bereits verhandelt wird, sieht 131 Milliarden Euro für militärische Zwecke vor. Außerdem gibt es ein Programm für „militärische Mobilität“, das 1,7 Milliarden Euro umfaßt. Europa steuert stur in die Schuldenfalle. Warum tut es das, und wie hat es vor, da wieder herauszukommen? Es gibt drei Antworten. Erstens: Krieg macht alles vergessen. Zweitens: Der Sieger bekommt alles. Drittens: Nach uns die Sintflut. Dazu kommt noch das Versprechen der NATO-Staaten, ihre Ausgaben bis 2035 auf fünf Prozent des BIP zu erhöhen, sowie eine Verzehnfachung der Militärausgaben im EU-Haushalt. Die Gesamtsumme der nationalen Militärbudgets lag 2025 bei geschätzten 381 Milliarden Euro. Die EU-Kommission hat ihren Mitgliedstaaten, mit dem Ziel der Militarisierung der EU, faktisch erlaubt, die Obergrenze für ihre Haushaltsdefizite (drei Prozent des BIP gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU) zu überschreiten – unter der Bedingung, daß die zusätzlichen Ausgaben militärischen Zwecken dienen. So will die EU-Kommission in den nächsten drei Jahren fast 850 Milliarden Euro mobilisieren.

Daß Rußland all dies als Affront und massive Bedrohung ansieht, ist nachvollziehbar. Man kann die Langmut der russischen Staatsführung nur bewundern, daß sie all diese kleinen und großen Schläge bisher noch nicht zum Anlaß genommen hat, den Krieg auf Westeuropa auszuweiten. Die EU-Staaten arbeiten gezielt auf einen Krieg gegen Rußland hin.

Nukleare Drohgebärden

In einem Interview der TASS äußerte sich der stellvertretende russische Verteidigungsminister Sergej Rjabanow besorgt über europäische Drohgebärden mit Nuklearwaffen. Finnland will die Einfuhr von Atomwaffen erlauben, während Frankreich und Polen Übungen über der Ostsee planen und dabei nukleare Angriffe auf Ziele in Rußland simulieren wollen. In der Quelle heißt es wörtlich: „Die polnische Luftwaffe wird sich auf Fernaufklärung, Zielerfassung und simulierte Angriffe mit JASSM-ER-Marschflugkörpern aus F-16-Kampfflugzeugen konzentrieren. Französische Dassault-Rafale-Kampfflugzeuge, die mit ASMP-Raketen mit Atomsprengköpfen bestückt werden können, werden Elemente der nuklearen Abschreckung üben. Das bilaterale Projekt soll die Abhängigkeit von komplexen, langwierigen bürokratischen Prozessen der NATO verringern, um im Ernstfall schneller kollektiv reagieren zu können.

Frankreich ist das einzige Mitgliedsland der EU, das über eine eigenständige nukleare Abschreckung verfügt. Seine „Force de Disuasion“ operiert außerhalb von jeder

Beteiligung der NATO. Paris kontrolliert die Sprengköpfe, das Auslieferungssystem und die strategische Doktrin. Die Verschiebung dieser Übungen ins Baltikum stellt eine klare Eskalation dar. Frankreich zeigt Moskau, daß sein atomarer Schirm sich auch auf die Ostflanke der NATO erstreckt. Atomschläge auf Ziele nahe St. Petersburg, der zweitgrößten Stadt der RF und Heimathafen der Baltischen Flotte, zu simulieren, spricht auch ohne gefechtsbereite Sprengköpfe die klare Sprache der Provokation.

Die offizielle Reaktion Moskaus ließ nicht lange auf sich warten. Der stellv. Außenminister, Sergej Rjaskow, formulierte: „Die offensichtliche Stärkung der nuklearen Komponente des Gesamtpotenzials der NATO können wir nicht ignorieren. Unter den falschen Parolen von Paris, die Sicherheit seiner nicht-nuklearen Verbündeten zu stärken, geschieht genau das Gegenteil: Infolge der Ausweitung des Einsatzgebietes der französischen Nuklearstreitkräfte auf andere europäische Länder geraten diese zunehmend ins Visier unserer atomaren Abwehr. Es ist sonnenklar, daß sich das allgemeine Sicherheitsniveau dieser Staaten dadurch bedeutend verschlechtert.“

Norwegen hat sich im Mai 2026 als erster europäischer Staat offiziell per Beistandsabkommen unter den erweiterten nuklearen Schutzschirm Frankreichs begeben. Neben dieser Vereinbarung haben sich im Frühjahr 2026 insgesamt sieben weitere EU-Staaten (Deutschland, Polen, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Griechenland) sowie Großbritannien

auf das Angebot von Präsident Emmanuel Macron bezüglich einer „vorgelagerten Abschreckung“ eingelassen und befinden sich in engeren Abstimmungs- und Beteiligungsprozessen.

Wie beim Beginn jedes Krieges ist auch bei einem Atomkrieg zu erwarten, daß eine Eskalationsspirale von kleinen („taktischen“) Sprengköpfen bis hin zu größeren und ganz großen Ladungen erfolgt. Das ermöglicht zumindest theoretisch den Ausstieg vor dem weltweiten Armageddon. Die Federführung Frankreichs in diesem Bündnis stellt insofern ein Risiko dar, als Frankreich nur über ganz große, strategische Sprengköpfe verfügt und bei einem Einsatz die unteren Eskalationsstufen überspringen müßte. Eine Beteiligung Frankreichs führt daher auf direktem Weg in den atomaren Weltuntergang.

Keinerlei Anzeichen von diplomatischen Aktivitäten des Westens

In Konflikten muß eine gemeinsame, diplomatische Lösung angestrebt werden, anstatt in den Krieg zu ziehen. Man muß verhandeln, und dabei die Argumente der Gegenseite einbeziehen! Statt dessen wird von offizieller Seite schon der bloße Gedanke an diplomatische Kontakte mit Rußland als Verirrung und Ketzerei geißelt. Man setzt einseitig auf die militärische Karte und wird nicht müde, einen Krieg mit dieser Supermacht zu provozieren. Daß in Rußland zunehmend eine harte Antwort gefordert wird, kann nicht verwundern ...

Fragen und Antworten auf aktuelle militärpolitische Ereignisse

Was beabsichtigt der Westen mit seiner abwertenden Sicht gegenüber der neuesten Intensivierung der russisch-chinesischen Partnerschaft?

Westliche Medien, darunter die britische *Financial Times*, nehmen den Besuchs Putins am 19. Mai 2026 zum Anlaß, um China u. a. Staaten mittels Fake-News über angeblich große Schwächen in Putins Rußland zu desinformieren.

Diese Verfahrensweise fand auch früher schon zu solchen Treffen von Putin und Xi statt. Stets wurde dabei versucht, Verfälschungen unter die Leute zu bringen, um gegenseitiges und internationales Mißtrauen zu pflanzen.

So behaupteten die Spalter am Tag der Anreise Putins in China im *ZDF-heute-journal*, daß das wirtschaftlich und finanziell

starke China, das schwache, um Hilfe bettelnde Rußland mit günstigen Energie- und Rohstoffkäufen ausnutzt und Präsident Putin gezwungen ist, dieses zuzulassen, weil er mit seinem Ukrainekrieg Rußland in eine hoffnungslose Lage getrieben habe.

In der *Financial Times* wurde zum Ausdruck gebracht, daß Putins zentrale Ansicht, die Russische Föderation (RF) könne den Westen durch Standhaftigkeit, Resistenz der Sanktionen und ihre Kriegsproduktion einfach überdauern, derzeit durch eine starke Zunahme der Unterstützung der Ukraine durch den kollektiven Westen hart auf die Probe gestellt wird.

Der Westen behauptet, daß sich in Putins System ernste Schwächen zeigen, so eine deutliche Verringerung der Wachstumsprognose für 2026 (die sich aber durch die im Nahostkrieg gestiegenen Erdölpreise

wieder erholt hat), weil die Kriegsproduktion angeblich an Schwung verliert (obwohl diese bedeutend angewachsen ist) und die Kosten des Ukraine-Konflikts steigen. Dabei wird übersehen, daß in Rußland anspruchsvolle Waffensysteme, wie die Hyperschall-Mittelstrecken-Rakete Oreschnik, Sarmat-2 mit 33 000 km Reichweite, das satellitengestützte System zur Steuerung von Kampfdrohnen – „Rasswet“ (russisches Starlink) – und andere Systeme in Serienproduktion gingen und nun schrittweise in den Konflikt eingeführt werden können. Die EU-Medien verbreiten, daß Putins Meinung – der Westen leide an Erschöpfung – diesen zunehmend isolieren würden. Die aktive Einflußnahme und die erfolgreiche existentielle politische, militärische und diplomatische Unterstützung Irans durch Rußland gegen die Aggressoren Israel und

USA sowie die Intensivierung der Sommerinitiative der RF in der Ukraine beweisen das Gegenteil.

Im Rahmen des Ausbaus ihrer umfassenden strategischen Partnerschaft haben China und Rußland ständig wachsende Bedürfnisse zur Kooperation, die jedoch nicht alle gleichzeitig umgesetzt werden können. Laut TASS soll Putins Besuch in Peking dazu beigetragen haben, die Entwicklung der chinesisch-russischen Beziehungen zusammen mit einer Reihe bilateraler zwischenstaatlicher und anderer Abkommen zu beschleunigen. Es wird erwartet, daß in den Schlüsselbereichen eine vertiefte Energiekooperation, wie langfristige Öl- und Gasversorgung, Infrastrukturkoordination und Zusammenarbeit auf verschiedenen Transport-Routen, arktische eingeschlossen, sowie auf Transport, Häfen und Lieferketten durch beide Länder angegangen wird.

Hightech- und industrielle Zusammenarbeit in solchen Bereichen wie Luft- und Raumfahrt, künstliche Intelligenz, digitale Wirtschaft, Chip-Entwicklung und Fertigung sowie Agrar- und Getreidehandel sowie die weitere Angleichung zwischen der chinesischen Initiative Neue Seidenstraße und der Eurasischen Wirtschaftsunion seien weitere wichtige Schwerpunkte. Als Erfolg wird gewertet, daß der Handelsumsatz zwischen Rußland und China zunimmt und bereits 200 Milliarden Dollar überschritten hat und höhere Ergebnisse anstrebt. Zugleich haben beide Länder ihre gegenseitigen Abrechnungen fast vollständig auf nationale Währungen umgestellt. Und nicht zuletzt gibt es in der Rußland-China-Beziehung auch noch geopolitische Wirkungen. Es gibt aber auch Wehrmutstropfen, denn beim Öffnen abgeschossener ukrainischer Drohnen befanden sich chinesische Komponenten.

Auf einer Pressekonferenz Anfang Mai bezeichnete Putin die Zusammenarbeit zwischen China und Rußland als einen „Faktor der Abschreckung und Stabilität“ in globalen Angelegenheiten. Er stellte fest, daß China Rußlands größter Handels- und Wirtschaftspartner ist, und fügte hinzu, daß die bilaterale Handelsdiversifizierung durch Hightech-Industrien verstärkt fortgesetzt wird. Zugleich gehen die chinesisch-russischen Beziehungen über die traditionelle Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Sicherheit und Energie hinaus und entwickeln sich zu einer langfristigen strategischen Verbindung auf sozialer und kultureller Ebene.

Halten wir schlußfolgernd fest, daß es bei dem „westlichen Journalismus“ nicht um Wahrheit und Fakten, sondern darum geht, Mißtrauen in die chinesisch-russische Partnerschaft zu säen. Es handelt sich dabei um eine alte und leider auch bewährte Art der „hybriden Kriegsführung“ des imperialistischen Westens, welche zwar einige Prozesse verzögert, aber die Entwicklung der

neuen multipolaren Welt nicht aufhalten kann.

Handelt es sich bei dem Angriff der Ukraine auf eine Berufsschule in Starobelsk um eine russische Manipulation oder um ein ukrainisches Kriegsverbrechen?

Die Ukraine hat am 22.5.2026 im Gebiet Lugansk eine Berufsschule und das dazugehörige Wohnheim in Starobelsk beschossen, in dem 14- bis 17-jährigen Schüler lebten. Dabei wurden 21 Jugendliche getötet und 42 verletzt.

Der bekannte Journalist Thomas Röper, dessen Aufzeichnungen wir hier gekürzt wiedergeben, nutzte als einziger Deutscher (von 55 meist internationalen Journalisten) die Gelegenheit, sich vor Ort ein realistisches Bild zu machen.

Der Westen bezeichnet den Vorfall als „russische Manipulation“ oder „Fake“ und stellt die ukrainische Version, die Ukraine habe ein militärisches Ziel angegriffen, als wahr dar, während er die Darstellungen der RF als „russische Propaganda“ benannte und hinzufügte, man könne die Angaben „nicht unabhängig überprüfen“.

Das stimmt einfach nicht, denn die Medien der Region Lugansk haben detaillierte Angaben veröffentlicht, die beweisen, daß die russische Version der Wahrheit entspricht, was die westlichen Medien, die ebenfalls eingeladen waren, auch hätten erfahren können, aber sie glänzten durch Abwesenheit.

Vor Ort bot sich ein dramatischeres Bild, denn es waren weit mehr Gebäude beschädigt oder zerstört, als ich angenommen hatte. Das Wohnheim der Berufsschule, in dem die Jugendlichen wohnten, ist teilweise eingestürzt. Das Gebäude der Berufsschule wurde von vier Drohnen getroffen und ist komplett ausgebrannt.

Zerstörungen durch Granatsplitter der Drohnen an allen Gebäuden rundherum. In der Umgebung gab es tiefe Bomben-Trichter und in den Restkorridoren lagen Splitter von den geborstenen Fenstern, über die die überlebenden Jugendlichen nach den Angriffswellen um 2 Uhr nachts flüchten mußten. Die Ruinen gaben zu erkennen, daß die Drohnen über ungewöhnlich große Gefechtsköpfe verfügt haben mußten. Die Untersuchungen waren noch nicht abgeschlossen.

Die Rettungskräfte sollen schnell vor Ort gewesen sein. Sie versuchten, den Kindern zu helfen, während weitere Angriffswellen stattfanden.

Die Bilder dieses ukrainischen Kriegsverbrechens gingen auch an mir, der seit 2022 mehrfach ähnliche Tatorte gesehen hat, nicht spurlos vorüber.

In Rußland, und vor allem natürlich in der betroffenen Region Lugansk, herrschen Wut und Unverständnis darüber, warum die Ukraine ausgerechnet eine Berufsschule und deren Wohnheim in dem kleinen

militärlosen Ort Starobelsk mit so einer Intensität angegriffen hat. Es liegt nahe, daß es sich um eine gezielte Provokation der Ukraine handelte.

Westliche Medien bleiben sich treu und verschweigen die Tragödie, während sie ausführlich über die russische Reaktion in Form eines heftigen Angriffs auf Kiew und andere angeblich zivile Ziele berichten, was so nicht stimmt, denn Rußland hat zivile Einrichtungen möglichst verschont und hauptsächlich militärische, militäroökonomische, energetische und logistische Ziele angegriffen.

Verändern die Groß- und Dauerangriffe auf Kiew und andere wertvolle Ziele der Ukraine den Charakter des Ukraine-Konflikts?

Am 24.5.26 führte Rußland den größten Angriff auf ukrainische militärische, militäroökonomische und logistische Ziele und besonders auf die Hauptstadt Kiew durch, der den Charakter eines Vergeltungsschlages für das Kriegsverbrechen der Ukraine an Jugendlichen der Berufsschule in Starobelsk verkörperte. Es ist hervorzuheben, daß Rußland wieder einmal die reagierende Seite ist, die dieses Mal und im Weiteren innerhalb von drei Tagen Angriffe ungewöhnlich hart, mit dem Masseneinsatz von Drohnen, Hyperschallraketen (Oreschniks ohne Gefechtskopfladung), see- und landgestützte Hyperschall-Zirkon-Raketen sowie mit einer größeren Zahl an ballistischen Iskander- und den modernisierten Iskander-M-Raketen zuschlug. Daran ist zu erkennen, daß Rußland die Nase voll hat von den ukrainischen Angriffen mit westlichen und ukrainischen Drohnen kurzer, mittlerer und großer Reichweite auf russische militärische, energetische u.a. Ziele. Diese Angriffe hatten zwar für die Ukraine eine Propagandawirkung im Westen, aber nur eine begrenzte Wirkung auf die militärischen Fähigkeiten der RF.

Die mit westlichen Abwehrkomplexen ausgestattete Luftverteidigung konnte nicht nur die Hyperschallraketen, sondern auch zwei Drittel der ballistischen Iskander-Raketen, nicht abfangen. So kam es nach russischen Angaben und teilweiser ukrainischer Anerkennung schmerzhaften Treffern. Allein in Kiew sollen drei große mit EU-Rüstungsbetrieben vernetzte militärische industrielle Einrichtungen für Militärelektronik, Montagebetriebe für die dringend benötigten weitreichenden „Flamingo“-Drohnen und unweit von Kiew ein Betrieb zur Produktion der besonders auf der Krim gefürchteten unbemannten See-Drohnen sowie ein Flugplatz getroffen worden sein. Trotz der intensiven Angriffe auf Kiew soll es dabei, nach ukrainischen Angaben, nur zwei Tote gegeben haben.

Bei diesem Angriff auf Kiew und auf weitere kriegswichtige Einrichtungen in der Ukraine soll es sich um eine andauernde

Operation handeln, deren Signale nicht nur an die Ukraine, sondern auch an den kollektiven Westen gerichtet sind. Rußland antwortet damit nicht nur auf die ständig eskalierenden Provokationen des Westens und der Ukraine, sondern es verändert den Charakter des Konfliktes in die Richtung, daß die westlichen und ukrainischen Eskalationen immer erfolgloser, verlustreicher und teurer werden.

Zur jetzigen Situation im Ukraine-Konflikt äußerte sich der Militäranalyst Teve Murane am 10.6.26 bei YouTube folgendermaßen: Rußland nimmt trotz aller Propagandafinten Selenskyjs und der westlichen Medien sowie aller Provokationen auf russischem Territorium, entgegen ukrainischen Verlautbarungen, weiterhin eine Vormachtstellung ein und baut diese ständig, wenn auch langsam, aus. Es handelt sich somit derzeit nicht um ein von vielen westlichen „Experten“ geäußertes Patt der Seiten, welches zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen führen sollte.

Die propagandistisch aufgebauchten Angriffe auf die russische Ölindustrie führten bisher zu keinem solchen Kraftstoffmangel, daß die russische Offensive eingeschränkt und die Industrie bedeutend geschwächt würde. Auch die am 10.6.26 teilbeschädigte Krimlandbrücke ruft keine wesentliche Verschlechterung der Treibstoffversorgung der Truppe hervor.

Obwohl die Drohnen den Charakter des Krieges veränderten (die Grundregeln des Krieges aber nicht), können Drohnen alleine die Front einer schrumpfenden Armee (mit Personal- und Materialmangel) nicht halten.

Es zeichnet sich ab, daß die RF ihre Luftverteidigung und besonders die Drohnenbekämpfung erfolgreich verstärkt haben (durch Mikrowellenwaffen, Antidrohnen, modernisierte funkelektronische u.a. Mittel) und somit die ukrainische Drohnenoffensive effektiver unterdrücken können. Dadurch verlieren die ukrainischen Drohnenstarts trotz der massenhaften westlichen Lieferungen immer mehr an Wirksamkeit. Sollte sich dennoch eine größere Schwächung der Streitkräfte der Russischen Föderation (RF) und der Industrie einstellen, wird die RF nach der iranischen Variante handeln und die westlichen Waffenproduzenten, die allesamt Kriegspartei geworden sind, intensiv bekämpfen.

Das hart umkämpfte Konstantinowka, welches das Vordringen Rußlands in die Richtungen Kramatorsk und Slawjansk lange verlangsamt hatte, wird schneller, als von westlichen Experten vorausgesagt, fallen. Auch Sumy und weitere Orte sollen vor dem Fall stehen. Anzeichen für eine lauthals verkündete ukrainische Großoffensive gibt es nur in den verlustreichen Kämpfen an einzelnen Frontabschnitten und bei den PR-haften und begrenzt wirksamen Drohnenangriffen.

Für den Kommandierenden Syrski geht es dabei um alles. Die US-Amerikaner, die den konventionellen Krieg in der Ukraine trotz Wiederaufnahme ihrer Hilfe insgeheim als verloren ansehen, haben die Absicht, ihren CIA-Vertrauten – den ukrainischen Geheimdienstspezialisten Budanow – an die Stelle von Syrski zu bringen, damit der konventionelle Konflikt in der Ukraine vor den Zwischenwahlen in den USA beendet und ein für Rußland ständig Unruhe verbreitender Guerilla-Krieg nach US-amerikanischem Muster entfacht werden kann. Trotz aller ukrainischer Propaganda wird es immer unwahrscheinlicher, daß der Westen und die schrumpfende ukrainische Armee (um mehr als 100 000 Mann) der atomaren Supermacht Rußland eine strategische Niederlage beibringen können. Das Gegenteil wird der Fall sein und die Voraussetzungen dazu werden durch die bedeutend personell und materiell verstärkten Streitkräfte Rußlands in diesem Sommer gelegt.

Isolationen und isolieren – Schlagworte dieser Tage

Wer isoliert eigentlich wen?

In einer Zeit, in der sich der wirtschaftliche Schwerpunkt aus dem europäischen Raum nach Eurasien verschiebt und die Mehrheit der Länder der Welt einen Gegenentwurf suchen, fand Anfang Juni in St. Petersburg das größte östliche Wirtschaftsforum mit 24 000 hochrangigen Regierungsvertretern und Wirtschaftsführern aus 130 Ländern, darunter alle Länder des globalen Südens, statt. Hauptgastland ist Saudi-Arabien mit über 200 hochrangigen Regierungs- und Wirtschaftsvertretern. Deutschland, welchem gerade ein Sitz im UN-Sicherheitsrat verwehrt worden war, sucht man dort vergebens. Es hat sich selbst isoliert.

Kurz vor Beginn des Forums hat sich der verrückte Selenskyj (Harald Kujat nennt ihn einen Verbrecher), der nicht einmal ein durch Wahlen bestätigtes Regierungsmandat vorweisen kann, dazu hinreißen lassen, diese Veranstaltung mit 345 Drohnen kurzer, mittlerer und großer Reichweite, die durchaus einige Öl- und Gasspeicher, Hafenanlagen, Schiffe der russischen Flotte u. a. Ziele traf, zu sprengen. Die große Katastrophe fand dank der über 80-prozentigen Abschußquote der örtlichen Luftverteidigung nicht statt. Nicht einer der Teilnehmer hat trotz der Gefahr weiterer Drohnenangriffe die Tagungsstätten verlassen. Für sie waren Putins Ausführungen bedeutender als die mögliche Bedrohung vor weiteren Drohnenangriffen. Selenskyj hatte sich wieder einmal ins eigene Knie geschossen, womit auch er in die Isolation geschickt wurde, obwohl es eigentlich seine „Sponsoren und Ratgeber“ (Führungseliten des Westens) sind, die sich und ihn wieder einmal bloßgestellt hatten.

Mit dieser nicht gelungenen Provokation des Westens und der Ukraine erhielten die BRICS-Länder, die auf ihrem Gipfel in Delhi leider noch keinen Beschluß zur gemeinsamen Unterstützung Irans im Krieg gegen die Aggressoren Israel und USA erzielen konnten, eine Lehrvorführung über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, um zu einer neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung zu kommen.

Das von der westlichen Welt als militärisch schwach, verarmt und isoliert dargestellte Rußland hat nicht nur mehrere Hightech-Waffensysteme, über welche der Westen derzeit nicht verfügt, in Serienproduktion überführt, 150 000 Drohnen abgeschossen und über 70 000 Flugabwehr-Raketen produziert (Russischer Militärexperte Martynow), sondern trotz der Spezialoperation in der Ukraine, der Sanktionen und der Vermögensbeschlagnahmen des Westens eine 30-fache Erhöhung des mittleren Einkommens seiner Bürger erreicht. Den Anteil des Rubels am russischen Export bezifferte Putin auf 65 % und die russische Staatsverschuldung soll derzeit bei 16,4 % liegen, was um ein Vielfaches geringer ist, als in den meisten Ländern der Welt.

Putin braucht sich nicht zu verstecken. Er kann sich, was die Verhandlungen angeht, darauf beziehen, daß Rußland und die Ukraine bereits im April eine fast unterschriftsreife Vereinbarung zur Beendigung der Kampfhandlungen vorgelegt hatten, die aber vom Westen (Johnson) zugunsten der Weiterführung des Konfliktes kassiert wurde. Putin äußerte in St. Petersburg seine Bereitschaft, mit der Ukraine über die Beendigung des Konfliktes zu verhandeln. Er wird dies aber nur tun, wenn Fachspezialisten beider Seiten einen belastbaren Entwurf eines Friedensvertrages erarbeitet haben. Die USA und andere Staaten können dabei lediglich Rahmenbedingungen schaffen und als Garantiemächte auftreten. Dabei kann es auch nicht ohne Berücksichtigung der Interessen Rußlands und der militärischen Ergebnisse des Konfliktes gehen.

Rußland machte auf dem Forum klar, daß es grundsätzlich eine politische Lösung anstrebt, die sich aber auf die mit Trump in Anchorage vor einem Jahr erreichten Kompromisse stützen muß.

Zum Abschluß eine positive Meldung: Pakistans Ministerpräsident Sharif erklärte, USA und Iran hätten die sofortige und endgültige Beendigung der Militäroperationen an allen Fronten vereinbart, was auch für den Konflikt zwischen Israel und der proiranischen Hisbollah-Miliz im Libanon gelten soll. Es sei vorgesehen, eine entsprechende Absichtserklärung abzuschließen.

„Kein Aggressor, wie mächtig er auch sein mag, wird erreichen, daß Kuba kapituliert“

Der US-Präsident verschärft seine Drohungen militärischer Aggression gegen Kuba auf eine gefährliche und nie dagewesene Weise. Die internationale Gemeinschaft muß dies zur Kenntnis nehmen und gemeinsam mit dem Volk der USA entscheiden, ob sie einen solch drastischen Akt der Kriminalität zulassen wird, um die Interessen einer kleinen, aber vermögenden und einflußreichen Gruppe zu befriedigen, die von Rachegeilheit und Herrschaftsstreben getrieben wird.“ Dies schrieb Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez auf seinem X-Account als Reaktion auf die neuen Drohungen und Sanktionen der US-Regierung gegen sein Land. „Kein Aggressor, so mächtig er auch sein mag, wird es erreichen, daß Kuba kapituliert. Er

wird auf ein Volk stoßen, das entschlossen ist, seine Souveränität und Unabhängigkeit auf jedem Zentimeter seines Staatsgebiets zu verteidigen“, erklärte er. Er wies außerdem darauf hin, daß die Reaktion des Weißen Hauses auf die Bewegung „Meine Unterschrift für das Vaterland“ zurückzuführen sei, die die Unterstützung von „sechs Millionen Kubanern (81 % der Bevölkerung über 16 Jahren) zur Verteidigung ihres Landes angesichts der militärischen Bedrohung deutlich machte und die verschärfte Blockade sowie die Energieblockade anprangerte“. Washingtons illegale und extraterritoriale Reaktion besteht in einer neuen Exekutivanordnung, die den karibischen Staat als ungewöhnliche und außerordentliche

Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der USA einstuft. Dies dient als Vorwand, die seit über sechs Jahrzehnten andauernde Blockade weiter zu verschärfen, mit der versucht wird, die kubanische Bevölkerung zu strangulieren. Die neuen Maßnahmen, die sofort in Kraft treten, umfassen wirtschaftliche Sanktionen gegen kubanische und ausländische oder US-Unternehmen und Einzelpersonen, die über Schlüsselsektoren für die Entwicklung des Landes, wie Energie, Bergbau und Finanzdienstleistungen, den Zufluß von Devisen nach Kuba ermöglichen.

Redaktion Digital

informacion@granma.cu, 4.5.2026

Der nächste Kriegsschauplatz – Kuba?

Am 24. Februar 1996 flogen drei Cessna-Maschinen der exilkubanischen Organisation „Brothers to the Rescue“ in Richtung Kuba. Sie steuerten auf Kubas Küste zu. Kuba betrachtete dies als schwere Verletzung seines Luftraums. Kubanische Kampfflieger schossen daraufhin zwei der Flugzeuge bei ihrem Flug in Richtung Küste ab. Das dritte Flugzeug wurde nicht heruntergeholt, weil es abdrehte.

Vor diesem Vorfall 1996 hatte sich Kuba bereits mehrmals formell bei der US-Regierung über mindestens 25 Verletzungen seines Luftraums innerhalb von zwei Jahren durch diese Organisation beschwert. „Die kubanische Regierung erinnerte zudem daran, daß es während wiederholter Überflüge unter der Führung des CIA-Agenten José Basulto (dem Kuba unter anderem Infiltration, Piraterie und Anschlagpläne vorwirft) vor dem Abschuss der Flugzeuge ein Dutzend Warnungen an Washington gegeben habe. Washington habe diese Warnungen jedoch ignoriert und es den Flugzeugen erlaubt, weiterzufliegen.“¹ Diese Untätigkeit bestätigte die „Kopplizenschaft bei der Planung und Durchführung gewalttätiger, illegaler und terroristischer Aktionen“ gegen Kuba. Die Internationale Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO), eine UNO-Organisation, behauptete, daß die Maschinen über internationale Gewässer flogen. Der Vorfall diente der damaligen Bill Clinton-Regierung, die seit 1960 bestehende Wirtschaftsblockade gegen Kuba weiter zu verschärfen. Ansonsten verzichteten die USA auf weitere

Schritte, weil die Regierung genau wußte, was die Terrororganisation vorhatte.

Zu den Ereignissen von 1996 stellte Kubas amtierender Präsident Miguel Díaz-Canel fest, daß es genügend Beweise gibt. Der Abschuss der Kleinflugzeuge der „Narko-Terrororganisation“ Brothers to the Rescue war keine rücksichtslose Aktion und es wurde auch kein Völkerrecht verletzt.

Nach dreißig Jahren erhob das US-Justizministerium am 20. Mai 2026 formell Anklage gegen den 94-jährigen Raúl Castro, General der kubanischen Armee und ehemaliger Präsident des Inselstaates. „Das Justizministerium wirft ihm Verschwörung, Mord und die Zerstörung von Flugzeugen im Zusammenhang mit dem Abschuss zweier Flugzeuge im kubanischen Luftraum im Jahr 1996 vor.“ „Nach Angaben der USA ist Raúl Castro, der damalige Minister der Streitkräfte, für den Tod der Besatzungsmitglieder dieser Flugzeuge verantwortlich, die laut Washington lediglich versucht hätten, kubanischen Migranten zu helfen, die auf dem Seeweg in die USA gelangen wollten.“²

² <https://rtnewsde.online/amerika/280791-kuba-verurteilt-us-anklage-gegen/>

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß Raúl Castro 1996 im Rahmen seiner souveränen Rechte und in Übereinstimmung mit Kubas völkerrechtlichen Verpflichtungen handelte. Trump hatte im Vorfeld der Anklage gegen Castro und weitere kubanische Militärs bereits mehrfach erklärt, Kuba zu erdrosseln und die Insel zu übernehmen.

Es ist doch eindeutig, daß die Trump-Administration den Druck auf Kuba weiter erhöhen will, um letztendlich eine militärische Aggression gegen Kuba vorzubereiten und zu rechtfertigen.

Es werden wieder Lügen und Behauptungen in den Raum gestellt. So wird, ähnlich wie bei Venezuela, ein Vorwand für einen Überfall auf einen weiteren souveränen Staat vorbereitet. Diese „Methode“ wurde bereits bei Überfällen auf Vietnam, Irak, Syrien, jüngst den Iran und viele andere Staaten angewandt.

Trump soll übrigens vorgeschlagen haben, seinen Außenminister Marco Rubio, Sohn von Exilkubanern, zum Präsidenten Kubas zu machen. Rubios Eltern verließen Kuba jedoch zwei Jahre vor dem Sturz des Batista-Regimes durch die kubanischen Revolutionäre. Er ist kein „Opfer“ der kubanischen Revolution!

Dr. Ulrich Sommerfeld

Es ist wieder Fiesta-Zeit! Wir feiern den kubanischen Nationalfeiertag open-air in der Parkaue im Stadtpark Berlin-Lichtenberg (S+U Frankfurter Allee) und freuen uns, wenn auch Ihr wieder dabei seid!

Fiesta de Solidaridad 2026 – gemeinsam feiern, diskutieren und Solidarität leben

18. Juli 2026, 14.00 bis 22.00 Uhr im Stadtpark Lichtenberg (Parkaue), 10367 Berlin
Veranstalter: Cuba Sí

¹ <https://rtnewsde.online/amerika/280791-kuba-verurteilt-us-anklage-gegen/>

Neue Blockademaßnahmen der USA gegen Kuba

Das Außenministerium lehnt die vom Weißen Haus am 1. Mai 2026 erlassene Anordnung, die die wirtschaftliche, finanzielle und kommerzielle Blockade gegen Kuba in extremem und beispiellosem Ausmaß verschärft, auf das energischste ab und verurteilt die Entscheidung des US-Finanzministeriums, die kubanischen Unternehmen Gaesa und MoaNickel S.A. auf die Liste der „National Besonders Designierten“ zu setzen. Dies ist die erste Zwangsmaßnahme, die sich aus der am 1. Mai erlassenen Anordnung ergibt. Es handelt sich um einen Akt rücksichtsloser wirtschaftlicher Aggression, der die extraterritorialen Auswirkungen der Blockade vervielfacht, mit der möglichen Anwendung von sekundären Sanktionen gegen ausländische Unternehmen, Banken und Institutionen, auch wenn ihre Geschäfte in den USA keine Verbindung zu Kuba haben. Die Maßnahme wird das Funktionieren der nationalen Wirtschaft weiter behindern, die bereits seit dem 29. Januar 2026 mit den verheerenden Auswirkungen der zu diesem Zeitpunkt verhängten Ölblockade konfrontiert ist, die die Treibstoffexporte ins Land lahmlegte.

Als globaler Gendarm und in eklatanter Verletzung des Völkerrechts und der elementaren Regeln des freien Handels mit Waren und Dienstleistungen wird die souveräne Befugnis aller Staaten, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen zu Kuba unterhalten oder aufrechterhalten wollen, ausdrücklich, unverfroren und direkt angegriffen. Die höchsten US-Behörden, insbesondere der Außenminister, versuchen, der internationalen Gemeinschaft durch Erpressung und Einschüchterung aufzuzwingen, sich der Blockade zu unterwerfen und sie einzuhalten. Kein Land ist von dieser Bedrohung, den Völkermord gegen das kubanische Volk zu verlängern und zu versuchen, Kuba von der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Bühne zu isolieren, ausgenommen. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Aggression gegen die kubanische Wirtschaft und das kubanische Volk nur dann die beabsichtigte zerstörerische Wirkung haben wird, wenn sich die souveränen und unabhängigen Nationen von der US-Regierung einschüchtern lassen. Wir wissen, daß die Welt niemals fügsam illegale

Regeln akzeptieren wird, nicht auf souveräne Gleichheit verzichten und ihre Bürger, Unternehmer, Unternehmen und Finanzinstitutionen nicht ohne Schutz lassen wird. Wir verurteilen den kriminellen Charakter dieser Aggressionsmaßnahmen, die darauf abzielen, die gesamte kubanische Bevölkerung durch Hunger und Verzweiflung zu unterwerfen und eine soziale, wirtschaftliche und politische Katastrophe auf nationaler Ebene herbeizuführen. Ferner wird die Absicht der US-Regierung abgelehnt, ein Szenario humanitärer Krise zu schaffen, um gefährlichere Aktionen zu rechtfertigen, einschließlich einer militärischen Aggression gegen Kuba. In allen internationalen Foren wird Kuba die Blockade weiterhin anprangern. Ebenso fordern wir die internationale Gemeinschaft auf, sich diesem Angriff zu stellen, der eine gefährliche Eskalation im Streben der USA nach Vorherrschaft und Kontrolle über das Schicksal Kubas darstellt und die Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten verletzt. Havanna, den 7. Mai 2026

Quelle: <https://de.granma.cu/cuba/5.8.2026>

Kuba ist nicht isoliert

Während seit Jahrzehnten in Kuba tätige westliche Unternehmen ihr Engagement auf der Insel nach Sanktionsdrohungen des Trump-Regimes reduzieren und teilweise ganz einstellen, bietet Rußland neue Kooperationen an. Moskau geht damit über die bisherigen Lieferungen von Treibstoffen, humanitärer Hilfe und Solidaritätsbekundungen hinaus. Auf dem Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg machten Vertreter beider Länder Anfang Juni Nägel mit Köpfen. Vizepremierminister Dmitri Tschernyschenko versicherte, daß weitere Firmen – trotz des Drucks von außen – bereit seien, in langfristige Projekte in Kuba zu investieren. So seien rund 90 Unternehmen seines Landes an Lieferungen von Fleisch-, Milch- und Fischprodukten interessiert. Rußland werde Kuba zudem mit Fahrzeugen der russischen Hersteller GAS, UAS, Kamas und Lada unterstützen. Darüber hinaus kündigte er Unterstützung für Lösungen in den Bereichen Telemedizin, Informationstechnologie, Cybersicherheit und Unternehmensautomatisierung an. Der kubanische Minister für Außenhandel, Óscar Pérez-Oliva Fraga, berichtete, daß sich das russische Zahlensystem „Mir“ in Kuba inzwischen zu einer Alternative entwickle, nachdem Zahlungen mit Visa und Mastercard aufgrund der US-Sanktionen ausgesetzt wurden.

Auf dem Forum ging es auch um die Zusammenarbeit bei Arzneimitteln, der Ausbildung

medizinischer Fachkräfte und der Stärkung öffentlicher Gesundheitssysteme. Besondere Aufmerksamkeit galt der Zusammenarbeit im Kampf gegen Krebs. Beide Länder verfügen auf diesem Gebiet über beachtliche Erfahrungen und wollen nun gemeinsam therapeutische Impfstoffe entwickeln und ihre jeweiligen wissenschaftlichen Stärken bündeln. Die Leiterin der russischen Föderalen Medizinisch-Biologischen Agentur, Weronika Skworzowa, erläuterte auf dem Forum den Wirkmechanismus von Impfstoffen, die bösartige Zellen gezielt zerstören sollen. Klinische Studien mit dem russischen Präparat Oncocept zeigten bereits Tumorverkleinerungen bei Patienten. Kuba wiederum bringt eigene Erfahrungen ein: Mit CimaVax-EGF und Vaxira verfügt die Inselrepublik bereits über zugelassene therapeutische Impfstoffe gegen Lungenkrebs. Erst kürzlich hatten kubanische Wissenschaftler den vielversprechenden Impfstoffkandidaten HEBERSaVax vorgestellt, der verschiedene Tumorarten bekämpfen soll. Zudem arbeiten kubanische und russische Wissenschaftler gemeinsam an einem Biosimilar des weltweit umsatzstärksten Onkologikums Pembrolizumab – ein wichtiger Schritt zur Unabhängigkeit von teuren Patentmedikamenten.

Doch die Ankündigungen in Sankt Petersburg gingen über die Pharmakooperation hinaus. Alexander Schtschetinin vom russischen Außenministerium sicherte Havanna

„unerschütterliche politische und sonstige Unterstützung“ zu. Vizepremier Tschernyschenko betonte, die russisch-kubanische Partnerschaft solle auch „ein Vorbild für die neue Architektur der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in einer multipolaren Welt werden“. Kubas Außenhandelsminister Pérez-Oliva bekräftigte seinerseits den Willen, die Beziehungen zu Rußland und anderen strategischen Partnern weiter zu vertiefen – und nutzte die Bühne des Forums, um die seit Jahrzehnten andauernde US-Blockade als „größtes Hindernis für die Entwicklung Kubas“ anzuprangern.

Die Ergebnisse des Forums gewinnen angesichts der abermals verschärften US-Zwangsmaßnahmen eine besondere Bedeutung. Seit Februar mußten mehrere Airlines wegen der totalen Treibstoffblockade ihre Flüge nach Kuba einstellen. Anfang Juni zogen sich die drei größten ausländischen Hotelketten – Iberostar, Meliá und Royalton – zurück. Auch internationale Reedereien wie Hapag-Lloyd haben ihre Transporte ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund zeigen die in Sankt Petersburg vereinbarten Projekte, daß Kuba trotz des verschärften Drucks aus Washington nicht isoliert ist und weiterhin Partner findet, die bereit sind, in langfristige Entwicklungsprojekte zu investieren.

Volker Hermsdorf

Redaktionell gekürzt, junge Welt, 7.6.2026

Der Iran geht das Risiko eines Krieges ein

Der Krieg der USA gegen den Iran hat seine Anfangsphase hinter sich gelassen und tritt nun in eine neue Phase ein – eine Phase, in der der Iran implizit darauf setzt, daß die nächste Phase ein Krieg sein wird. Höchstwahrscheinlich wird es sich dabei um kurze Episoden eines begrenzten Krieges handeln, die jedoch das Potential bergen, sich regional auszuweiten, sollten die USA (und Israel) sich für eine drastische Eskalation entscheiden. Die neue Phase birgt natürlich Risiken, doch der Iran hält die Trümpfe in der Hand: die Fähigkeit, der Infrastruktur

zunehmend größeren Schaden zufügt – ein weiterer Konfliktpunkt.

Am 3. Juni beispielsweise feuerte die USA eine Hellfire-Rakete auf einen iranischen Öltanker in der Nähe der Straße von Hormus ab. Als Reaktion darauf wurde ein Schiff in US-Besitz (oder Teilbesitz), die Panaya, mit Raketen getroffen. Darüber hinaus feuerte der Iran drei Salven von Marschflugkörpern auf den US-Luftwaffen- und Hubschrauberstützpunkt in Kuwait ab, von wo der Angriff ausgegangen war. Es sind auch Bilder von schweren Schäden am internationalen Flughafen von Kuwait

Hinter der Entscheidung des Iran, die Gespräche auszusetzen, verbirgt sich jedoch wahrscheinlich die allmählich dämmernde Erkenntnis, die aus israelischen und amerikanischen Erklärungen und Analysen hervorgeht, daß das wahre Ziel des US-israelischen Überraschungsangriffs vom 28. Februar niemals ein Regimewechsel an sich war – mit dem Ziel, iranische „Hardliner“ durch einen gemäßigeren Führer im Stil von „Delcy Rodriguez“ zu ersetzen; sondern vielmehr darin bestand, die vollständige Zerstörung und Zersplitterung des Iran herbeizuführen – eine Erkenntnis, die zwangsläufig die Kalkulation des Iran verändern mußte.

Diese Erkenntnis hat die öffentliche Unterstützung für die Islamische Republik enorm gefestigt und gleichzeitig den Krieg in einen existenziellen Kampf zur Bewahrung der ethischen Werte der Revolution verwandelt. Aus dieser Perspektive betrachtet, gibt es für den Iran wenig mit Trump zu besprechen, abgesehen von einem möglichen künftigen Modus vivendi – sobald Washington begreift, daß es in die Enge getrieben ist und sich ein neuer Realismus durchsetzt.

Das dritte Prinzip, das dieser neuen Konfliktphase zugrunde liegt, ist dasjenige, das der Iran seit Beginn der Islamabad-Gespräche verkündet: „Waffenstillstand für alle oder Waffenstillstand für niemanden“. Dies wurde in Irans jüngstem Ultimatum an Trump erneut betont: „Wären die israelischen Drohungen der letzten Woche, den südlichen Beiruter Vorort Dahiyeh dem Erdboden gleichzumachen, umgesetzt worden, hätte der Iran Nordisrael mit seinen Raketen hart getroffen. „Es war ein Waffenstillstand für alle – oder kein Waffenstillstand.“

Trump entschied sich für den Waffenstillstand und verkündete nach seinem Telefonat mit Netanjahu, daß dieser in Kraft sei. Er wies Netanjahu an, seine geplante Bombardierung von Dahiyeh im Süden Beiruts abzusagen. In Israel traf Netanjahu eine massive Welle der Empörung von allen Seiten des politischen Spektrums, allein schon wegen der Vorstellung, israelische Angriffe im Libanon einzuschränken. Der ehemalige Premierminister Naftali Bennett warf Netanjahu vor, „die Kontrolle über die israelische Souveränität zu verlieren“. Und der ehemalige Premierminister Yair Lapid sagte, Israel sei nach der Absage der Angriffe zu einem „Vasallenstaat“ degradiert worden.

Die USA und Israel versuchen seit einigen Monaten, einen Teil der libanesischen Führung dazu zu bewegen, die Aufgabe der Entwaffnung der Hisbollah zu übernehmen, wie Rubio erklärte, „damit Israel dies nicht tun muß“ – etwas, das die libanesischen Führer offensichtlich nicht tun können.



Der Iran verfügt über weitreichende Raketen, hier eine Sayyad-3

am Golf als Vergeltung für jeglichen ihm zugefügten Schaden unverhältnismäßig schwerwiegende Schäden zuzufügen – und das Bewußtsein, daß der Westen immer näher daran ist, von der Energie-„Klippe“ zu stürzen.

Die drei Säulen, auf denen dieser Wandel beruht, sind erstens die Zuversicht, daß der Iran nicht von seiner Kontrolle über Hormus abgebracht werden wird (und kann) und daß durch die Konsolidierung seiner Verwaltungsstrukturen dort die Realität der iranischen Kontrolle über Hormus von den Staaten zunehmend akzeptiert und in ihrer Einigung mit der iranisch-omanischen Kontrolle widergespiegelt wird.

Mit diesem Kernprinzip verbunden ist die Umsetzung einer eskalierten Abschreckung durch den Iran gegenüber der amerikanischen Seeblockade. Jeder Versuch, iranische Schiffe abzufangen oder anzugreifen oder sich in die Verwaltung der Meerenge einzumischen, wird auf immer härtere Gegenmaßnahmen stoßen. Letztendlich könnte diese Politik dazu führen, daß der Iran US-Marineschiffen

aufgetaucht (obwohl die Ursache der Schäden umstritten bleibt).

Das zweite Grundprinzip, das diesen Wandel beeinflusst, spiegelt schlichtweg die iranische Verachtung für Trumps ständig steigende Forderungen, übertriebene Drohungen (die deutlich hinter den Kapazitäten der USA zurückbleiben) sowie sein ständiges Hin und Her und seine verächtliche Rhetorik gegenüber dem Iran wider.

Die iranische Führung ist offenbar zu dem Schluß gekommen, daß ein Kompromiß wahrscheinlich nicht zustande kommen wird und daß es besser ist, die „Verhandlungen“ abubrechen, „als die sinnlosen, böswilligen Verhandlungen mit einem betrügerischen und altersschwachen amerikanischen Regime fortzusetzen“, wie die New York Times die Iran-„Verhandlungen“ bezeichnet hat — was darauf hindeutet, daß das „Chaos um das Abkommen“ kein einmaliger Ausrutscher Trumps ist, der sich auf die Iran-Frage beschränkt, sondern vielmehr ein konsistentes Muster von Dysfunktionalität, das sich bei praktisch allen „Friedens“-Initiativen Trumps wiederholt.

Israel hat keine kohärente Libanon-Strategie. Der ehemalige hochrangige israelische Militärgeheimdienstoffizier Danny Citrino skizziert eine neue strategische „Erzungenschaft des Iran“: „Teheran ist es effektiv gelungen, die libanesische Front mit dem größeren iranisch-israelischen Schauplatz zu verknüpfen. Jede Eskalation im Libanon wird nun zunehmend durch das Prisma der Dynamik zwischen den USA und dem Iran betrachtet.“

Dennoch stellt er fest: „Die Lage im Libanon bleibt höchst instabil. Israel und die Hisbollah interpretieren die aktuellen Vereinbarungen weiterhin auf grundlegend unterschiedliche Weise. [Während] Israel behauptet, es behalte seine Handlungsfreiheit im gesamten Libanon mit Ausnahme von Beirut, besteht die Hisbollah [hingegen] darauf, daß jede israelische Militäraktivität – überhaupt – gegen das Rahmenabkommen zum Waffenstillstand verstößt. Diese konkurrierenden Interpretationen bergen ein erhebliches Potenzial für erneute Spannungen und eine Eskalation vor Ort“.

In Israel bleibt die Lage in den nördlichen Städten für fast alle Israelis ein neuralgischer Punkt. Die Städte entlang der libanesischen Grenze und bis hinunter nach

Galiläa sind halb leer. Politiker beklagen, daß es sich dabei „um Israelis“ handele und die Regierung reagieren müsse.

Der Libanon wird mit Sicherheit ein Streitpunkt bleiben. Es ist keine Frage des Ob, sondern des Wann die nächste Krise ausbrechen wird. Israel wird die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen – selbst liberale Oppositionsführer fordern die Zerschlagung der Hisbollah und protestieren gegen Trumps Versuch, Netanjahu im Libanon die Hände zu binden.

Auch der Iran wird die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen. Vermittler haben den Amerikanern mitgeteilt, daß der Iran ein Ende des Krieges gegen den Libanon, den Rückzug der israelischen Streitkräfte und einen Rückzug aus der Straße von Hormus als verbindliche Bedingungen betrachtet – bevor andere Themen diskutiert werden.

Da stehen wir also. Die militärischen Scharmützel – im Grunde eine kurze Serie von Angriffen der US-Streitkräfte auf iranische Schiffe und die Infrastruktur der Meerenge, die aus Trumps Wunsch resultieren, seine Seeblockade gegenüber der US-Öffentlichkeit zu bekräftigen – gehen weiter. Diese Situation ist eindeutig explosiv – genau wie der Kontext im Libanon.

Der Iran erkennt faktisch die Realität an, daß in dieser neuen Phase – mit so vielen inhärenten Konfliktpunkten – eine militärische Eskalation seitens der USA irgendwann wahrscheinlich zu einer politischen Notwendigkeit für Trumps innenpolitische und jüdische Geldgeber werden wird.

Und die Verhandlungen? Sie werden zu nichts führen, solange Israel und die jüdischen Milliardärsspenden in den USA jedes Ergebnis in bezug auf den Iran ablehnen, das den Iran sowohl intakt als auch gestärkt zurückläßt und – pari passu in diesem binären Denken – das „Israel First“-Projekt innerhalb der USA und der Region entsprechend schwächt.

Ein Abkommen, das den Iran nicht unwiderruflich schwächt, wird von diesen Kräften als „verräterische Pflichtverletzung“ Trumps verurteilt werden. Er wird gnadenlos angegriffen werden. Dennoch muß er erkennen, daß der Iran ohnehin kurz davor steht, die Fesseln der USA abzuwerfen. Diese Phase des Iran-Konflikts wird wahrscheinlich erst enden, wenn der Westen von der sich nähernden wirtschaftlichen Klippe stürzt ...

Alastair Crooke

Quelle: Conflicts Forum, 4.6.2026

Israel weitet seine Angriffe auf den Libanon aus Pseudo-Waffenstillstand

Der Krieg im Libanon eskaliert – mit Vorstößen der israelischen Armee im Süden des Landes und Luftangriffen ohne Ende. Allein an einem Tag – Dienstag letzter Woche – wurden 120 Angriffe gemeldet. Zuletzt waren Wohnblöcke in Tyre, der viertgrößten Stadt des Libanon, und ein Vorort von Beirut ihr Ziel. Die Hisbollah bekämpft mittlerweile erfolgreich israelische Panzer mit Drohnen. Dabei sind sogar zwei Waffenstillstandsvereinbarungen in Kraft. Am 27. November 2024 wurde eine erste Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Israel und Libanon geschlossen, am 16. April 2026 eine zweite.

Die Hisbollah hatte im Rahmen der Vereinbarung vom November 2024 ihre Einheiten von der Grenze zu Libanon abgezogen. Das hinderte Israel nicht daran, immer wieder – und wie von der libanesischen Regierung dokumentiert – den Süden des Libanon aus der Luft anzugreifen. In einer wieder einmal einseitigen Festsetzung definierte das israelische Militär eine „gelbe Linie“ etwa fünf Kilometer nördlich der Grenze, bis zu der es den Libanon besetzen wollte.

Mit dem US-israelischen Angriff auf den Iran endete auch der einseitige Waffenstillstand im Libanon. Die Hisbollah griff wieder Ziele im Norden Israels an, der Krieg „explodierte“ förmlich. Zurzeit versucht das

israelische Militär, weit über die „gelbe Linie“ hinaus vorzudringen.

Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, die faschistischen Minister der israelischen Regierung, verlangen offen, dass Israel den Süden des Libanon annektieren müsse. Zur Rechenschaft gezogen werden sie deshalb keineswegs. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu lässt sie gewähren und hält sich bedeckt. Smotrich geht noch weiter: Er verlangt, als Vergeltung für jeden Drohneneinsatz der Hisbollah müssten zehn Gebäude im Süden von Beirut zerstört werden, würde ein israelischer Soldat verletzt, sollten es gar 100 Gebäude sein.

Diese Wut hat ihren Grund: Immer wieder schlagen Raketen der Hisbollah im Norden Israels ein, immer wieder zerstören ihre Drohnen, die per Glasfaserkabel gelenkt werden, israelische Merkava-Panzer. Die Zahl der im Libanon schwer verletzten oder gar getöteten Soldaten steigt. Täglich werden Verletzte per Hubschrauber in Krankenhäuser in Israel gebracht.

Und die Disziplin der israelischen Armee verfällt. Die Zeitung „Haaretz“ zitiert eine Reihe von Soldaten, die von Plünderungen durch ihre Kollegen berichten. Die Vorgesetzten würden dabei regelmäßig ein Auge zudrücken. Auch die Organisation „Euro-Med Human Rights Monitor“ berichtet von weit verbreiteten Plünderungen durch die

israelische Armee – wie es übrigens auch in Gaza oder in früheren Kriegen der Fall war.

Mittlerweile wurden in Washington Gespräche zwischen Vertretern der libanesischen Regierung und der Israels geführt. Es geht um einen erneuten Waffenstillstand, die Frage der libanesischen Souveränität, Rückzug israelischer Truppen und die Entwaffnung der Hisbollah. Washington und Israel wollen damit die Hisbollah isolieren und eine Forderung des Iran umgehen, der einen Waffenstillstand im Libanon zur Voraussetzung für Verhandlungen macht. Aber für den Iran geht es in seiner Forderung nach einem Waffenstillstand auch im Libanon gerade um den Süden des Landes, wo die Kämpfe stattfinden, und um die Hisbollah.

Der bestehende Pseudo-Waffenstillstand wurde am 15. Mai um 45 Tage verlängert. Die Gespräche in Washington, zuletzt zwischen israelischen und libanesischen Militärs, endeten ohne greifbare Ergebnisse. Daraufhin weitete Israel seine Angriffe im Libanon aus. Selbst Frankreich und Deutschland sehen das kritisch. Aber keine Überraschung: die Ausweitung erfolgte in Absprache mit den USA.

Manfred Ziegler

Categories Internationales / UZ vom 5. Juni 2026

War der Hamas-Überfall Netanjahus Kalkül?

Die deutsch-iranische Journalistin Natalie Amiri hat ein umfangreiches Buch zu dem brisanten Konflikt unserer Zeit im Nahen Osten vorgelegt. Sie kennt die Region als ehemalige Leiterin des ARD-Büros in Teheran, sie berichtete später über Afghanistan, Israel und das Westjordanland.

Die Autorin schildert zu Beginn den Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 auf den Kibbuz Be'eri aus israelischer Sicht, macht aber auch klar: „Wer mit seiner Erzählung über den Nahen Osten beginnt, blendet das Vorherige aus: die jahrzehntelange Besatzung, die *Nakba* [die Katastrophe] von 1948, die Blockade von Gaza seit 2007. Der 7. Oktober war nicht der Anfang, sondern die Explosion eines Konflikts, dessen Brandherd nie gelöscht wurde.“ Andere Nahostexperten, wie die Professorin Helga Baumgarten und der Schweizer Geheimdienstexperte Jacques Baud, bezeichnen den Überfall als „Ausbruch aus einer Haftanstalt“. Jacques Baud sagt, daß das Ziel der Hamasangreifer nicht das Festival Supernova war, sondern der Militärstützpunkt in Re' im Basis Nahal Oz unweit vom Festivalgelände und weniger als einen Kilometer von der sogenannten Grünen Linie zu Gaza entfernt. Für einen Überfall auf das Festival bräuchten Hamas sowie der Islamische Dschihad ja nicht „mehr als 5000“ Kämpfer.

Im weiteren protokolliert Amiri die Brutalität der offiziellen israelischen Seite und der Siedler in den besetzten palästinensischen Gebieten in allen Facetten. Die Wucht der von ihr zusammengetragenen Fakten läßt einem den Atem stocken. Es ist eine Lektüre, die zum Nachdenken zwingt.

Ein israelischer Soldat, den die Autorin als Iddo vorstellt, sagt zu ihr im August 2025: „Ich kann nicht Teil eines Systems sein, das Palästinenser unterdrückt [...]. Ich sehe meine Zukunft und Sicherheit als ein Israeli – als ein Jude – nur dann gesichert, wenn es Sicherheit für Palästinenser gibt.“ Lior Alon, ein Bewohner vom Kibbuz, sagte, daß es doch nicht immer so weitergehen könne. „Wegen dieser Ben-Gvir-, und Smotrich-Leute, die Araber behandeln wie Dreck und die Gebiete besetzen.“ Der rechtsextreme Sicherheitsminister Itmar Ben-Gvir und der Finanzminister Bezalel Smotrich von der Religious Zionist Party sind die treibenden Kräfte des Krieges gegen Gaza und Befürworter sowie Unterstützer des Siedlerkolonialismus. Israelis, welche die Hintergründe des Konfliktes nicht kennen, glauben, daß die Militärs am 7. Oktober versagt hätten. Eine Mutter erzählt, daß ihr Sohn, der Soldat ist, zu ihr gesagt hätte, wir müßten kämpfen, Gaza

vernichten und die Menschen in ein anderes Land umsiedeln.

Amiri interviewte den nach Deutschland geflüchteten Palästinenser Mohammad Abu Saif, der in Gaza geboren ist und die ersten Monate des Krieges miterlebt hat. Menschen sterben, weil sie von der israelischen Behörde keine Ausreisegenehmigung für eine lebenswichtige Operation bekommen. Bis zu 80 Prozent der Palästinenser sind arbeitslos. Strom sei ein Luxusgut und Wasser käme nur zu bestimmten Zeiten über Leitungen aus Israel. Wer kein Geld für Diesel hat, um das Wasser mit Generatoren aus dem Boden zu pumpen, sitzt auf dem Trockenen. Laut einer Studie vom 5.1.2025, die von belgischen und norwegischen Forschern gemeinsam mit palästinensischen Kollegen erstellt wurde, wurden 75 200 Menschen getötet. Mehr als 30 Prozent der Opfer sind Kinder und 22 Prozent Frauen. Die Wochenzeitung *The Economist* nannte gar bis zu 100 000 getötete Palästinenser.

Die israelische Armee hat auch Rafah, Beit Lahia, Beit Hanoun, Teile von Gaza Stadt, Khan Yunis sowie Moscheen, Schulen, Universitäten, Straßen, landwirtschaftliche Nutzflächen und sogar Krankenhäuser zerstört. Dies übertrifft die Verwüstungen von Mossul, Sarajevo und Kabul, meint die Psychologin Nina Schöler, die online psychosoziale Programme in Gaza koordiniert. Die gesamte Bevölkerung sei traumatisiert, meint sie. Jeder humanitär tätige Mensch mit Erfahrungen und Erlebnissen aus Irak, Afghanistan und Ruanda würde ihnen bestätigen, „daß Gaza alle Grenzen von menschlicher Vorstellungskraft überschreitet“.

„Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel: den Gazastreifen vom Erdboden löschen“, sagte Nissim Vaturi, Stellvertreter des Knessetsprechers am 7. Oktober 2023. „Ich habe eine vollständige Belagerung des Gazastreifens angeordnet. [...] Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln dementsprechend“, verkündete der ehemalige Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober 2023. Und der amtierende Verteidigungsminister Israel Katz verkündete am 12. Oktober 2023: „Humanitäre Hilfe für Gaza? Kein einziger Lichtschalter wird eingeschaltet, kein Wasserhahn geöffnet und kein Tanklaster eingefahren.“

Die entscheidende Frage ist jedoch, wie konnte der Hamasüberfall am 7. Oktober auf das Festival Supernova so einfach durchgeführt werden? Darüber wundert sich nicht nur Mohammad Abu Saif. Die Regierung Israels gibt doch Milliarden Dollars für ihre Sicherheit aus! Ihr

Geheimdienst ist zweifelsohne der beste der Welt. Die ägyptische Regierung hatte vor dem 7. Oktober die israelische Seite darüber informiert, daß in Gaza etwas vor sich geht. Noch bedeutender ist die Beobachtung des gesamten Gazastreifens durch die israelischen Sicherheitskräfte. Der Gazastreifen ist im Norden nur sechs Kilometer und im Süden 14 Kilometer breit. In weniger als einem Kilometer vom Zaun zu Gaza entfernt sind modernste Kameras installiert, und die Soldaten beobachten rund um die Uhr und lückenlos auf ihren Monitoren jede Bewegung im Gazastreifen. Ami Ajalon, ehemaliger Direktor des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet, sagte: „Wir sahen alle die Übungen der Hamas. Wir hatten einen Bericht über die Angriffe. Wir kannten den großen Plan. Die ‚Jericho Walls‘. Wir hatten alles. Wir kannten alle Details.“ Schon Ende 2023 wurde bekannt, daß israelische Stellen über ein Jahr vor dem 7. Oktober im Besitz von Angriffsplänen der Hamas waren.

Netanjahu trägt „hundertprozentig“ die Verantwortung, betont der ehemalige israelische Ministerpräsident Ehud Olmert. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Hamas mit tatkräftiger Unterstützung des israelischen Geheimdienstes, „als Gegenmodell zur palästinensischen Autonomiebehörde aufgebaut“ wurde, sagte er in seinem Interview mit Natalie Amiri. Dahinter stand die Strategie, die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu spalten und zu schwächen. Auch die finanzielle Unterstützung der Hamas durch die Regierung des Emirats Qatar sowie der Aufenthalt ihrer politischen Führung in der Hauptstadt Doha, wurde in Absprache mit der Regierung Netanjahu vollzogen.

Amiri berichtet sehr ausführlich über die Gewalttaten der Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten und die Vertreibung der Beduinen aus ihren Häusern, die Zerstörung ihrer Felder und Olivenbäume.

In weiteren Kapiteln geht sie kurz auf die israelischen Kriege gegen Syrien und Libanon sowie die Bombardierung Irans und die Ermordung von iranischen Wissenschaftlern und Generälen ein.

Allen, die sich für das geschundene Palästina interessieren, ist das Buch sehr zu empfehlen.

Dr. Matin Baraki

Natalie Amiri: *Der Nahost-Komplex*, Penguin Verlag, München 2025, 415 S. 25 €.

Seidenstraße aktuell

Über wirtschaftliche Entwicklungen, die nicht in Westeuropa stattfinden, erfährt man aus unseren Medien wenig bis gar nichts. Unter dem Titel „Seidenstraße aktuell“ wollen wir dem künftig etwas abhelfen. Weitgehend von der hiesigen Presse unbeachtet, fand Ende Mai in Astana das fünfte Eurasische Wirtschaftsforum statt. Dort berieten immerhin 3000 teils sehr hochrangige Teilnehmer aus 44 Ländern über wichtige Wirtschaftsfragen. Schwerpunkt der Beratungen waren diesmal Probleme von Geschwindigkeit, Transparenz und technologischer Raffinesse der Prozesse, die den Waren- und Datenverkehr regeln. Hauptredner waren die Staatschefs Belorusslands, der Russischen Föderation, Kirgisiens und Armeniens. Hochrangige Gäste kamen aus Kuba, Vietnam, der Mongolei, China, Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Beobachterstaaten waren Usbekistan, Turkmenistan und Beitrittskandidat Tadschikistan. Natürlich hat eine so große Wirtschaftszone auch innere Probleme. Bereits 2025 hatten die Länder ihr strategisches Ziel formuliert, sich vollständig zu digitalisieren. Die Pläne wurden 2026 wiederum bekräftigt und auf Teile des Warenverkehrs ausgeweitet. Allerdings besteht Rußland seit dem Vorjahr auf einer Vorankündigung von Warensendungen per Papierdokument, bevor von den Behörden Rußlands ein entsprechender QR-Code zugewiesen wird. Diese Zollkontrollen weisen auf Schwächen der Union hin, die aus den wirtschaftlichen Unterschieden der Teilnehmer resultieren. Kasachstan ist besonders betroffen, weil es intensive Importbeziehungen zu Rußland hat, denn rund ein Drittel seiner gesamten Importe entfallen auf die russische Föderation. Wichtig war, daß auch 2026 das Recht der Arbeitskräfte aller Mitgliedstaaten bekräftigt wurde, sich frei innerhalb der Union bewegen zu dürfen und das Recht auf soziale

Absicherung, einschließlich Krankenversicherung. Allerdings läuft seit Anfang 2026 eine Klage Kirgistans beim Gericht der Eurasischen Wirtschaftsunion gegen Rußland, das nach Aussage des Klägers Sozialleistungen nicht gewährte. Immerhin waren in Rußland mehr als 370 000 Menschen aus Kirgisien registriert. Das Gericht der Wirtschaftsunion urteilte, daß Mitgliedstaaten nicht automatisch verpflichtet seien, Sozialleistungen zu gewähren. Es gelte die nationale Gesetzgebung, die über dem Recht der Wirtschaftsunion stehe. In Rußland gibt es Sozialleistungen erst nach fünf Jahren legaler Arbeit.

Die zentralasiatischen Länder suchen zunehmend nach einer Diversifizierung ihrer Wirtschaftspartner und wenden sich neben Rußland stärker China, aber auch der Europäischen Union zu. Das Gewicht der Wirtschaftsunion ist beträchtlich. Der gegenseitige Warenhandel hat sich seit 2015 fast verdoppelt und erreicht jetzt knapp 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

In Astana wurden intensiv Pläne der digitalen Modernisierung diskutiert. Der kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokajew verwies darauf, daß die Künstliche Intelligenz das globale Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedsstaaten in den kommenden Jahren um zusätzliche sieben Billionen US-Dollar steigern könnte. Das würde zu grundlegend veränderten Beschäftigungsstrukturen in allen Wirtschaftssektoren der beteiligten Länder führen. Tokajew zitierte Schätzungen des Internationalen Währungsfonds, wonach der KI-Einsatz zu einem Rückgang der Arbeitsplätze um 40 Prozent führen könnte. Das erfordere die Umschulung von Millionen Menschen und die weitgehende Modernisierung des Bildungssystems. Während hierzulande nur vom Abbau des Achtstundentages und verlängerten Lebensarbeitszeiten die Rede ist, geht man dort mit Konzepten an den Umbau der Arbeitswelt.

Kasachstan hat das Jahr 2026 zum „Jahr der KI und der digitalen Entwicklung“ erklärt, um die drohende Stagnation, de facto sogar einen Rückgang von mittleren Arbeitseinkommen zu vermeiden. Klar gesagt wurde auch, daß man einen Fahrplan zur Sicherung der technologischen Souveränität beim KI-Einsatz brauche. Rußland schlug vor, 2027 ein hochrangiges Treffen zu KI-gestützten Souveränitätsmodellen in der Föderation zu veranstalten. Putin betonte in seiner Rede, man wolle die erheblichen Investitionen, die KI erforderte, und die hierfür notwendigen Ressourcen konzentrieren.

Gemeinsames Ziel ist es, kontinuierlich einen gemeinsamen digitalen Raum aufzubauen und die elektronische Dokumentenverwaltung weiterzuentwickeln. Die Länder wollen moderne technologische Lösungen in Transport, Zollverwaltung und Logistik einführen. Es sollen, so Bakhyt Sultanow, Minister für Wirtschaft und Finanzpolitik der Union, reibungslose Transportabläufe gewährleistet, administrative Hürden abgebaut und die Effizienz der Handels- und Wirtschaftskooperation gesteigert werden. Bisher beeinträchtigen digitale Lücken spürbar die Logistik der Länder untereinander: Die Ausfallzeiten im Transportwesen erreichen 15 bis 20 Prozent der Arbeitszeit, und Leerfahrten haben einen Anteil bis 18 Prozent aller Fahrten. Deshalb sei Digitalisierung eine Frage des Überlebens von Unternehmen und der Effizienz der Wirtschaft der beteiligten Länder.

Uns stellt sich die Frage: Weshalb erfahren wir so wenig darüber, wie problembewußt in einem so großen Wirtschaftsraum die Fragen von Gegenwart und Zukunft angegangen werden? Vielleicht auch deshalb, damit wir weniger über unsere hiesigen Probleme nachdenken?

**Peter-Michael Fritsch
Berlin**

Wenn Reiche eine Reise tut ...

Ende Mai unternahm die deutsche Wirtschaftsministerin Katherina Reiche eine Reise nach China. Wie immer in solchen Fällen bliesen die hiesigen Medien davor erst einmal wieder gewaltig die Backen auf. Ginge es nach ihnen, müßte man in Peking gewaltig vor diesem Besuch zittern. Sie würde den chinesischen Gesprächspartnern klipp und klar um die Ohren hauen, wie die dortige Wirtschaft zu funktionieren habe, wenn China vorhabe, am deutschen Wesen zu genesen.

Nun muß man allerdings wissen, daß alleine die Provinz Shandong etwa 20 Millionen mehr Einwohner zählt, als unser gewaltiges Deutschland. Und weitere vier der chinesischen Provinzen weisen ähnliche Größenordnungen auf. Da ist es dann vielleicht verständlich, daß Abgesandte aus der Provinz zwar mit Höflichkeit empfangen werden, aber nicht gleich das ganze Land vor Achtung erstarrt oder vor Begeisterung angesichts ihres Erscheinens aus den Latschen kippt. Zudem sich hohe Gäste aus aller Welt

angesichts der Bedeutung des Landes gegenwärtig ohnehin in Peking gegenseitig die Klinke in die Hand geben. Ratschlägen gegenüber sind Chinesen grundsätzlich sehr aufgeschlossen. Der Erfolg des Landes beruht schließlich darauf, daß es in atemberaubender Geschwindigkeit vom Besten der Welt lernen und profitieren konnte. Allerdings hat man in China auch registriert, daß es mit der Entwicklung in Deutschland neuerdings nicht zum Besten steht, schließlich stagniert hierzulande die Wirtschaft

schon das siebente Jahr. Gemeinhin ist man fern im Osten weitaus besser über uns informiert als wir oft über uns selbst. Deshalb meint man in Deutschland auch, erst einmal über unfaire Wirtschaftspraktiken modern zu müssen, wenn man im wirtschaftlichen Wettstreit hinten liegt. Daß China in weit größerem Maße produzieren kann und das zu historisch bedingt geringeren Arbeitskosten, wird dabei genauso wenig in Betracht gezogen, wie die Tatsache, daß China inzwischen auf wesentlichen Technologiefeldern in einer ganz anderen Liga spielt als die Bundesrepublik Deutschland. Man will einfach nicht wahrhaben, daß die Preise der chinesischen Solarindustrie oder der produzierten Autos etwas damit zu tun haben könnten, daß einem der Konkurrent wirklich enteilt sein könnte. Deshalb werden strategische Industrieinvestitionen des chinesischen Staates auch ständig als Wettbewerbsverzerrungen angeprangert, während zu Hause die EU gezielte Wirtschaftsförderung durch Staatszuschüsse durchaus in Ordnung findet. Wenn in Deutschland

kurzfristig mal 10 Milliarden staatliche Gelder hingeblättert werden sollten, um eine Chipfabrik in die Nähe von Magdeburg zu holen, dann ist das natürlich keine Subventionierung. Und ein gesonderter Industriestrompreis verändert natürlich das Wettbewerbsgeschehen überhaupt nicht. Einem Konkurrenten unterlegen zu sein – das haben die Westeuropäer völlig verlernt. Obwohl sie doch immer gepredigt haben, die Kraft des Marktes bestehe darin, daß er den Stärkeren fördere und den Schwächeren verdränge. Das, was sie selbst nicht hinkriegen, das sollen nun die Chinesen für sie erledigen. Das Erstaunen ist jedes Mal riesengroß, daß die nicht im Entferntesten daran denken, das zu tun. Der Marktzugang für das deutsche Kapital solle großzügiger gehandhabt werden, sollen deutsche Politiker in Peking fordern. Komisch, daß sich niemand fragt, wie sich das mit dem Verhalten in Deutschland gegenüber chinesischen Produkten und Investitionen verträgt. Sind wir nicht das Land, in dem jede Straßenampel der Spionage für China verdächtig

ist, wenn sie nur einen in China gefertigten Schaltkreis enthält? An welchen Standorten der deutschen Industrie hat sich die Regierung für chinesische Großinvestitionen stark gemacht? Oder hat sie die nicht eben doch mit ihrem ständigen Genörgeln wegen angeblicher Sicherheitsbedenken zielstrebig unterbunden? Wer war es denn, der chinesische Technik bei G5 unbedingt verhindern wollte? Die Chinesen sind zu höflich, als daß sie auf einen groben Klotz unbedingt immer einen groben Keil setzen würden. Wer zu ihnen kommt, um ehrlich mit ihnen zu handeln, dem werden sie freundlich begegnen. Wer sie nur belehren will, fährt mit weitgehend leeren Händen zurück. Das mußte nach US-Präsident Trump dann auch Katherina Reiche erfahren. Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen man nur ein paar Kanonenboote zur chinesischen Küste zu schicken brauchte, um seine heimischen Vorstellungen auch im Fernen Osten durchsetzen zu können.

Joachim Seider

Burkina Faso: Der erste Fünfjahrplan „Relance“ – die Strategie aus der Abhängigkeit

„Die Fortschrittliche Volksrevolution (RPP) ist die rechtmäßige Erbin der Demokratischen Volksrevolution (RDP) unter Thomas Sankara. Was wir gemeinsam aufbauen, gehört nicht einer politischen Elite. Es gehört unseren Millionen von Bauern, Viehzüchtern, Frauen und Jugendlichen, die eine Zukunft in Würde verdienen ... Denn ihr habt ein verarmtes Gebiet in ein lebendiges Laboratorium afrikanischer Souveränität verwandelt, zwei Millionen Kinder innerhalb von fünfzehn Tagen geimpft, zehn Millionen Bäume gepflanzt, um die Wüstenausbreitung aufzuhalten, und den Bauern ihre Würde zurückgegeben.“

(Karamoko Jean Marie Traoré, Außenminister von Burkina Faso, Ougadougou 15. Mai 2026)

Der Gesetzgebenden Volksversammlung präsentierte der burkinische Wirtschaftsminister Aboubacar Nakanabo am 8. Mai den neuen Entwicklungsplan (PND) „Relance 2026–2030“ (Neu-Start), der mit einem Investitionsvolumen von umgerechnet über 55 Mrd. Euro beschlossen wurde. Der Minister betonte, mit dem ehrgeizigen Plan „Relance“ trete das Land in eine neue Phase seiner Geschichte, „der produktiven Souveränität, der nationalen Industrialisierung und der ökonomischen Rückeroberung des Landes.“ (Sidwaya 11. Mai 2026). Die großen Linien der Entwicklung ruhen dabei auf vier strategischen Säulen:

1. Die Konsolidierung der Sicherheit, des sozialen Zusammenhalts und des Friedens – Rückeroberung der Gebiete an den Landesgrenzen aus den Fängen der terroristischen Banden hat natürlich Priorität. Dazu sieht der Plan vor, die Armee (FDS) um 50 000 Mann aufzustocken, 100 000 Reservisten aufzustellen und 60 000 Freiwillige (VDP) für die lokale Sicherheit zu gewinnen. Ebenso ist die

Rückkehr von Binnenflüchtlingen in ihre verlassenen, von den Terrorbanden zurückeroberten Dörfer und ihre sozio-ökonomische Eingliederung vorgesehen.

2. Die Optimierung der Regierungsführung, einen Staat aufzubauen – effizienter und transparent, souverän und nahe der Bevölkerung. Das Mobilfunknetz werde zu 100 % das Land abdecken. Der Perceptions-Index zur Korruption soll von 41/100 im Jahr 2024 auf 46/100 bis 2030 verbessert und die Grundbücher zum Bodeneigentum digitalisiert werden.
3. Zur Entwicklung des „Humankapitals“ nicht weniger ehrgeizige Zielsetzungen: Die Armutsrate sei von 43,2 % auf 35 % zu senken, die Lebenserwartung von 61,9 Jahren auf 68 Jahren zu erhöhen. Es sind 73 neue Gesundheits- und Sozialzentren und neun Regional-Krankenhäuser geplant. Mit der Nationalisierung von Faso PHARMA wird eine moderne Pharmaindustrie aufgebaut, eintausend Mitarbeiter im Gesundheitswesen pro Jahr fortgebildet. Der Bau von 150 Primär- und Sekundärschulen in den 17 Regionen

und dazu 50 000 Sozialwohnungen sind im Plan.

4. Die Infrastruktur und Wirtschaft zu entwickeln strebt die Souveränität in der Nahrungsmittel- und Energieversorgung wie auch die Industrialisierung (Bergwerke) an. Der Nahrungsmittelimport solle von 11,5 % auf 8 % verringert werden.
5. Der Anteil der Verarbeitungsindustrie am BIP werde von 9,6 % 2024 auf 17,7 % im Jahr 2030 fast verdoppelt, die Stromversorgungskapazität von 678,5 MW auf 2 585,6 MW, eine Erhöhung von 281 % in fünf Jahren.

Minister Aboubacar Nakanabo begegnete den besorgten Bedenken der Abgeordneten, daß die Finanzierung des Programms zu 65 % aus Eigenmitteln gesichert sei. Das fehlende Drittel, erwarte er, sei durch die Ausgabe von Volksaktien, Diaspora-Anleihen und patriotischem Crowdfunding (wie in den Vorjahren) zu finanzieren.

Georges Hallermayer

Patrice Lumumba – Fanal Afrikas

Eiligst hatte CIA-Chef Dulles seinen Brüsseler Büroleiter Laurence Devlin ins kongolesische Léopoldville beordert, damit er sich um den Außenposten der Agency kümmern und vor allem die im Weißen Haus suspekten Regierungsarbeit des frei gewählten Premiers Patrice Lumumba taxieren sollte. Wochen später, am 18. August 1960, so enthüllt Tim Weiner in seinem Opus Magnum „CIA – Die ganze Geschichte“, telegrafierte Devlin an die Zentrale: „Kongo erlebt klassische kommunistische Übernahme ... Möglicherweise nur noch wenig Zeit für Maßnahmen zur Verhinderung eines zweiten Kuba.“ Dulles habe die Nachricht noch am selben Tag dem Nationalen Sicherheitsrat vorgetragen, worauf ihm Präsident Eisenhower erklärt habe, Lumumba müsse beseitigt werden. Eine solche Order erging telegrafisch an Devlin, der später von Sidney Gottlieb, dem Chemiespezialisten der CIA, Besuch bekam. Im Handgepäck Phiolen mit tödlichem Gift, das tropfenweise im Essen verabreicht oder in die Zahnpasta gemischt werden sollte. Devlin sagte später unter Eid aus, der hochrangige Giftbote hätte auf seine Frage nach dem Auftraggeber geantwortet: „Auf Befehl des Präsidenten“. Er selbst habe sich für die Anweisung geschämt und das Gift vergraben, wissend, daß die CIA über andere Methoden verfügte.

Mord im Auftrag

Devlin irrte sich nicht. Längst hatte sich die CIA mit Joseph Mobutu, einst ein Weggefährte Lumumbas und nun Stabschef der kongolesischen Armee, ihren Quisling ausgesucht. In dem beschönigend als „Kongo-Wirren“ bezeichneten Umsturz verbündete sich Mobutu mit Präsident Kasavubu. Im Zuge seines von den USA bestellten Putsches ordnete Mobutu die Verhaftung Lumumbas an. Nach wiederholten Festsetzungen und Fluchtversuchen wurde der gestürzte Premier in die abtrünnige Provinz Katanga verschleppt, wo er in die Fänge des sadistischen Separatistenführers Moïse Tschombé geriet. Hier erfüllte sich nach grausamer Folter der Mordplan der CIA. Patrice Lumumba wurde am 17. Januar 1961 in der Nähe von Élisabethville erschossen. Der Versuch seiner Mörder, den Tod als Lynchmord der einheimischen Dorfbevölkerung hinzustellen, scheiterte. Der 2001 veröffentlichte Abschlußbericht einer Untersuchungskommission des belgischen Parlamentes spricht von einer Exekution unter belgischem Kommando. Zunächst an Ort und Stelle verscharrt, sei der Leichnam Tage später exhumiert, in Salzsäure aufgelöst und die Überreste verbrannt worden. Der seinen kolonialen Sentiments anhängende belgische König habe von den Plänen zur Tötung gewußt. Was hatte Patrice Lumumba zu jener gefürchteten Haßfigur werden lassen, gegen die sich eine Allianz von CIA und belgischen

Kolonialherren samt höriger kongolesischer Oberschicht, aber auch Südafrikas Rassistenregime sowie die portugiesische Kolonialverwaltung verschworen hatten? Es waren panische Ängste vor einem Weckruf, vor einem Fanal zum Aufbruch, dem eine Lawine nationaler, gar sozialer Befreiungskämpfe folgen könnte. Und Wirtschaftsinteressen, versteht sich.

Antiimperialistischer Rebell im Kalten Krieg

Lumumba wurde am 2. Juli 1925 geboren. In Stanleyville zum Postbeamten ausgebildet, war der junge Mann alsbald im kulturellen und wissenschaftlichen Leben der gebildeten Schichten präsent, betätigte sich publizistisch und engagierte sich in der Beamten-Gewerkschaft. 1958 gehörte er zu den Gründern und bald auch zu den führenden Köpfen der für die nationale Unabhängigkeit Eintretenden Partei „Mouvement National Congolais“ (MNC). 1959 verifiziert, nach Folterungen aber wieder auf freiem Fuß, erlebte er den Sieg der MNC bei den Parlamentswahlen im Mai 1960, dem am 30. Juni die Unabhängigkeit des Kongo folgte. Patrice Lumumba wurde Premier und Joseph Kasavubu, der ihn später verraten sollte, Staatspräsident des unabhängigen Kongo. Vor allem die europäischen Herren der Bergbaubetriebe sorgten sich angesichts der in Aussicht stehenden Verstaatlichungen um ihre Pfründe und betrieben die Destabilisierung der Lumumba-Regierung. Nicht zuletzt durch die Unterstützung von Sezessionen, gegen die auch die entsandten Blauhelmkontingente nichts unternahmen. Mit seiner naiven Hoffnung auf Unterstützung der USA bei der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung seines Landes war Lumumba in Washington abgeblitzt. Als er sich nach der überfallartigen Landung belgischer Fallschirmjäger mit der Bitte um Hilfe an die Sowjetunion wandte, geriet er unweigerlich in den Sog des mit der amerikanischen Containment-Politik forcierten Kalten Krieges. Hatte schon das Reizpotential der selbstbewußten ghanaischen Regierung unter Kwame Nkrumah die Machtzentren des Großkapitals alarmiert, so wollte man den emanzipatorischen Ideen Lumumbas nunmehr keinen Raum geben. Aus geopolitischen Erwägungen, aber auch wegen der reichen, unverzichtbaren Rohstoffvorkommen des Kongo wie Cobalt, Kupfer, Mangan, Gold, Zink, Zinn, Diamanten und Uran.

Vorkämpfer der afrikanischen Befreiung

Lumumba geriet aus politischem Kalkül ins Visier seiner Mörder. Dieses Schicksal teilt er mit anderen Staatsmännern, die zu seiner oder in späterer Zeit die nationalen Bedürfnisse ihrer Länder vor die egoistischen

Interessen des angemäßigten amerikanischen Weltgendarms gestellt hatten. Regime-Change samt Ausschaltung unliebsamer Politiker, diese perfide Spezialität der CIA ist ein älteres und noch immer nicht überwundenes Übel. In der Person des charismatischen Patrice Lumumba traf es damals die Perspektiven des in antikonialistische Vibration geratenen afrikanischen Kontinents. Daß Lumumbas Gegner alarmiert waren und jene abgefemte Zweckallianz bildeten, die seinen Kopf forderte, ergab sich aus deren Bedrängnis. Der belgische Kolonialismus war im Begriff, die überseeischen Reichtümer zu verlieren und leckte seine Wunden. Uncle Sam ängstigte ein möglicher Funkensprung in Afrika, und er argwöhnte gar einen Überflug auf den eigenen lateinamerikanischen Vorhof. Das südafrikanische Rassisten-Regime befürchtete, was später mit dem Sturz des Apartheidsystems eintraf. Die portugiesischen Kolonialherren plagten Alpträume um den Verlust ihrer Besitzungen in Angola, Mosambik oder Guinea-Bissau. Mit dem damaligen sozialistischen Weltlager als Verbündetem konnten sich, dem alten Kolonialstiefel und allen neokolonialistischen Schraubzwingen des Imperialismus zum Trotz, auf dem afrikanischen Kontinent günstige Entwicklungen vollziehen. Die Verschiebung der Weltachsen infolge des Niedergangs der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa mag sie zeitweilig gedämpft oder besiegt haben. Aber diese Gegenläufe setzen kein bleierne, ewiges Siegel auf die noch einmal reaktionär gewendeten Zustände. Längst platzieren alerte Nationalstaaten neue, souveräne Ausrufezeichen in der Weltagenda. Denken wir an die Allianz der Sahelstaaten, die sich vereint altem französischen Kolonialgehabo widersetzt. Zum gemeinsamen Vorteil wenden sich immer mehr Länder dem von der Volksrepublik China initiierten Seidenstraßenprojekt zu. Die in der BRICS-Gruppe verbundenen Nationen ringen um ein wirtschaftlich vernünftiges, den Frieden bewahrendes und die ökologische Substanz erhaltendes Leben auf unserem Planeten. Das wirft auch wieder Fragen nach den Freiheitsgraden in den Gesellschaften auf. Werte der unbelehrbar missionierenden westlichen Usurpatoren, die nur noch als überlegen behaupten, im Alltagsleben der Menschen jedoch nicht eingelöst werden, verlieren ihre Überzeugungskraft. Während sich die Welt unter Mühen neu ordnete, wünschte man sich, daß die Vorkämpfer für Frieden, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit von den Völkern gehört würden. Patrice Lumumba und seinesgleichen haben der Welt Entscheidendes zu sagen.

Hartmut König

Redaktionell gekürzt

Quelle: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Heft 7/2025*

Türken, Bauern und Magnaten

Vor 500 Jahren ging bei Mohács das mittelalterliche Ungarn unter

Ein beliebtes Reiseziel für mich wie für viele DDR-Bürger war das sozialistische Ungarn. Im Land der Magyaren hörte man, wenn großes Pech passierte, als Trostwort: „Több is veszett Mohácsnál“, frei übersetzt: Bei Mohács war es schlimmer. Das so zitierte Ereignis ist immer noch präsent und wird jetzt 500 Jahre alt. Zu welcher Zeit geschah dies? Es war die Ära, die man als frühbürgerliche Revolution und Bauernkrieg in Deutschland kennt. Es war, wie Friedrich Engels schrieb, „eine Zeit, die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Leidenschaft, Denkkraft und Charakter (...) und der abenteuernde Charakter der Zeit hat sie mehr oder weniger angehaucht“. Solche Riesen an Leidenschaft fanden sich in mehreren Ländern.

Der Bauernkrieg Müntzers hat in Europa Parallelen. In Böhmen sind es die Husitenkämpfe, in England der Bauernaufstand unter William Kett (ab 1549). Die ukrainischen Kripaks (Leibeigenen) und Kosaken rebellierte ab 1591, und in mehreren Regionen Russlands gab es zu jener Zeit bäuerliche Erhebungen bis hin zum Aufstand des Chlopko Kosolap, der 1603 bei Moskau fiel. Hervorhebenswert ist in Tirol der Sozialrebell Michael Gaismair, ein Feldobrist der Bauern; sein Programm von 1526 beschrieb einen egalitär demokratischen Bauernstaat. Auch im türkischen Reich brach, weniger bekannt, 1518 der erste von mehreren Aufständen aus. Die Rajahs (Bauern) stöhnten über kriegsbedingte Sondersteuern. Von Erfolg waren sie alle nicht gekrönt. Aber die Angst der Grundherren vor den Dreschfliegeln und Sensen saß überall tief.

Im Königreich Ungarn, das seit längerem vom türkischen Schwert bedroht war, ist vor allem der große Bauernkrieg von 1514 historisch wichtig. (Dazu später.) Dem war achtzig Jahre zuvor schon eine Erhebung vorausgegangen. Die von Landraub, Kirchenzehnt und Feudalabgaben gebeutelten Bauern, Hirten und Handwerksgesellen in Siebenbürgen, mit Teilen des Kleinadels verbündet, erhoben sich gegen ihren Bischof und die großen Herren (Magnaten). Gutshöfe und Adelsresidenzen gingen in Flammen auf. Das Programm der Aufständischen zielte, kurz gesagt, auf einen humaneren Feudalismus. Die Dokumente der Ausbeuter bezeichnen die Rebellen als „Diebe, Mörder, Brandstifter und ähnliche Verbrecher“. Der Schmach findet seine Fortsetzung bis in unsere Zeit, wo alle Aufbegehrenden von den Herrschern schlichtweg als „Terroristen“ betrachtet werden.

Die Schlacht von 1526

Bei Mohács an der Donau traf das ungarische auf ein türkisches Heer. Als trauriges Resultat ist zu vermerken: Totales Fiasko Ungarns, Zehntausende Tote. Einige hundert von ihnen haben (nach Ausgrabungen) ihre Ruhestätte in der Nationalen Gedenkstätte Mohács gefunden. Dieses Mohács wurde im Lauf der Jahrhunderte zu einem Symbol, ähnlich wie das Amselfeld für die Serben. Die Niederlage als nationaler Mythos. Dazu wurde vor 50 Jahren ein eindrucksvolles Memorial errichtet. Auch dieses Jahr scheut der ungarische Staat keine Kosten und Anstrengungen, das Ereignis „Mohács 500“ mit eingeladenen Staatsoberhäuptern zu zelebrieren.

Was geschah genau Ende August 1526? Sultan Süleyman, genannt der Prachtige, hatte seine überlegenen türkischen Truppen nach wochenlangen Märschen von Istanbul herangeführt. Er traf auf die wesentlich schwächere Streitmacht, die Ungarns König Ludwig (Lajos II.) aufstellen konnte. Das Verhältnis lag vielleicht bei 2,5 zu eins. Die Schwäche des ungarischen Heeres lag zum einen daran, daß die Mobilmachung des Landvolkes gering blieb – denn nach dem Aufstand der Bauern von 1514 und seiner Niederschlagung war Ungarns Abwehrkraft geschwächt. Zum andern lag sie am Ausbleiben des siebenbürgischen Heerbanns. (Dessen Führer, der Thronanwärter Fürst Johann Zápolya, verpaßte die Schlacht absichtlich oder zufällig; es ist umstritten.)

Der Kampf war entschieden, als die adlige Reiterei Ludwigs auf eine Kriegslist hereinfiel, nämlich auf die alte Finte der vorgetäuschten Flucht. Nach einem Scheinangriff an der Flanke und kurzem Geplänkel ergriffen die Reiter Süleymans spielerisch die Flucht. Die begeistert verfolgenden Ungarn gerieten alsbald ins türkische Geschützfeuer und verbluteten an der Phalanx der Janitscharen. König Ludwig und die Mehrzahl seiner Kämpfer fielen. Seine Witwe, Maria von Habsburg, zögerte nicht lange, ließ den Königsschatz unverzüglich auf ein Schiff laden und floh donauflaufwärts Richtung Wien zum Erzherzog Ferdinand, ihrem Bruder, während das siegreiche osmanische Heer die Burg und Stadt Buda besetzte und plünderte. Nach weiteren Verwüstungen im mittleren Ungarn zogen sich die Sieger mit zehntausenden Gefangenen zurück. Aber nur vorläufig.

Gemäß einem gegenseitigen Erbvertrag meinte Österreichs Ferdinand die Krone des Schwagers erben zu müssen, weil Ludwig und Maria kinderlos blieben. Eine Landesversammlung der adligen Stände Ungarns

sah das anders und wählte den Wojwoden Zápolya zum König János I.; man krönte ihn mit der heiligen Stephanskronen. Darauf folgte ein jahrelanger Bürgerkrieg zwischen den königlichen Rivalen ... Letztendlich war 14 Jahre nach Mohács das stolze Königreich dreigeteilt. An Österreich fiel der Westteil mit Oberungarn im Norden (heutige Slowakei), der Ostteil wurde von Zápolya jr. als türkischer Vasall regiert. Den großen Mittelteil und Süden des einstigen Reiches mit der Hauptstadt Buda besetzte der Sultan und bildete vier türkische Verwaltungsdistrikte. Die Niederlage von Mohács stand in Kontrast zum Sieg über die Osmanen siebenzig Jahre zuvor. Damals war der Sultan Mehmet II. (Mohammed), der Eroberer Konstantinopels, gegen die südlichste ungarische Grenzfestung Belgrad marschiert. Für die belagerte Trutz-Stadt kam aus Buda ein zahlenmäßig schwaches Entsatzheer zu Hilfe; dieses wies aber neben den unzuverlässigen Bänderien des Adels gut geschulte Söldner und – ganz wichtig – eine Masse begeisterter Kämpfer aus dem „gemeinen Volk“ auf, überwiegend Bauern, Dienstleute und Handwerksgesellen.

Siegesläuten um zwölf

Mit dem Sieg vom Juni 1456 – noch heute erinnert das sog. „Türkenläuten“ von allen Kirchtürmen täglich 12 Uhr mittags daran – war der unaufhaltsam scheinende Siegeszug der Osmanen gestoppt. Die Expansionsfreude der osmanischen Herrscher zielte jedoch unverändert auf die ständige Ausdehnung ihrer Landmasse, auf die Ausbeutung weiterer Völker und Landstriche von Persien bis nach Afrika und zum Balkan. Ein kultureller Fortschritt war damit nicht verbunden. Im Gegenteil. In der sowjetischen „Weltgeschichte Band 4“ (Berlin 1964, S.613) lesen wir: „Bei ihren Feldzügen hatten die türkischen Heere Städte und Dörfer geplündert und verwüstet und Hunderttausende in die Sklaverei verschleppt. Die türkische Herrschaft war für die betroffenen Völker eine Katastrophe, weil sie die wirtschaftliche Entwicklung für lange Zeit zur Stagnation verurteilte ... Gleichzeitig hatte die Eroberungspolitik auch für das eigene Volk negative Folgen“ – denn sie vergrößerte die Macht der anatolischen Grundherrschaft und ließ die heimischen Bauern unter verstärkter Abgabenlast leiden; ganz zu schweigen von den Opfern an Menschenleben.

Ähnlich wie im Osmanenreich, so existierte in Ungarn der tiefste Klassen Gegensatz zwischen Grundherren und abhängigen Bauern. Diese ehemals freien, jetzt hörigen Bauern hatten ihren Ackerboden einem adligen

Herrn übertragen müssen und wurden abgaben- und fronpflichtig. Sie wirtschafteten auf ihrem vererbten Hof mit Gesinde, Knechten und Dienstleuten, sie hatten bis 1514 das Recht zum Waffentragen und theoretisch auch das Recht auf Freizügigkeit. Doch neben Arbeitsdiensten (der Fron) stand dem Grundherrn ein Neuntel der Erträge zu und der Kirche zusätzlich der Kirchenzehnt. Freilich waren sich auch die Privilegierten untereinander nicht grün. Spannungen gab es zwischen Königsmacht, Großgrundbesitz, Kirche und jenen verarmten Kleinadligen, die in ihrer Lebensweise dem Bauernhof näherstanden als dem Königshof. Beim adligen Interessenstreit ging es um den vorrangigen Zugriff auf Grund und Boden (zum Beispiel die Allmendeflächen und Kirchengüter) und um die Verteilung der Lasten.

Der große Aufstand unter Dózsa

Was vor der Schlacht von Mohács die Verteidigungskraft Ungarns nicht wenig schwächte, waren die Umstände und Folgen der Bauernerhebung unter Georg (György) Dózsa. Vorgeschichte: Der Erzbischof und Kanzler Ungarns hatte im April 1514 im Auftrag des Papstes zum Kreuzzug gegen die Türken aufgerufen; von den Kanzeln wurde allen, die „das Kreuz nehmen“, Sündenablass und persönliche Freiheit versprochen. Die Massen folgten dem Aufruf und strömten zu den Sammelstellen. Es gab nur wenige Säbel, dafür um so mehr Sensen, Heugabeln, Spitzhacken und Schlägel von Bergleuten. Vor allem abhängige Bauern kamen. Lieber wollten sie „das Kreuz nehmen“ und gegen die Ungläubigen kämpfen als für ihre Herren schuften. Doch die Grundbesitzer sahen gar nicht ein, daß die zur Frühjahrsbestellung eingepflanzten hörigen Hüfner und Kossäten auf Kreuzzug gingen. Denn die lukrative Aneignung unbezahlter Arbeit war ihnen entschieden wichtiger als die Verteidigung des Vaterlandes. Sie hatten sogar bewaffnete Sonderkommandos gedungen, um die Bauern aufzuspielen und gewaltsam zum Herrngut zurückzuschleppen. Das rief Empörung hervor, hatte doch Papst Leo allen, die sich dem Kreuzzug widersetzen, Exkommunikation und ewige Verdammnis angedroht. Einmal bewaffnet, wurden sich die von Franziskanermönchen angeworbenen Bauern, Dorfpriester, armen Städter und Arbeiter der Salzminen ihrer Zahl und Stärke bewußt. An ihrer Spitze stand der militärisch erfahrene Burghauptmann Georg Dózsa, Sohn eines Szekler Freibauern. Er übernahm die Ausbildung der kriegsunerfahrenen Teilnehmer. Als auf Druck des hohen Adels der Kreuzzug dann abgeblasen wurde, wandten sich die Kreuzfahrer statt gegen die Türken gegen ihre Unterdrücker und wurden zum Revolutionsheer. Dózsa als ihr Sprecher forderte auf einer großen Lagerversammlung in Cegléd, die Feudalordnung zu beseitigen und die „Herrschaft des Rechts“ zu errichten. „Es

muß gewagt werden!“ Ein Hauptmann namens Lorenz Mészáros, ehemaliger Priester, formulierte das Programm von Cegléd: ein Programm, das über die Forderungen anderer Bauernführer weit hinausging, das den Feudalismus nicht humanisieren, sondern überwinden wollte. Als Ziel wurde die völlige Abschaffung des Adels, Gleichheit des Standes, Übereignung der Felder an ihre Bebauer, Konfiszierung der Klöster und Volkssouveränität statt Monarchie formuliert.

Die Bauereinheiten stießen in drei Säulen nach Osten vor und eroberten im Sommer 1514 eine Stadt nach der anderen. Schlösser wurden zerstört, Besitzurkunden vernichtet, Aristokraten vertrieben oder hingegerichtet. Nach erstaunlichen Siegen – im europäischen Vergleich glänzendste militärische Leistungen – unterlag das zentrale Bauernheer bei Temesvár (Timișoara) der Übermacht des Wojwoden Zápolya. Mehrere Monate dauerte es noch, bis der letzte aufständische Heerhaufen geschlagen war. Die Rache der Sieger war maßlos. Zunächst wurden die Führer mit unerhörter Grausamkeit mißhandelt und gevierteilt. Und an zahllosen Bauern wurde ein Exempel statuiert.

Vier Jahrhunderte Schollenbindung

Als zweiter Akt der Vergeltung ist das Tripartitum, das „Dreigesetzbuch“ von 1514 zu nennen. Aus seinem Kernsatz sprach der unverhohlene Hass des Adels gegen die Unterlegenen; purer Klassenhass in Gesetzesform: „Damit die Erinnerung an ihren Verrat (...) auch auf die Nachfahren übergehe und jede Generation weiß, welch große Sünde es ist, sich gegen die Herren aufzulehnen, sollen alle im Lande wohnenden Bauern (...) wegen ihrer Untreue die Freiheit, von einem Ort zum anderen zu übersiedeln, verlieren und ihren Grundbesitzern zur ewigen Knechtschaft unterworfen sein.“ So war das Verhältnis zwischen Herrschaft und Bauernschaft für Generationen festgeschrieben. Die Magnaten meinten, ungeachtet ihres selbstverschuldeten Desasters gegen die Türken, die göttliche Ordnung zwingt die Niederen zur Demut und zügelt das wilde Volk durch Androhung des Höllenfeuers.

Über die folgenden Jahrhunderte bis 1944 blieb zwischen den zwei Hauptklassen in Ungarn der Widerspruch bestehen: nämlich dass diejenigen, die das Land bearbeiteten, es nicht besaßen. Kleinstbauern, Gesinde und Landarbeiter ohne Eigentum bildeten die große Mehrheit der Landbevölkerung. Dabei blieb es, bis die Schicht der Privilegierten sich unter dem Reichsverweser Horthy selbst ihr Grab schuf, da sie mit dem Teufel paktierte, das heißt an der Seite der Hitlerschen Wehrmacht in die Sowjetunion einfiel. Das Ergebnis war ihre völlige Niederlage, so wie bei Mohács.

Anders als nach 1526 blieb aber diesmal der Großgrundbesitz nicht bestehen. Der totalen Niederlage folgte die totale Enteignung: Die Latifundien des Adels, der Kirchenböden und die Großbauerngüter über 100 Joch wurden entschädigungslos expropriert. Damit war die ökonomische Grundlage der Magnatenherrschaft aufgehoben. Die Kommunisten und Sozialdemokraten Ungarns verteilten das Land „unter Dózsas Volk“ (so ein oft gesungenes Lied jener Zeit). Seit damals trägt eine kilometerlange Magistrale in Budapest den Namen Dózsa György út. In den Genuß der Bodenaufteilung 1945 kamen 650 000 Familien besitzloser Landarbeiter und kleiner Bauern. Übrigens bestand in dieser Aufteilung der Unterschied zur Bodenreform der kurzlebigen Räterepublik von 1919: Damals hatte man die Latifundien nicht parzelliert, sondern als Staatsgüter nationalisiert.

Noch einmal ein Bogen zurück zu Mohács und den Türken: In der osmanischen Tradition von Mehmet dem Eroberer und Süleyman dem Prächtigen sieht sich der gegenwärtige Machthaber von Istanbul. Das Welterbe Hagia Sophia hat er selbstherrlich religiös umgewidmet, und seine Widersacher schmährt er wie gehabt als Terroristen. Laut Plan wird Erdoğan zu den Gedenkfeiern in Ungarn „Mohács 500“ eingeladen. Man darf gespannt sein, was er und Premier Magyar sich auf dem blutgetränkten Boden des Schlachtfeldes zu sagen haben.

Christian Stappenbeck

Alternative Einheitsfeier des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Auferstehen? Aus Ruinen? „Daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“

am 7. Oktober 2026

im Bürgerhaus Neuenhagen, Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen bei Berlin

Beginn: 13 Uhr / Einlaß ab 12 Uhr

Podiumsdiskussion, geführt von Tilo Gräser mit Politikern und Betroffenen der Wehrpflicht

Tino Eisbrenner und weitere Künstler treten mit einem Brecht-Programm auf.

Unkostenbeitrag: 10 € pro Person. Verbindliche Anmeldung und Bezahlung: In der GS von ISOR bzw. GRH oder Sie melden sich an unter der Mailadresse: okvJoBo@web.de

Anmeldeschluß: 14.9.2026

Restkarten können, sofern verfügbar, an der Tageskasse erworben werden.

Köpenicker Blutwoche Juni 1933 – ein Lehrbeispiel für Klassenjustiz und bürgerliche Herrschaftsideologie

In dem vom Institut für Denkmalpflege in der DDR 1974 herausgegebenen Buch „Gedenkstätten – Arbeiterbewegung, Antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus“ sind das Ehrenmal sowie Gedenktafeln und Gedenksteine in Berlin-Köpenick aufgezählt, die an die „Köpenicker Blutwoche“ erinnern. Diese Erinnerungskultur wurde 1987 durch eine Gedenkstätte im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis erweitert.

Nach Plänen der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick soll das Amtsgerichtsgefängnis in der Puchanstraße 12 in Berlin-Köpenick eine Forschungs-, Dokumentations- und Bildungsstätte für die Anfänge der faschistischen Diktatur in Deutschland werden. Ob es Wirklichkeit wird, ist fraglicher denn je, da die landeseigene Berlin Immobilienmanagement GmbH (BIM) als Eigentümerin einen Mietvertrag mit dem Verein KuKuk e.V. bis zum Jahr 2033 verlängert hat. Das heißt nichts anderes, als daß der 100. Jahrestag der „Köpenicker Blutwoche“ mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in der konzipierten Forschungs- und Bildungsstätte stattfinden wird.

Für die DDR-Justizgeschichte und den Umgang mit ihr nach dem 3.10.1990 in der erweiterten BRD ist die „Köpenicker Blutwoche“ ein durchaus lehrreiches Beispiel von „Klassenjustiz und bürgerlicher Herrschaftsideologie“.

Vom 20. Juni bis zum 27. Juni 1933, fünf Monaten nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, fand in Köpenick das grausamste Massaker der SA an Antifaschisten statt. Mehr als 500 Männer, Frauen und Kinder wurden von SA-Schlägern aus ihren Wohnungen geholt, in SA-Sturmlokale und das Amtsgerichtsgefängnis verschleppt, gefoltert, mißhandelt und zum Teil bestialisch ermordet. Leichen wurden in Säcke gestopft und in die Dahme versenkt.

Daß der Faschismus als politische Staatsform der Diktatur der ökonomisch herrschenden Finanzoligarchie und im besonderen als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen Elemente des Finanzkapitals“ grundsätzlich kein Interesse an der Verfolgung des eigenen Staatsterrors hatte, bedarf sicherlich keiner weiteren Begründung, selbst wenn in den ersten Monaten nach den bestialischen Taten Berliner Staatsanwälte und Kriminalbeamte kurzzeitig die Illusion hatten, die Massenmörder dingfest machen und zur Verantwortung ziehen zu können. Es bedurfte erst der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus, um den Opfern

der Blutorgien im Juni 1933 strafrechtliche Genugtuung zu verschaffen und die Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Aber dies allein genügte nicht, denn kurz nach dem Ende des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, in dem sich die vier Hauptmächte der Antihitlerkoalition noch überwiegend einig waren, wurde die Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher zunehmend in das Interessengeflecht des „Kalten Krieges“ eingebettet, und zwar zu Lasten der Opfer des Faschismus. Während in den westlichen Besatzungszonen und den Westsektoren Berlins der Verfolgungs- und Ahndungswille gegen die Naziverbrecher sowohl von seiten der Besatzungsmächte als auch der deutschen Nachkriegsjustiz spürbar nachließ, wurde er in der sowjetischen Besatzungszone konsequent fortgesetzt. Der Prozeß gegen 57 Angeklagte vor dem (Ost-)Berliner Landgericht im Juni und Juli 1950 unter Vorsitz von Dr. Hans Ranke legt davon ein beredtes Zeugnis ab. In der Beweisaufnahme wurden 386 Zeugen und mehrere gerichtsmedizinische Sachverständige vernommen sowie Akten und Urkunden als Beweismittel beigezogen. Die Angeklagten hatten rechtliches Gehör und wurden durchweg von – meist Westberliner – Rechtsanwälten verteidigt. Im Ergebnis wurden wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit gem. Kontrollratsgesetz Nr. 10 15 Angeklagte zum Tode, davon 10 in Abwesenheit, 13 zu lebenslanger und 28 zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Gegen das Urteil haben 38 Angeklagte Revision beim Kammergericht eingelegt, die am 22.12.1950 als unbegründet verworfen wurde. Nach dem 3.10.1990 haben Angehörige von zwei rechtskräftig Verurteilten Kassations- und Rehabilitierungsanträge gestellt. Beide Anträge hatten keinen Erfolg. Das Landgericht Berlin hat 1992 und 1996 die Anträge als unbegründet zurückgewiesen und festgestellt, daß keine Anhaltspunkte für politische Willkür gefunden wurden. Die anerkannten Regeln der Beweisführung seien beachtet worden und sachfremde Erwägungen wären nicht ersichtlich. Mit anderen Worten: gerichtliche Entscheidungen der DDR-Justiz, die rechtsstaatlichen Ansprüchen auch heute noch entsprechen. So etwas paßt natürlich nicht zur bürgerlichen Herrschaftsideologie gegenüber dem Unrechtsstaat DDR. „Die DDR war und ist zu delegitimieren!“ lautet die Losung. Also muß die Propagandaabteilung ran, die mit finanziellen Mitteln gut ausgestattet ist. Nach über 10 Jahren erscheint ein

„wissenschaftlicher Beitrag“ zur „Köpenicker Blutwoche“ in der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, in der von bürgerlichen Ideologen behauptet wird, daß doch in der DDR alles übertrieben wurde und weder die Anzahl der Todesopfer noch die beschriebenen Verstümmelungen stimmen würden. Es muß – nach gründlicher und gewissenhafter Recherche – von einer konstruierten Anklage- und Urteilsbegründung ausgegangen werden. Eine besonders üble Rolle hätte dabei der junge Staatsanwalt Carlos Foth gespielt, der es bis in die DDR-Generalstaatsanwaltschaft gebracht habe und sich in Kampagnen gegen untadelige BRD-Persönlichkeiten wie Bundespräsident Heinrich Lübcke und Adenauers besten Mann, Dr. Hans Globke, hervorgetan habe. Vielleicht hatten die Propagandisten des Forschungsverbundes gedacht, daß dieser „furchtbare Jurist“, wie sie ihn zu bezeichnen pflegten, nicht mehr am Leben sei und ihre Verleumdungen unwidersprochen blieben. Das war aber nicht der Fall. Carlos Foth, der sowohl an der Ausarbeitung der Anklage als auch in der gerichtlichen Hauptverhandlung mitgewirkt hatte, nahm von der üblen, aber ihm wohlbekannte Hetze Kenntnis und wehrte sich rechtlich erfolgreich gegen die Verleumdungen. Das Landgericht Berlin verfügte mit Beschluß vom 27.11.2007, die Gegendarstellung des ehemaligen DDR-Staatsanwalts Carlos Foth in der nächsten Zeitschrift zu veröffentlichen. Dies ist dann zähneknirschend im Heft Nr. 22/2007 geschehen. In der Gegendarstellung hat der ehemalige DDR-Staatsanwalt aufgezeigt, was es heißt, wissenschaftlich, seriös und faktenbasiert zu arbeiten. In wieviel Fällen aber erlangen Betroffene überhaupt Kenntnis von derartigen Ergüssen und wie oft kommt es vor, daß dagegen vorgegangen wird? Die Geschichte wird eben von den Herrschenden neu geschrieben. Was nicht zu ihrer Herrschaftsideologie paßt, wird passend gemacht, ob man sich dabei in Widersprüche verwickelt, ob es die Unwahrheit ist oder reine Erfindung, ist völlig egal. Entscheidend ist die Wirkung. Und die bleibt nicht aus. Der Kampf um den Erhalt der Gedenkstätte „Köpenicker Blutwoche“ ist also unbedingt geboten, auch im Interesse des in der DDR praktizierten Antifaschismus, im Interesse der historischen Einordnung der DDR-Justiz und ihrer Verdienste.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Vor 70 Jahren wurde die KPD verboten

„Dieses Verfahren ist kein objektives Rechtsverfahren, sondern ein politischer Prozeß“

Siebzig Jahre ist es her. Es war der 4. Juli 1956. Kurz vor seinem Tod wandte sich Bertolt Brecht in seinem „Offenen Brief an den Deutschen Bundestag Bonn“. Ein flammender Appell gegen Wiederbewaffnung, für die historische Chance eines friedliebenden, vereinten und unabhängigen Deutschlands. Anlaß war die von der westdeutschen Adenauer-Regierung für den 21. Juli 1956 vorgesehene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Bundeswehr gab es schon seit November des Vorjahres. Sein Schreiben endet mit den Worten: „Gegen wen ist der Krieg geplant? Gegen Franzosen? Gegen Polen? Gegen Engländer? Gegen Russen? Oder gegen Deutsche? Wir leben im Atomzeitalter, und 12 Divisionen können einen Krieg nicht gewinnen – wohl aber beginnen. Und wie sollten es bei allgemeiner Wehrpflicht 12 Divisionen bleiben? Wollt ihr wirklich den ersten Schritt tun, den ersten Schritt in den Krieg? Den letzten Schritt, den in das Nichts, werden wir dann alle tun.“ Brecht starb am 14. Juli 1956. Drei Tage später, genau zu der Stunde, als man ihm in Berlin auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof das letzte Geleit gab, betrat 600 Kilometer entfernt in Karlsruhe der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts unter seinem Präsidenten Josef Wintrich den großen Sitzungssaal. Wintrich, zu NS-Zeiten Amtsrichter im bayerischen Ebersberg, bekannt für seine Kooperation mit der NS-Organisation „Lebensborn“ und beteiligt an der Zwangsadoption in Osteuropa geraubter Kinder, sprach kurz nach 9.30 Uhr das Urteil des westdeutschen Revanchismus über die Kommunistische Partei Deutschlands: „1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig. 2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst. 3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen. 4. Das Vermögen wird eingezogen“. Als er anschließend wieder Platz nahm, um über die kommenden Stunden das Verbot zu begründen, verbreitete der Polizeifunk bereits bundesweit das Einsatz-Codewort „Holzwurm“. Sinnhafte Anklänge an den als Schädling bekannten Käfer, dessen Larven zerstörerisch Holzbalken von innen zersetzen, waren durchaus beabsichtigt. Tausende Bereitschaftspolizisten und Beamte der politischen Polizei schwärmten aus. Es wurde die größte Polizeioperation der 50er Jahre. Monatelang vorbereitet, setzte sich der westdeutsche Staatsapparat in Bewegung. Von Flensburg bis München wurden 3035 Büros und Wohnungen durchsucht, 215 Parteibüros

geschlossen, 33 KPD-Funktionäre inhaftiert, 35 Druckereien, Verlage und Redaktionen geschlossen, die laufende Produktion aller Parteizeitungen mit einer Gesamtauflage von über 150 000 Exemplaren gestoppt. Das Parteivermögen, darunter 146 Büroausstattungen, 11 Immobilien, 91 Druckmaschinen und 53 Kraftfahrzeuge, zog der Staat ein. Vom Verbot überrascht waren die Genossen nicht wirklich, aber die Hoffnung, daß es anders käme, hatten sie schon. Als gegen Mittag des 17. August 1956 die KPD am Boden lag, trat der damalige CDU-Innenminister Schröder vor die Presse und kündigte eine große Welle der Verfolgung gegen alle Sympathisanten der KPD an. Das Verbotsurteil allein könne „das Problem des Kommunismus nicht aus der Welt schaffen“. Unfreiwillig hatte der Innenminister Recht. Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten. Gleichwohl gab das KPD-Verbot den Startschuß für eine Welle der Kommunistenverfolgung in Westdeutschland, die 12 Jahre anhalten sollte und die sich durch die Berufsverbotepraxis der 70er Jahre an „sozial-liberale“ Verhältnisse anpaßte. Über 125 000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot, etwa 10 000 Verurteilungen, auch zu mehrjährigen Freiheitsstrafen, Arbeitsplatzkündigungen und unzählige Kundgebungsverbote waren die Folge, ebenso wie mehr als 80 Organisationsverbote – stets war der Verdacht, hier seien KPD-Ersatz- oder Nachfolgeorganisationen am Werk. Vergleichsweise viel wissen wir heute über das schon lange vor dem Verbotsantrag der Bundesregierung vom 23. November 1951 geplante KPD-Verbot, vor allem über seine zentrale Funktion als Mittel zur Ausschaltung der konsequentesten Kräfte für Frieden, eine gerechte Gesellschaft und gegen Wiederbewaffnung, Spaltung Deutschlands und Eingliederung in die NATO. Wir erkennen die strategischen Eckpunkte der Umsetzung des Antikommunismus, sei es durch das am 26. Juni 1951 verfügte, am 16. Juli 1954 letztinstanzlich bestätigte, Verbot der Freien Deutschen Jugend (FDJ), durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951, das den Hochverrat (wieder) einführte oder durch den „Adenauer-Erlass“ vom 19. September 1950, der die erste Berufsverbotswelle der westdeutschen Republik einleitete und als Blaupause für den Radikalenerlass vom 28. Januar 1972 diente. Aus den über 60 Jahre gesperrten und vom Bundesarchiv am 17. August 2016 freigegebenen Akten zum KPD-Verbotsverfahren schreiben uns die juristisch nicht mehr zu verbrämenden Abgründe einer Verfahrensführung an, zu der eine rege Absprachenpraxis der

Karlsruher Richter mit den politischen Instanzen des Adenauer-Regimes ebenso gehört, wie durch Richter in Eigenregie zusammengebastelte Beweismittel. Dem Historiker Josef Foschepoth gebührt das Verdienst, mit seiner 2017 erschienenen, knapp 500-seitigen dokumentenbasierten Untersuchung „Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg“ weitere bislang dunkle Stellen des Verfahrens ins grelle Licht gezerrt zu haben. Im Begleittext des sicher nicht als „links“ einzuordnenden Vandenhoeck-Verlags heißt es: „Es gab keine getrennten Gewalten mehr, sondern nur noch einen Staat, der unter dem Druck der Bundesregierung darauf bestand, daß die KPD verboten wurde.“

Eine sicher löbliche, wenn auch zu späte Einsicht. Walter Fisch (1910–1966), Fritz Rische (1914–2007), Josef Ledwohn (1914–2007) und Heinz Renner (1892–1964) wußten um den Charakter politischer Justiz aus eigener Anschauung. Viel erfuhr man die letzten Jahrzehnte zu ihrer Rolle im Verbotverfahren nicht, dabei waren sie die eigentlichen Akteure. Auf ihren Schultern lag die Last und der Auftrag der Partei die Verbotsdrohung abzuwehren. Eine Aufgabe, die sie über zwei Jahre und 51 Verhandlungstage lang band. Sie stellten zwar keine Beweis-, Aussetzungs- oder

Am 30. Juli wird Rechtsanwalt

Ralph Dobra

65 Jahre alt.

Ralph Dobra diente nach dem Abitur von 1980 bis 1983 in der NVA, studierte anschließend Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist nach einer einjährigen Assistenzzeit beim Kollegium der Rechtsanwälte des Bezirkes Erfurt in Gotha tätig. Zwischen 1994 und 2003 verteidigte er zahlreiche DDR-Grenzer aller Befehlsebenen in Prozessen in Berlin, Potsdam, Erfurt und Mühlhausen sowie DDR-Juristen, die wegen ihrer hoheitlichen Tätigkeit von der bundesdeutschen Justiz strafrechtlich verfolgt wurden. Er ist Autor und Herausgeber von Fachpublikationen und Büchern zur Rechtsgeschichte sowie ständiger „RotFuchs“-Autor. Wir freuen uns sehr über Dein Engagement für den „RotFuchs“ und gratulieren Dir auf das herzlichste zu Deinem Jubiläum.

Redaktion und Vorstand

Befangenheitsanträge, sie hielten auch keine Zwischen- und Schlußplädoyers oder reichen Schriftsätze ein. Das oblag der juristischen Finesse der weithin bekannten Anwälte der KPD, Friedrich Karl Kaul und Herbert Kröger. Verborgenen waren Fisch, Rische, Ledwohn und Renner aber beileibe nicht.

Sie stellten Fragen, gaben Erklärungen zur Linie und den Kampagnen der Partei ab, versuchten zu erläutern, wie und mit welchen Mitteln die Lehren von Marx, Engels und Lenin praktisch wirksam wurden und vor allem in Westdeutschland wirksam werden sollen. Auf alles hatten sie Antworten, was den hohen Richtern gehörig gegen den Strich ging. In der Endphase der Verhandlung wurde für Rische und Ledwohn das Rederecht auf 10 Minuten beschränkt, während die Vertreter des Adenauer-Kabinetts ohne Begrenzung reden konnten. Von Heinz Renner, der 1948/49 zusammen mit Max Reimann die KPD im Parlamentarischen Rat vertrat und von 1949 bis 1953 dem Bundestag angehörte, ist in den Protokollen namentlich nicht die Rede, er sorgte im Hintergrund für die politische Koordination, insbesondere im Austausch mit dem KPD-Vorsitzenden Max Reimann. Er besprach mit den Anwälten die strategische Verbindung von politischen Aspekten mit juristischer Argumentation.

An den Redebeiträgen von Fisch, Rische und Ledwohn läßt sich durchaus eine taktische Arbeitsteilung im Karlsruher Prozeß erkennen: Während Fisch in moderat-ruhiger Art darum bemüht war, die Linie der KPD als vereinbar mit den Prinzipien des Grundgesetzes zu erweisen, lag der Schwerpunkt Ledwohns eher darauf, aufzuzeigen, daß der Marxismus-Leninismus kein hölzernes, starres Dogma ist und in seiner praktischen Umsetzung die spezifischen Bedingungen der westdeutschen Gesellschaft zu berücksichtigen hatte. Fritz Rische schließlich galt als „Kämpfer“, er betonte die Steuerung des Verfahrens durch die Adenauer-Regierung und demaskierte die zahlreichen Versuche, die KPD an der Ausübung ihrer Rechte in Gesellschaft und im Verfahren zu behindern. Schon lange vor dem KPD-Verbotsprozeß waren die drei durch ihre Mitarbeit in der Programmkommission zum „Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ verbunden. Das Programm war am 2. November 1952 vom Parteivorstand der KPD beschlossen worden. Dieses Programm war die Basis der politischen Arbeit der KPD in den Jahren 1953 bis 1956. Es verband den deutschen Nationalgedanken, die Wiedervereinigung, Neutralität im Kalten Krieg und sozialistische Wirtschaftsreformen. Die KPD forderte ein vereintes Deutschland außerhalb der Militärblöcke, mit starker staatlicher Kontrolle der Wirtschaft, umfassenden sozialen Rechten mit friedliebendem Charakter. Neben der allgemeinen Verbotsstrategie der Bundesregierung, die

sich auf die „verdammungswürdigen“ Begrifflichkeiten der „Diktatur des Proletariats“, der „klassenlosen Gesellschaft“ und der „Fernsteuerung“ der KPD aus Moskau und „Pankow“ stützte, war das besagte Programm das Dokument, dessen Inhalt für das Gericht schlichtweg mit Hochverrat, Umsturz und Revolution zu übersetzen war. Das inhaltliche Angriffsziel des beantragten Verbots war daher nicht nur die kommunistische Idee im allgemeinen, sondern die Umsetzung dieser Idee in jenem Programm, an dem Fisch, Rische und Ledwohn prägend mitgearbeitet hatten – es betraf sie daher als politische Menschen unmittelbar selbst. Nicht nur im übertragenen Sinn, viel einschneidender noch: Ihnen drohten wegen der Mitarbeit am Programm bereits mehrjährige Haftstrafen.

Das 1952 aufgelegte Programm basierte auf der Analyse der Lage Westdeutschlands, als eines deutschen Teilstaates, der politisch und wirtschaftlich von den USA, Großbritannien und Frankreich abhängig war. Die Teilung Deutschlands liege im Interesse der westlichen Besatzungsmächte. Wiedervereinigung, NATO-Anbindung und westliche Militärverträge bergen die Gefahr für den Frieden und die deutsche Einheit. Als Forderungen für die nächste Etappe des Kampfes der KPD werden propagiert: Die Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedlicher und unabhängiger Staat auf der Grundlage gesamtdeutscher freie Wahlen, des Abzugs aller Besatzungstruppen und eines Friedensvertrags mit den Alliierten des Potsdamer Vertrags. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wird die Verstaatlichung großer Konzerne, Banken und Schlüsselindustrien angestrebt, begleitet von einer Bodenreform (Großgrundbesitz über 100 Hektar soll auf Bauern und Landarbeiter verteilt werden). Fisch, Rische und Ledwohn betonten in ihren Redebeiträgen, der KPD gehe es bei der genannten Programmatik weder um eine gewaltsame Erringung der politischen Macht, noch um einen revolutionären Umsturz des Adenauer-Regimes. Ledwohn: „Die KPD ist für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und für freie gesamtdeutsche Wahlen. Sie lehnt jede Gewaltanwendung ab.“ oder „Unser Programm richtet sich nicht gegen die Verfassung, sondern gegen die Politik der Spaltung und Remilitarisierung. Es ruft zum nationalen Widerstand gegen die Adenauer-Politik auf, aber mit friedlichen Mitteln.“ Ohnehin, so Ledwohn, seien die Lehren von Marx, Engels und Lenin „wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung der Gesellschaft. Sie als verfassungsfeindlich zu erklären, bedeutet eine Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft und der Meinung.“ Walter Fisch betonte, die Freiheit der Meinungsäußerung sei im Grundgesetz essentiell verankert, „wenn die KPD ihre marxistische Auffassung vertritt, macht sie von diesem Grundrecht Gebrauch. Das

Gericht kann nicht eine ganze Weltanschauung unter Strafe stellen, ohne Art. 5 GG zu verletzen.“ Fritz Rische brandmarkte die fehlende Begründetheit des Verbotsantrags und wandte diesen Befund offensiv gegen das Verfahren als solches: „Dieses Verfahren ist kein objektives Rechtsverfahren, sondern ein politischer Prozeß.“ Das Gericht stehe unter dem Druck der Bundesregierung und solle die lästige Opposition zum Schweigen bringen.

Alle drei Aussagen wurden vom Gericht letztlich als nicht glaubwürdig zurückgewiesen. Die Karlsruher Richter sahen in all dem nur taktische Manöver zur „Vertuschung“ der „eigentlichen (marxistisch-leninistischen) Zielsetzung“, namentlich der „Diktatur des Proletariats“ und eines langfristig geplanten „revolutionären Umsturzes“. Tatsächlich gab es Passagen, wie die folgende auf Seite 9, die es dem Gericht einfach machten, die Spuren einer vermeintlich gewaltsamen Überwindung der Adenauer-Regierung im 1952er Programm ausfindig zu machen: „Deshalb muß das Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden. Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.“ Den Umstand, daß der Parteivorstand der KPD am 18. März 1956, also fünf Monate vor dem Verbotsurteil, beschlossen hatte, daß diese Formulierungen „wie revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes“ falsch sei, „denn sie entsprach nicht und entspricht nicht der Lage und den Bedingungen in der Bundesrepublik und hat die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Sammlung aller demokratischen Kräfte behindert“, fand bei Gericht keine Beachtung, die KPD habe das wegen des laufenden Verbotsverfahrens nur vorgeschoben. Welcher unsägliche Druck auf Rische, Fisch und Ledwohn während ihrer Tage in Karlsruhe gelastet haben mag, wird angesichts folgender Tatsache deutlich. Rische und Ledwohn wurden an den Verhandlungstagen in Handschellen vorgeführt. Sie befanden sich seit 1953 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Untersuchungshaft. Beide waren am 13. Juli 1956, einen Monat vor dem KPD-Verbotsurteil, vom Bundesgerichtshof zu drei Jahren sechs Monaten Haft verurteilt worden. Fisch, dessen Haftbefehl ausgesetzt war, wurde am 4. Februar 1958 festgenommen und ebenfalls wegen Hochverrat im Juni 1958 verurteilt. Ihr Verbrechen war ihr Streben für ein vereinigtes, friedliebendes und demokratisches Deutschland.

Organisation Gehlen

„Jeden Schweinehund verwenden“

Wie Nazimilitärs in die Bundesrepublik überführt wurden: Vor 70 Jahren wurde die Organisation Gehlen zum Bundesnachrichtendienst

Die Gehlen-Gruppe im Kanzleramt

Der im März verstorbene Autor Otto Köhler schrieb zur Jahreswende 2019/2020 in *junge Welt*: „Man mußte die Öffentlichkeit dazu bringen, erhöhte Verteidigungsausgaben zu befürworten. Verteidigen aber kann man nur dort, wo ein Angriff droht.“ Die deutsche „Zeitenwende“ konnte er noch nicht meinen. Er schrieb über den einstigen Hitlervertrauten Reinhard Gehlen (1902–1979). Dessen Geheimdienst, die „Organisation Gehlen“, hatte nach Ende des Zweiten Weltkriegs einen neuen historischen Auftrag zu erfüllen. Er sollte unter anderem Material beschaffen, mit dem der Öffentlichkeit und vor allem den US-Politikern verwickelt werden konnte, daß ein Kräfteness mit dem neuen alten Hauptfeind im Osten bevorstehe.

Ein Telegramm vom 5. März 1948, geschickt von General Lucius Clay, Militärgouverneur der US-Besatzungszone, überbrachte die Warnung: Eine sowjetische Militäroffensive gegen Westeuropa stünde bevor, mit angeblich 175 kampfbereiten Divisionen. Die Information kam von Gehlen. 1949 gab es dann sogar einen US-Geheimplan, der davon ausging, daß die „rote Gefahr“ noch im selben Jahr in Europa, im Nahen Osten, in China, Korea, auch in Kanada und in den USA gleichzeitig zuschlagen würde. Die Information war zwar falsch, aber sie erfüllte ihren Zweck. Die US-Rüstungsindustrie frohlockte. Ein Hoch auf die Geheimdienste.

Brücke Antikommunismus

Die Verbreitung von Fake News über die UdSSR war nicht der einzige Zweck der Organisation Gehlen. Aber „der Antikommunismus bildete eine Art mentale Brücke über die ideologische Zäsur von 1945“, resümierten die Historiker Stefan Kreuzberger und Dominik Geppert 2018. Reinhard Gehlen war ja nicht einfach so ein Typ. Und Deutschland nicht einfach so ein Land. Die in der jungen Bundesrepublik überall präsenten Altnazis waren ein Problem – andererseits wollte man auf ihre Expertise zurückgreifen. Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik, wiederholte seinen inoffiziellen Leitsatz in verschiedenen Ausführungen: Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein neues hat.

Gehlen war Teil dieses dreckigen Wassers und genau der Richtige. Noch in seinen

Memoiren von 1971 war er überzeugt, das „Unternehmen Barbarossa“, der deutsche Feldzug gegen die Sowjetunion 1941, hätte erfolgreich sein können, wären nur nicht „die verderblichen Eingriffe Hitlers“ gewesen. Unter dem späteren ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, hatte Gehlen selbst den Überfall der Wehrmacht auf Griechenland, Jugoslawien und die Sowjetunion vorbereitet. Hitler ernannte Gehlen im Mai 1942 zum Chef der Abteilung Fremde Heere Ost, also jener Spionagetruppe, die mit der Folter von Kriegsgefangenen zur Informationsgewinnung befaßt war. Die wichtigsten daraus resultierenden Erkenntnisse über die Rote Armee vergrub er zum Kriegsende in 50 Stahlkisten auf dem Wendelstein, schließlich konnten sie noch hilfreich werden. Gebrauchte wurden sie dann aber nicht mehr von Hitler, der sich kurze Zeit später im „Führerbunker“ erschoss, sondern vom US-Geheimdienst CIA.

Das US-Militär erlaubte es Gehlen, ihnen seine Kenntnisse zu präsentieren. Eins führte zum anderen; und die Vergangenheit – Schwamm drüber. „Er steht auf unserer Seite“, erklärte später Allen Dulles, von 1953 bis 1961 Leiter der CIA, „und nur darauf kommt es an.“ Im Dezember 1947 bezog Gehlens Organisation die ehemalige „Reichssiedlung Rudolf Heß“ in Pullach bei München. Laut Recherchen des Journalisten Christopher Simpson versorgten die Vereinigten Staaten Gehlens Dienst bis 1956 mit 200 Millionen US-Dollar, 4000 Mitarbeiter wurden eingestellt, darunter nach CIA-Angaben 13 bis 28 Prozent ehemalige NSDAP-Mitglieder. „Es war unbedingt notwendig, daß wir jeden Schweinehund verwendeten, Hauptsache, er war Antikommunist“, kommentierte laut Simpson damals Harry Rositzke, der im Dienst der CIA für Geheimoperationen gegen die UdSSR verantwortlich war.

Bedrohung herbeireden

Der frühere CIA-Funktionär und spätere Geheimdienstkritiker Victor Marchetti lieferte ein ernüchterndes Urteil über die Arbeit Gehlens: „Meiner Ansicht nach lieferte die Organisation Gehlen nichts, das zum Verständnis oder zur richtigen Einschätzung des politischen und militärischen Potentials in Osteuropa oder sonst wo beitrug. Statt dessen wurde jetzt

behauptet, daß die Sowjets in der Lage wären, in Europa, im Nahen und im Fernen Osten gleichzeitig große Offensiven zu starten.“ Und wo ein Angriff droht, muß verteidigt werden. So wurde die Organisation Gehlen zum Rettungsdampfer für Hitlers Generalstab und zum Katalysator für eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland.

Schon ab 1952, kaum sieben Jahre nachdem sich Hitler die Kugel gegeben hatte, war sein einstiger Ostaufklärer Gehlen an geheim gehaltenen Gesprächen in grausiger Gruppe im neuen deutschen Kanzleramt beteiligt. Mit dabei war Hans Globke, seines Zeichens Mitverfasser der Nürnberger Rassengesetze und später Chef des Bundeskanzleramts unter Adenauer. Im Geheimen wurde der Wiederaufbau deutscher Geheimdienste besprochen. Am 1. April 1956 war es soweit. Die Organisation Gehlen wurde offiziell in den Dienst der Bundesrepublik überführt. Reinhard Gehlen wurde im Dezember desselben Jahres zum ersten Präsidenten des neuen alten Dienstes ernannt, der fortan „Bundesnachrichtendienst“ heißen sollte. Gehlen stand ihm bis 1968 vor und starb 1979.

70 Jahre nach der Gründung des BND forciert die Regierung der Bundesrepublik die größte Aufrüstung seit den Tagen des Hitlerfaschismus. Inmitten einer andauernden Wirtschaftskrise wachsen neue deutsche Rüstungsmagnaten empor. Die Sowjetunion existiert nicht mehr, aber der Hauptfeind heißt immer noch Moskau. Und die dort sitzenden Verrückten warten nur so darauf, an allen Fronten gegen die liberalen Demokratien Westeuropas loszulegen. Weiß die Bundesregierung. Wissen die Geheimdienste. Von denen wird kolportiert, Deutschland sei der „hybriden Kriegführung“ aus dem Osten und der „linksterroristischen Bedrohung“ im Innern schutzlos ausgeliefert. Deswegen sollen die Geheimdienste endlich „echte Geheimdienste“ werden, und die militärische „Zeitenwende“ soll auch für die „nachrichtendienstliche Aufklärung“ gelten, erklärte im Februar der für den Auslandsgeheimdienst zuständige Kanzleramtschef, der heute nicht mehr Globke, sondern Thorsten Frei heißt.

Max Grigutsch

junge Welt, 28.3.2026

Zum 90. Jahrestag des Beginns des spanischen Bürgerkrieges „Den Faschisten werden wir nicht weichen!“

Die Lieder „Spaniens Himmel“ oder „Die Thälmann-Kolonne“ gehörten jahrzehntelang zum Liedgut der DDR. Bekannt wurden die von Paul Dessau komponierten Lieder insbesondere in der Version von Ernst Busch. Der Spanische Bürgerkrieg wurde von Juli 1936 bis April 1939 zwischen der demokratisch gewählten Regierung der Zweiten Spanische Republik („Republikaner“) und den national-faschistischen Putschisten unter General Francisco Franco („Nationalisten“) ausgetragen. Mit tatkräftiger Unterstützung und nach militärischer Intervention der faschistischen Verbündeten aus Italien und Deutschland siegte das Bündnis aus konservativen-faschistischen Militärs, katholischer CEDA (bestand hauptsächlich aus katholisch orientierten Parteien des rechten Spektrums), den Carlisten (eine monarchistische politische Strömung) und der faschistischen Falange (Bewegung). Ihrem Sieg folgte die bis nach dem Tod Francos 1975 andauernde franquistische Diktatur. Am 26. April 1937 bombardierten deutsche Soldaten der „Legion Condor“ die spanische Stadt Guernica. Es war der erste

Auslandseinsatz der neuen faschistischen Reichsfluchtarmee und der erste vernichtende Luftangriff auf ein ziviles Flächenziel in der Militärgeschichte im Verbund mit italienischen Kräften. Bis Mitte der 70er Jahre wurde dieser Luftangriff – sowohl in Spanien als auch in Deutschland – verdrängt und vertuscht.

Die BRD unterhielt seit 1952 enge und von antikommunistischen Interessen getragene diplomatische Beziehungen zu Spanien. Trotz der faschistischen Wurzeln des Regimes schloß die BRD 1960 ein Anwerbeabkommen und förderte die Integration Spaniens.

Zur Unterstützung des Abwehrkampfes der gewählten spanischen Regierung gegen den Staatsstreich Francos wurden die Internationalen Brigaden durch die Kommunistische Internationale gebildet.

Auf Seiten der Spanische Republik kämpften über 32 000 Interbrigadisten, von denen mehr als 4500 gefallen sind.

Den internationalen Freiwilligenverbänden standen von Hitler und Mussolini personell und materiell unterstützte Verbände (nationalspanische Koalition) Francos gegenüber.

Am 30. Juni 2022 trafen sich rund 100 Chemnitzerinnen und Chemnitzer an der Hans-Beimler-Stele und erinnerten mit Respekt und Dankbarkeit an „ihre“ Spanienkämpfer. An der Stele der in Spanien gefallen Interbrigadisten wurde eine Gedenktafel mit 24 Namen jener eingeweiht, die an der Seite der gewählten spanischen Regierung den Faschisten die Stirn boten. Stellvertretend seien genannt: Horst Menzel, Hans Ziegler, Alfred Gottwald, Käte Lichtenstein, Walter Janka und die drei, die sich am Neujahrstag 1937 mit dem Rad auf den Weg nach Spanien machten: Fritz Baumgärtel, Kurt Höfer und Otto Kreuzmann.

Die Ehrung – die erste dieser Art in ganz Ostdeutschland seit 1989/90 – wurde unter Federführung des städtischen Kulturbetriebes in engem Zusammenwirken mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) Chemnitz und dem Bürgerverein „Für Chemnitz“ organisiert. Die Tafel wurde von Volker Beier entworfen, der Ende der 70er Jahre auch die Stele fertigte.

Raimon Brete, Chemnitz

Wir ehren auch, indem wir pflegen

Am 22. Juni haben sich geschichtsbehaftete und Menschen in Rußland und Deutschland zum 85. Mal des Überfalls des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion erinnert und auf die verheerendste Katastrophe der Menschheitsgeschichte mahnend aufmerksam gemacht.

Mit dem Fahneneid auf den „Führer“ vollzogen deutsche Wehrmachtssoldaten im 2. Weltkrieg Vertreibung und Vernichtung in den von ihnen besetzten Gebieten, um Siedlungsgebiete und ökonomische Ressourcen für Deutschland zu annektieren. Rassistisch und antikommunistisch begründet, bahnte sich ein an Brutalität nicht zu überbietender „Feldzug“ seinen Weg, die Heimat der Sowjetmenschen dem Erdboden gleichzumachen.

Soldaten und Offiziere der Roten Armee traten dagegen im Namen des erhobenen Riesenlandes in den „Heiligen Krieg“ ein und begriffen ihn als heilige Schlacht. Sie befreiten im Großen Vaterländischen Krieg zahlreiche weitere Völker von der Sklaverei. Heute wird unablässig daran gearbeitet, Geschichte umzuschreiben und auf den Kopf zu stellen. „Rußland ist unser Feind für immer“, verkündete schon 2025 der damalige CDU-Politiker und jetzige Außenminister Johann Wadepuhl.

Vergessen sein soll, daß die jüdische Bevölkerung in den annektierten Gebieten sowie in der überfallenen Sowjetunion systematisch sofort getötet oder bis zur Vernichtung auch nach Deutschland verschleppt wurde, daß Erwachsene und Kinder sowie Kriegsgefangene aus der UdSSR besonders menschenunwürdig behandelt und schutzlos als Arbeitssklaven in der Rüstungsindustrie und von anderen Unternehmern mißbraucht wurden.

Nein! Wir vergessen nicht!

Am Puschkinplatz in Rostock wurden sechs Offiziere und 312 Soldaten der Roten Armee in Gemeinschafts- und Einzelgräbern bestattet. Ein Ehrenmal erinnert an fast vierhundert Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die hier ihre letzte Ruhe fanden. Jedes Jahr am 8. und 9. Mai verwandeln viele Menschen, deutsche und russische, alte und junge, aus Rostock und Umgebung diesen Ehrenfriedhof in ein Blumenmeer. Bernd Gnant aus Kühlungsborn, der sich schon jahrelang an Subbotniks beteiligt, folgte in diesem Jahr einem Aufruf des Friedensbündnis Norddeutschland für den 2. Mai, den Ehrenfriedhof in einen für den 8. und 9. Mai würdigen Zustand zu versetzen, Grabsteine und Gedenkplatten zu reinigen und altes Laub und Unkraut zu entfernen. Allen Beteiligten war es ein einendes Bedürfnis, damit

Gefallene, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zu ehren.

Gleichartige Initiativen gibt es auch in anderen Städten des Landes. So fanden sich in Chemnitz, in der Stadt, die den Ehrennamen „Karl-Marx-Stadt“ trug, Mitglieder einer Interessengruppe zusammen, um die Erinnerungsorte der Befreiung vom Faschismus zu pflegen und dazu beitragen, sie in einem würdigen Zustand zu erhalten, um sie dadurch vor „Umwidmung“ oder gar Beseitigung zu schützen. Neben dem einzigen Gedenkstein für Dr. Richard Sorge in Sachsen kümmern sie sich auch um Kriegsgräberstätten in und um Chemnitz, in denen sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, aber auch Chemnitzer Bürger, die bei Bombenangriffen auf die Stadt ums Leben kamen ihre letzte Ruhe fanden. Den Kriegsgefangenen und nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern war es nicht vergönnt, das Ende des Faschismus, den Sieg der Roten Armee über diese Barbarei zu erleben. Verschleppt auf fremde Erde waren sie dazu verdammt, in deutschen Rüstungsbetrieben unter unmenschlichen Bedingungen für die Verlängerung des Krieges zu schuften.

Bernd Gnant, ISOR e. V. TIG Kühlungsborn
Peter Blechschmidt, ISOR e. V. TIG Chemnitz

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Ein Buch über Sowjetrußland

„Ein Sechstel der Erde“ nennt der Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, sein aufsehenerregendes Buch über Sowjetrußland, für dessen mustergültige Übersetzung man dem Verlag „Volk und Welt“ nicht dankbar genug sein kann.

Mr. Johnson hat in seinem Buch die Eindrücke niedergelegt, die er auf langen Reisen in Rußland gewann, und diese Eindrücke haben eine um so größere Bedeutung, da nicht nur ein hoher geistlicher Würdenträger sie festhielt, sondern ein aufgeschlossener Mann, der als Ingenieur und Leiter eines Fabrikbetriebes begann, um dann zum Beruf eines Missionars und Geistlichen überzuwechseln.

Mr. Johnson, der heute das Amt des Dekans von Canterbury bekleidet, schrieb sein Buch als Christ und leidenschaftlicher Bekenner der Wahrheit und um seinen Landsleuten, den Engländern, die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung im Vergleich zu der kapitalistischen vor Augen zu führen und bei ihnen ein besseres Verständnis für Sowjetrußland zu wecken. Er begnügte sich keineswegs mit der Zeugenschaft flüchtiger Journalisten, sondern in allen Fällen, da er nicht persönliche Erfahrungen sammeln konnte, führte er die Aussagen prominenter Persönlichkeiten von gründlicher Kennerchaft an. Ohne jeden Zweifel bedeutet „Ein Sechstel der Erde“ eines der zuverlässigsten Zeugnisse über Sowjetrußland. Vom Anfang bis zum Ende fasziniert das Buch.

Der Dekan von Canterbury bewundert den gigantischen Plan, den die Sowjetunion zum Neubau des ungeheuren Reiches aufgestellt hat, und beglückwünscht die Union

zu ihrem Entschluß, die Wissenschaften in erster Linie zu ihrer schwindelerregenden Aufgabe heranzuziehen, mehr, als es in Europa und Amerika geschieht, wo die Wissenschaften zu Handlangerdiensten degradiert wurden.

Die Sowjetunion wußte recht wohl, was sie tat. Den Wissenschaften hat sie einen großen Teil ihrer unglaublichen Erfolge zu verdanken! Frei von Fesseln, ungeduldig und ungestüm in ihrem Eifer, stürmten alle Wissenschaften zu gleicher Zeit den gezeigten Zielen entgegen. Wunder auf Wunder entrollt sich vor unseren Augen.

„Mit staatsmännischem Weitblick“, schreibt Johnson, „haben die Lenker der Sowjetunion den Bedarf der gesamten Gemeinschaft abgeschätzt und sich der Wissenschaft als Werkzeug bedient, um die Hilfsquellen des ganzen Landes auszunutzen und mit erstaunlicher Schnelligkeit auch die landwirtschaftliche Karte zu verändern.“

Der Anbau von Roggen wird weiter nach Osten verlagert, der des Weizens nach Norden, in den südlichen Steppen wird Baum-

auf der Halbinsel Kola angelegt, und ihr Ernteertrag übersteigt oft den der südlichen Gebiete.“

30 000 verschiedene Weizenarten hat die Sowjetunion gesammelt und in einem vornehmen Saal eines alten Palastes in Leningrad aufbewahrt, der „der Weizen-Safe der Welt“ genannt wird.

Einer der jüngeren Agronomen, N. V. Zyzin, dessen Name mit vielen anderen berühmt wurde, hatte sich die Aufgabe gestellt,

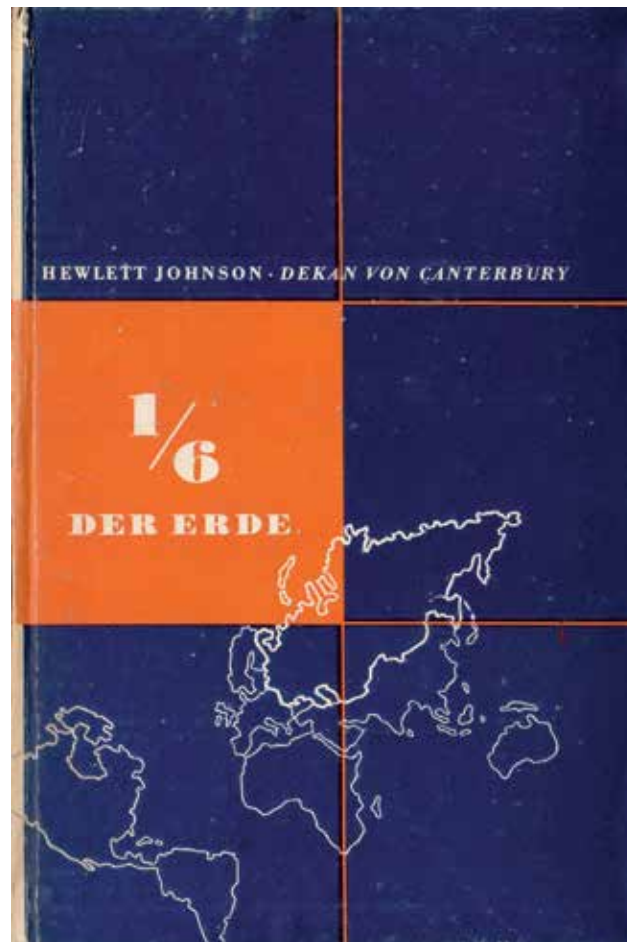
gewöhnlichen Weizen mit einer widerstandsfähigen wildwachsenden Weizenart zu kreuzen, um dadurch eine gegen Kälte und Dürre immune Sorte zu schaffen. Schließlich gelang ihm die Züchtung einer Weizenart, die nicht nur diese beiden Eigenschaften aufweist, sondern dazu noch unempfindlich gegen die verheerenden Weizenkrankheiten ist. Doch das war nicht alles.

„Im Jahre 1937“, schreibt Johnson, „züchtete Nikolaus Zyzin eine noch größere Sensation – eine widerstandsfähige perennierende Weizensorte, die nicht jedes Jahr ausgesät zu werden braucht, sondern immer wieder aus der Wurzel wächst wie das Gras.“

Man sieht, mit welcher Systematik, welcher Zähigkeit und welchem Erfolg die russische Wissenschaft arbeitet. Ein anderer berühmter Pflanzenspezialist war Mitschurin, der frostbeständige Johannisbeeren, Berberitzen, Mandarinen, Pfirsiche und Kirschbäume für nördliche Gegenden züchtete, wo das Thermometer auf 40 Grad unter Null fällt. Am Strande des Eismeres duften Mitschurins Rosen. Es klingt fast wie ein phantastischer Roman.

Auch die Baumwolle erobert sich immer größere Anbauflächen in der Sowjetunion – sie hat ihre traditionelle

Heimat in Zentralasien, die Republiken Usbekistan und Tadshikistan, schon lange hinter sich gelassen. Johnson schreibt: „Es gehört nicht zu der geringsten der vielen Errungenschaften sowjetischer Agronomen, daß es ihnen gelang, eine Baumwolle zu züchten, die auch in dürren Gebieten gedeiht. So tragen jetzt große Strecken fruchtbaren, jedoch trockenen Bodens Baumwolle, riesige Strecken, die sich vom Westen nach Osten quer durch das europäische Rußland hinziehen: von der rumänischen Grenze über die Steppen der Ukraine, am Ostufer des Asowschen Meeres entlang, der Nordküste



wolle angebaut, Zuckerrüben gedeihen in Gegenden, wo sie bisher unbekannt waren. Das Saatgut wird sorgfältig ausgewählt und den Bedürfnissen bestimmter Gegenden angepaßt. „Die Eroberung des Nordens“, schreibt Johnson, „durch die Landwirtschaft ist an und für sich ein Heldenepos und einer der größten Triumphe sowjetischer Agronomie und Pflanzenkunde. Wie wir bereits hörten, wird Weizen im hohen Norden auf einem Breitengrad, der dem Pol nähergelegen ist als Island, im Laufe des kurzen Sommers zur Reife gebracht. Riesige Obst- und Gemüseplantagen wurden

des Schwarzen Meeres folgend und über die Steppen des nördlichen Kaukasus bis zum Wolga-Delta und bis zum Kaspischen Meer.“ Auch dem Reis haben die sowjetischen Forscher neue Gebiete erschlossen. Sie fanden, daß Reis frostbeständig ist und auch noch in der Moskauer Gegend ausreift. Ungeheure Flächen des linken Wolgaufers sollen in Zukunft dem Anbau von Reis dienen. Heute schon wird auf modernen Reisplantagen der Reis aus Flugmaschinen auf die unter Wasser stehenden Felder ausgesät. „Wir werden unseren eigenen Kautschuk produzieren!“ sagte Stalin, da Rußland keine Gummiplantagen sein eigen nennt, und russische Botaniker machten sich an die Arbeit. Nach jahrelangem Suchen und Experimentieren fanden sie eine Reihe von Pflanzen, die über 38 Prozent Gummi enthalten. Zuweilen muß man das Buch zur Seite legen, so erregend sind die leidenschaftlich vorgetragenen Berichte.

Mit unermüdlichem Fleiß gehen die russischen Wissenschaftler ans Werk, und keine Schwierigkeit kann sie abschrecken. Eine weise Regierung feuert sie an. Man möchte hoffen, daß die Wissenschaftler anderer Völker von dem heroischen Eifer der russischen Pioniere mitgerissen werden und für das ermattete Europa ähnliche Erfolge erzielen! Alle wissenschaftlichen Disziplinen Sowjetrußlands arbeiten mit der gleichen Besessenheit am Neubau ihres sozialistischen Landes, und eines Tages wird die Welt voller Erstaunen gewahr werden, daß in den letzten Jahrzehnten ein völlig neuer Kontinent im Osten aufgebaut wurde, ohne daß die Zeitungen Europas viel davon sprachen. Kohle, Eisen, Erdöl, Energiewirtschaft, das sind die wesentlichen Stationen, über die die Sowjetunion ihrer Vollendung zustrebt. Seit der Revolution haben Geologen, Ingenieure und Chemiker sich auch nicht einen Tag Rast gegönnt. Und ein Erfolg jagte den andern, eine Großtat löste die andere ab! „Die gesamte jährliche Kohlenförderung des zaristischen Rußlands belief sich auf 29,1 Millionen Tonnen, die Sowjetunion hat die Produktion auf 137 Millionen Tonnen jährlich erhöht.“ Das gewaltige Donezbecken mit seinem Kohlenreichtum wurde übertroffen vom Becken bei Kusnezsk am Fuße des Altaigebirges; bedeutender noch sind die Funde an den Ufern des Jenissei. Noch weiter östlich, am Amur, haben die Geologen ebenfalls mächtige Funde gemacht.

Während vordem das Donezbecken und das Dneprgebiet die größten Mengen des russischen Eisens und Stahls lieferten, hat man heute an vielen Stellen weiter östlich Hüttenwerke und Hochöfen errichtet. In Magnitogorsk, wo noch 1929 ein ärmliches Kosakendorf stand, im äußersten Süden des Ural erhebt sich heute das größte Stahlzentrum der Welt. Mächtige Hüttenwerke befinden sich im Ural, in Sibirien, bei Kusnezsk und vielen anderen Orten. Völlig neue, mächtige Städte wuchsen aus Einöden und

Wüsten empor. Auch im Norden, auf der Halbinsel Kola, wird Eisenerz gewonnen. Längst hat die Ölstadt Baku im südlichen Kaukasus ihre Vormachtstellung eingebüßt. Grosnyj im nördlichen Kaukasus, Emba am Nordrand des Kaspischen Meeres traten mit ihr in Wettbewerb, aber selbst im hohen Norden, im Petschorabecken und bei Sterlitamak, im Ural in der Breite von Moskau gelegen, ragen heute die Bohrtürme in die Luft. Die Erdölvorräte Rußlands sind schlechthin unbegrenzt!

Seit Lenin das grandiose Projekt der Elektrifizierung durchsetzte, ist die Sowjetunion ohne Pause mit dem Bau von Kraftstationen, Staubecken und Talsperren beschäftigt. Überall in Rußland, in Sibirien und Zentralasien sind heute mächtige Elektrizitätswerke im Gange.

Was aber weiß Europa davon? Wenig, zu wenig, fast nichts.

In Dneprostroj allein wird nahezu doppelt so viel Strom erzeugt wie durch die Niagarafälle. Auch über das Erziehungswesen, über die neue Welt der Frau, über das Erwachen der Kultur in Zentralasien und im Fernen Osten, über sozialistische und andere Probleme weiß Johnson viel Neues und Fesselndes zu berichten.

Allen Freunden Sowjetrußlands sei Johnsons „Ein Sechstel der Erde“ ans Herz gelegt, mehr aber noch allen jenen, die nicht gern nach dem Osten blicken und noch nicht einsehen, daß, wie Johnson sagt, „der Sowjetsozialismus Auftakt und Beginn einer neuen Ära im Weltgeschehen“ bedeutet.

Bernhard Kellermann

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 7-1948 (2. Jahrgang)

Am 3. August begeht

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

aus Wien seinen 85. Geburtstag.

Seit vielen Jahren läßt er den „RotFuchs“ an seinem reichhaltigen Schaffen als marxistisch-leninistischer Historiker teilhaben und prägt das Profil unserer Zeitschrift. Seine Beiträge zur Geschichte der österreichischen und der deutschen Arbeiterbewegung, zu bedeutenden marxistischen Wissenschaftlern sowie zur Theologie der Befreiung und zur katholischen Kirche insgesamt finden weit über den Kreis unserer Leser hinaus Beachtung.

Gerhard Oberkofler ist Autor einer kaum überschaubaren Zahl von Monographien, war Mitglied des internationalen Beirats der von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo herausgegebenen Zeitschrift „Topos“, verfaßte ungezählte wissenschaftliche Artikel und schreibt politische Kommentare in Zeitungen Österreichs und der Bundesrepublik.

Wir gratulieren Dir, lieber Gerhard, von ganzem Herzen und wünscht Dir weiterhin Gesundheit und Schaffenskraft.

Wir verbinden unseren Dank für die tatkräftige Unterstützung mit der Hoffnung, daß wir noch viele Texte aus Deiner Feder veröffentlichen können.

Redaktion und Vorstand

Am 27. August wird

Prof. Dr. Götz Dieckmann

85 Jahre alt.

Seine glänzenden Fähigkeiten als marxistisch-leninistischer Historiker stellte er bereits als Student und mit seiner Dissertation bei Walter Bartel über das Konzentrationslager Mittelbau-Dora unter Beweis.

Götz wurde mit etwas mehr als 30 Jahren stellvertretender Direktor der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, lehrte seit 1978 dort als ordentlicher Professor und wurde im Oktober 1989 von der Vollversammlung der Mitarbeiter und Hörer zu deren letztem Rektor gewählt. Von der Konterrevolution ließ er sich in seiner klaren weltanschaulichen und politischen Position nicht erschüttern.

Götz hat langjährig als stellvertretender Vorsitzender des RF-Fördervereins gewirkt und mit programmatischen und Grundsatzdokumenten entscheidenden Anteil an der Profilierung unserer inhaltlichen Arbeit und Kursbestimmung. Mit Beiträgen im RF und zahlreichen Veranstaltungen in unseren Regionalgruppen hat er unermüdlich dafür gewirkt, den Kampf für die kommunistisch-sozialistische Sache – durch neue Erfahrungen bereichert – unbeirrt fortzusetzen.

Lieber Götz! Wir gratulieren Dir herzlich zu Deinem Jubiläum und wünschen Dir gute Gesundheit.

Redaktion und Vorstand

„RotFuchs“-Veranstaltungen

Juli

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Donnerstag, dem 16. Juli, um 16 Uhr, Diskussion zum Thema: „**Wie weit rechts steht das Erzgebirge?**“ und die Vorstellungen zur Abwehr dieser Entwicklung unter Teilnahme von Vertretern des Erzgebirgskreises Die Linke

Ort: Bibliothek, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Bernau und WeltTrends e. V.

Am Sonnabend, dem 18. Juli, um 15 Uhr, Vortrag und Diskussion mit Kerstin Kaiser (Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016-2022) zum Thema: **Ukrainekrieg – Wie lange noch?**

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 B, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 23. Juli, um 17 Uhr, spricht Dieter Neitzel zur „**Die Rolle der USA in den Ländern Südamerikas**“ und über seine Reise nach Kolumbien.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonnabend, dem 25. Juli um 14 Uhr, spricht Dr. Axel Täumler (Naturwissenschaftler) zum Thema: **Embargo! Imperialistische Embargopolitik – gestern und heute**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera/Altenburg

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 28. Juli, um 18 Uhr, sprechen Gerda Daenecke (Karen e.V.) und Prof. Raina Zimmering (Welttrends e.V.) zum Thema: **Kuba im Fadenkreuz**

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 25. August, um 18 Uhr, Filmabend: Konrad Wolf und 80 Jahre DEFA – Film „Sterne“

Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 28. August, um 15 Uhr, Sowjetischer Antikriegsfilm „**Komm und sieh**“

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

August

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Freitag, dem 14. August, um 16 Uhr, Gedankenaustausch zu notwendigen Inhalten im Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 20. September

Ort: Birkenweg 2a in 19230 Moraas (Es wird um Anmeldungen bis zum 18. Juli 2024 gebeten: Arno Reinhold, Tel.: 03 85 3 94 60 / 01 76 46 15 52 91, Mail: arnoreinhold50@hotmail.de reinholdschwerin80@gmail.com

September

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 5. September, um 11 Uhr, spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem „Freundeskreis Ernst Thälmann e.V. Ziegenhals/Berlin“ Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) Rostock zum Thema: **Schauplätze der multipolaren Auseinandersetzungen im 21. Jahrhundert**

Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 5711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren im Juli und im August!

Juli

Zum 97. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg) am 18. Juli

Zum 95. Geburtstag

Günter Lidke (Bitterfeld/Wolfen) am 29. Juli

Zum 94. Geburtstag

Franz Kramer (Berlin) am 8. Juli

Zum 93. Geburtstag

Dr. Hans-Joachim Lorenz (Berlin) am 3. Juli
Eberhard Fischer (Werneuchen) am 9. Juli
Volker Fongern (Berlin) am 13. Juli
Josef Weihrauch (Teterow) am 25. Juli

Zum 92. Geburtstag

Werner Teichmann (Ludwigsfelde) am 5. Juli
Arno Reinhold (Schwerin) am 6. Juli
Hans Krämer (Cölpin) am 8. Juli

Zum 91. Geburtstag

Karl-Heinz Helms (Berlin) am 3. Juli
Alfred Mauch (Wismar) am 27. Juli

Zum 90. Geburtstag

Siegfried Lachmann (Potsdam) am 1. Juli
Erich Niejaki (Arzberg) am 29. Juli

Zum 85. Geburtstag

Dr. Albrecht Tolke (Freiberg) am 16. Juli

Zum 80. Geburtstag

Torsten Preußing (Berlin) am 22. Juli

Zum 75. Geburtstag

Gerd-Rolf Rosenberger (Bremen) am 2. Juli
Friedrich Busch (Eggesin) am 3. Juli
Marlies Fanselow (Rostock) am 10. Juli
Christina Thorwirth (Kremmen) am 25. Juli

Zum 65. Geburtstag

Holm Singer (Neumark) am 23. Juli

August

Zum 98. Geburtstag

Harry Machals (Rostock) am 26. August

Zum 95. Geburtstag

Manfred Gimboff (Eichwalde) am 17. August

Zum 94. Geburtstag

Georg Haus (Neubrandenburg) am 20. August

Zum 91. Geburtstag

Gerda Krahnert (Jena) am 28. August

Zum 90. Geburtstag

Hans Simon (Neustrelitz) am 8. August
Hannelore Baumgarten (Berlin) am 16. August

Zum 85. Geburtstag

Ingrid Gröbel (Falkenstein) am 1. August
Hinrich Burmeister (Wismar) am 4. August
Christine Naundorf (Chemnitz) am 4. August
Ingolf Hähnel (Berlin) am 5. August
Klaus Scherler (Berlin) am 7. August
Jürgen Brühmann (Berlin) am 11. August
Jürgen Specht (Gera) am 22. August
Bernd Stübner (Wittenberge) am 24. August

Zum 80. Geburtstag

Gerd Baumbach (Berlin) am 27. August
Gerhard Berndt (Berlin) am 28. August

Zum 75. Geburtstag

Heike Cienkowski (Greiz) am 11. August
Dirk-Werner Benicke (Berlin) am 14. August
Sonja Grünbeck (Berlin) am 31. August

Zum 70. Geburtstag

Ilona Gerlitzke (Berlin) am 17. August

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern in diesen Monaten.



„Bundesverteidigungsminister“ Boris Pistorius

Als ausgewiesener Transatlantiker sollte Boris Pistorius endlich dem US-Präsidenten nacheifern und sein Amt und den Bendler-Block in Kriegsminister und Kriegsministerium umbenennen. Seit Amtsantritt hat Pistorius alles dafür getan, die Bundesrepublik auf einen Krieg vorzubereiten, das Aggressionspotential der Bundeswehr auf Teufel komm raus auszubauen und im vorausweisenden NATO-Gehorsam Truppen im Baltikum zu stationieren. Er strebt, ganz aktiv im Bunde mit der EU, der NATO und dem Bundeskanzler, den Aufbau einer europäischen Armee gegen Rußland an. Alle Maßnahmen gehen, bei Lichte betrachtet, weit über die Aufgaben eines Verteidigungsministers und seines Ministeriums hinaus.

Weit und breit sind in der gegenwärtigen deutschen Politik und bei deren Apologeten keinerlei Maßnahmen sowie Aktivitäten für ernsthafte diplomatische Lösungen zur Konfliktbewältigung zu sehen. Ganz im Gegenteil, Milliarden und Abermilliarden an Steuergeldern werden zur Stabilisierung eines offensichtlich korrupten Systems gesteckt, daß zu allem Überfluß auch noch eine öffentliche Verehrung von Nazikollaborateuren zelebriert. Bei diesen Tatsachen verliert die von der Bundesregierung und mehrheitlich von Bundestagfraktionen „beschworene“ Brandmauer ihre Unschuld. Der „Sozialdemokrat“ Boris Pistorius steht – im Gegensatz zur Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt – im unseligen traditionellen militaristischen Handeln seiner Parteigenossen Gustav Noske und Wolfgang Struck.

Raimon Brete, Chemnitz

Hiobsbotschaften liegen im Trend

Liest man fast täglich die Hiobsbotschaften aus der deutschen Wirtschaft, frage ich mich, wie lange will man diese gefährliche Entwicklung noch vorantreiben? Es ist ja nicht nur Deutschland, es sind alle westlichen Industrienationen, die wirtschaftlich am Boden liegen und

damit eine soziale Zerreißprobe riskieren.

Mittlerweile hat der Westen eine ganze Reihe „hervorragender“ Politiker verschlissen. Dazu gehören solche Leute wie Johnson und Starmer in England oder Merkel und Scholz, sowie jetzt aller Voraussicht auch Merz in Deutschland. Alle diese Leute hatten weder für ihre Völker noch für die Welt etwas zum Guten gewendet. Das Gegenteil kann man erkennen, jede angekündigte Reform ist nur ein weiterer, noch tieferer Griff in die Taschen ärmerer Schichten des Volkes. Dazu zählen übrigens auch die immer wieder verkündeten Rentenerhöhungen. Diese sind schon längst durch die vorweg gegangene Preissteigerung und Zuzahlungserhöhungen mehr als aufgezehrt. Wenn unsere teuren Abgeordneten diesmal auf eine Diätenerhöhung verzichten wollen, so ist das bei 12 000 Euro im Monat sicher zu verschmerzen.

Die überaus tollen Leistungen der Bundesregierung in der Innen- und Außenpolitik finden ihren Ausdruck im jetzt erwarteten Anstieg des BIP um 0,5 Prozent für 2026. Dabei ist davon auszugehen, daß dieser Anstieg, wenn überhaupt, nur durch den exorbitanten Ausbau der Rüstungsindustrie erreicht werden wird. Jedem logisch denkenden Menschen ist klar, Rüstungsausgaben sind „linke Tasche – rechte Tasche“, denn es sind unser aller Steuermittel, die sinnlos verschleudert werden. Die Schizophrenie des ganzen wird auch damit deutlich, daß wir einen großen Teil unserer Steuermittel an die Ukraine verschenken und die dafür die bei uns produzierten Waffen kaufen.

Das eigentlich sehr Bedenkliche ist, daß Deutschland wieder an der Spitze im Kampf gegen Rußland steht. Absolut gefährlich ist das vom SPD-Verteidigungsminister verkündete Ziel, dieses Land bis 2029 kriegstüchtig zu machen. Glauben er und seine Auftraggeber wirklich, Rußland würde tatenlos zusehen, wie wir uns bedingungslos hochrüsten? Unsere gegenwärtige Entwicklung, man muß schon sagen, Rückentwicklung, zeigt, wer die größeren Ressourcen und die potenteren Partner hat. Eines hat Rußland mit Sicherheit aus seiner leidvollen Vergangenheit auch gelernt. Die Länge des jetzigen Krieges wurde bestimmt genutzt, entscheidende Industrien weit von den Westgrenzen anzusiedeln. Was der Sowjetunion 1941/42 unter weit schwierigeren Bedingungen gelang, sollte heute bereits vollzogen sein. In dieser sehr gefährlichen Situation benötigen wir eins: Frieden mit Rußland!

Ralf Kaestner, Bützow

Blick hinter die Kulissen

Eine Partei ist allgemein ein Zusammenschluß von Menschen gleicher oder ähnlicher politischer, sozialer, wirtschaftlicher oder weltanschaulicher Willensrichtung, um sich

im staatlichen Leben Einfluss zu verschaffen. Die modernen Parteien entstanden im 18./19.Jh. (nach Bertelsmann Universallexikon). Ihre finanzielle Grundlage steht heute auf drei Beinen: Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Finanzierung (Sponsoring und anderes spielt auch eine Rolle). Für jede bei Wahlen abgegebene Stimme erhalten sie staatliches Geld: Bis 4 Mio. Stimmen 1,21 Euro/Stimme, für jede weitere Stimme 0,99 Euro. 2018 stand die Obergrenze für staatliche Finanzierung bei 165 Mio. Euro, 2025 lag sie schon bei 225 Mio. Euro, und das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein. Inkludiert ist der sogenannte Zuwendungsanteil, d.h., für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spenden von natürlichen Personen (bis zu 3300 Euro/Person) erhält die Partei 45 Cent aus der Staatskasse – alles Steuergelder! Die acht bekanntesten Parteien (CDU, SPD, Grüne, CSU, Linke, AfD, FDP, BSW – (Reihung nach ihrer Mitgliederzahl) haben Stand 31.12.25 bzw. Jahreswende 25/26 insgesamt 1 299 139, also rund 1,3 Mio. Mitglieder, das sind gerade 1,55 % der aktuellen Gesamtbevölkerung (83,5 Mio). Für das erhaltene Geld sollten die Parteien nun etwas tun. Eine Kernaufgabe der Parteien ist die politische Willensbildung lt. ihres Parteiprogramms, d.h. konkret, sie wollen/sollen uns jeweils ihren politischen Willen aufdrücken. Für Wahlen stellen sie Kandidaten auf, um Sitze in den Parlamenten zu bekommen. Stichwort: Regierungsbildung: Entweder sie bilden bei absoluter Mehrheit die Regierung allein oder Koalitionen, um ihre politischen Programme durchzusetzen. Und wie sieht das nun in der Praxis aus? Die Parteiprogramme werden auf Parteitagen von den Delegierten (selbst nur ein Bruchteil der Mitgliedschaft) letztlich abgenickt und dienen meist einem bestimmten Klientel, das mit der Masse der Bevölkerung nichts zu tun hat. Kommt es nach einer Wahl bei der Regierungsbildung zu einer Koalition (wie jetzt schwarz-rot), erleben wir meist nur Streit und faule Kompromisse. Von einem einheitlichen Handeln sind alle weit entfernt. In Art. 38 GG ist ausgewiesen, daß die Abgeordneten „... Vertreter des ganzen Volkes (sind), an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (sind)“. Mit dem Fraktionszwang wird die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten außer Kraft gesetzt. Von diesen o.g. 1,55 % der Bevölkerung sind es also nur eine ganz kleine Anzahl von Köpfen, die für die restlichen 82,2 Mio. die Entscheidungen treffen, die meist nur von einer geringen Akzeptanz (z.B. der Rüstungswahnsinn) für die Bevölkerung sind. Ohne Widerstand wird sich daran nichts ändern! Ergänzt werden muß der Lobbyismus im Bundestag, dem die Abgeordneten unterliegen. Auf einen kommen im Schnitt 45 bis 50 Lobbyisten, die ihre Ziele durchsetzen wollen, während die Interessen der breiten Masse auf der Strecke bleiben. Und von der Fachkompetenz der Regierenden wollen wir erst gar nicht reden.

Zusammengefaßt muß gesagt werden, daß die Parteien ihrem eigentlichen Zweck, Politik für die Bevölkerung zu machen, überhaupt nicht nachkommen. Wie sagte doch Seehofer? „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ Wie wahr!

Wolfgang Mengel, Stralsund

Tag der Pressefreiheit

Der Tag der Pressefreiheit fällt zeitlich mit einigen Feier- und Gedenktagen zusammen, die es den Regierenden immer schwerer machen, ihre Freiheits- und Demokratiehymnen glaubhaft als Massenverblödung zur Wirkung zu bringen. In der Presse- und Medienbranche ist mitunter einiges Unwohlsein zu verspüren, wo das Wort Freiheit zu reinem Hohn und Spott wird. Tatsächlich, totlachen oder todernst, haßtriefend, diffamierend, demagogisch, übelriechend verlogen, hetzerisch und gefallsüchtig sind mehr und mehr Adjektive, die sich mit sogenannter Presse- und Medienfreiheit verbinden. Es sind Eigenschaften, die gebraucht werden, wenn Regierende ihre Politik nicht mehr überzeugend an die Masse bringen können, wenn sie ihren Klassencharakter, die wahren Interessen und Ziele gegen die Mehrheit der Bevölkerung verbergen muß. Wir erleben, wie sich Politik und Staat schwertun, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus klar zu definieren. Jede Dummlichkeit und Geschichtsvergessenheit wird benutzt, die Befreiungstat der Sowjetunion herabzuwürdigen, zu leugnen und zu diffamieren. Mit Verboten wird kriminalisiert, Geschichte verzerrt, in falsche Zusammenhänge gestellt. Krieg und Völkerrecht, sowie Völkermord werden ganz nach Interessen der Herrschenden erklärt, Hintergründe, Tatsachen und Ursachen verschwiegen. Journalisten, die sich den Vorgaben der Herrschenden nicht beugen, erfahren Sanktionen und Ausgrenzungen. Was wäre Freiheit und Demokratie der Regierenden ohne Antikommunismus, der nach Jahrzehnten der Niederlage und dem Untergang der DDR eine der beliebtesten Waffen der Demagogen ist? Dazu gehört eine Ines Geipel, die sich dafür hergibt, das Gedenken an die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald auf übelste Art und Weise in den Dreck zu ziehen, antikommunistische Lügen zu verbreiten. Woher nimmt eine 1960 in der DDR geborene Frau diesen Haß und Gefallsucht, den Antifaschismus der DDR derart zu diffamieren? Was hatte eine in der DDR eher privilegierte Aufgewachsene in diesem Teil Deutschland erleiden müssen? Mit der Wahrheit hat sie es bekanntermaßen nicht sehr. Antikommunistische Fälschung von Tatsachen ist ihre stärkste Eigenschaft. Die Geipels finden leicht Freunde und Förderer in diesem Staat. Den Antikommunisten der Geipels und Co. fällt es freilich nicht auf

und ein, wenn sie von der SED-Diktatur erzählen, darüber nachzudenken, was an der Diktatur des Geldes menschlicher, freier, demokratischer und gerechter sein könnte. Darüber sprechen sie nicht, dafür würde sie in diesem Lande niemand bezahlen, ihnen Anerkennung und ein schönes Leben garantieren.

Eine Evelyn Zupke, wurde vermeldet, wird auch künftig als Beauftragte für Opfer der „SED-Diktatur“ gebraucht. Was qualifiziert dazu eine 1962 in der DDR geborene Frau? Was hat sie in diesem Land erleiden müssen, welche Urteilsfähigkeit und Wissen besitzt die Dame zu dem Thema? Als ehemalige Bürgerrechtlerin in der DDR hat sie offenbar heute kein Problem, mit den damaligen Zielen und dem, was heute davon geblieben ist. Wie so viele haben sie die Masken fallen lassen, ihren persönlichen Vorteil den ehernen Absichten, mit verlogenen großen Worten vorgezogen. Tagtäglich läßt sich eine Presse- und Medienfreiheit wahrnehmen, die nur noch mit allen Mitteln darauf angelegt ist, die bestehenden Verhältnisse zu rechtfertigen, den Untergang des krisenhaften, kriegerischen Systems aufzuhalten, hinauszuzögern. Reste der Scheindemokratie werden über Bord geworfen, in andere Hände gegeben, die zur Diktatur des Kapitals greifen.

Roland Winkler, Aue

Alles zum Wohle der Bevölkerung, oder was?

Das Koalitionsgebaren hat Deutschland wieder eine Regierung beschert, die ihre Verantwortung auf die Sicherung der Profite der mit ihr verbundenen Lobbyindustrie und natürlich auf ihr eigenes Wohlergehen richtet. Man vergleicht sich mit Verdienstmöglichkeiten der freien Wirtschaft und kann teilweise weder einen Berufsabschluss noch ein Studium nachweisen.

Es werden, gerade in Krisensituationen, hastig Entscheidungen getroffen, die zwar Industriezweigen Gewinne sichern, aber den Bürger als Steuerzahler immer mehr belasten.

Unsinn ist die Regel, Treibstoffkosten nach 12 Uhr erhöhen zu dürfen! Die Ölkonzerne halten sich nicht daran und es wird ja auch nicht kontrolliert. Warum auch? Je höher, desto besser. Die mehrfachen Steuerbelastungen bringen doch Einnahmen, mit denen man versucht, die ganze Welt zu retten. Unsinn ist der Tankrabatt, der umgehend von den Ölkonzernen einbehalten wird. Unsinn ist, der Kartellbehörde mehr Rechte einzuräumen, wenn doch nichts passiert! Diese Regierung, deren Akzeptanz mehr und mehr abnimmt, unterstützt die Ukraine mit Waffenlieferungen, mit Milliarden und Abermilliarden, was zu weiteren Verschlechterungen im Sozialsystem, der Infrastruktur, des Gesundheitssystems, des Bildungssystems u.a.m. führt.

Axel Klatt, Bernau

Fahrt des Gedenkens und Erinnerns

Jahr für Jahr treffen wir uns am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, um gemeinsam mit Freunden die Gedenkstätten der im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Rotarmisten im Oderbruch aufzusuchen. Der erste Halt ist in Booßen. Wir legen Blumengebinde am Ehrenmal und Blumen auf den Grabplatten nieder, viele von ihnen ohne Namen.

Unsere Fahrt des Gedenkens geht weiter nach Lebus und Reitwein. Der Endpunkt ist das beeindruckende Ehrenmal auf den Seelower Höhen. Wir Älteren – ich bin Jahrgang 1936 – haben noch die brennenden Städte und den Geschützdonner im Gedächtnis, der im angebrochenen Jahr 1945 das Land erschütterte und alles Leben bedrohte. Was Faschismus bedeutete, worin seine Ursachen lagen, das lernte ich erst später in der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen zu begreifen. Aus diesem Verständnis heraus wurde der 8. Mai für mich ein wichtiger Wendepunkt in der deutschen Geschichte, der Wendepunkt weg von Gewalt und Kriegen, hin zu Freundschaft und Völkerverständigung.

Es ist dringender denn je, daß sich die Menschheit auf Frieden und Gewaltlosigkeit einigt, nur gemeinsam sind wir stark und können dem Zeitgeist, der erneut auf Kriegstüchtigkeit und Machtgewinn baut, wirksam entgegenzutreten. Unentbehrlich ist auch unser Widerspruch gegen die aufgekommene Russenphobie. Unwiderrprochen wird die Anschuldigung Rußlands als Aggressor in diesem Konflikt hingenommen. Abgesehen davon, daß es für die objektive Beurteilung geschichtlicher Ereignisse unerlässlich ist, deren Hintergründe zu benennen, sollten die Geschehnisse niemals losgelöst von den Zeitumständen betrachtet werden. Mit der Osterweiterung der NATO öffnete der Westen die Tür für einen Krieg gegen Rußland, die insbesondere von Deutschland weit offen gehalten wird.

Ella Schleese, Frankfurt/Oder

Suche nach „KLK an PTX“

Danke für das neue Heft mit den Beiträgen, besonders auch zum 22. Juni 1941. Dieses Datum sollte für uns immer in Erinnerung bleiben. Zur Tragik gehört auch, daß nicht nur die erste Garde der Roten Armee liquidiert wurde, sondern daß vor allem die ernsthaften Warnungen, z.B. von Richard Sorge oder der „Roten Kapelle“, nicht zur rechten Zeit von der Führung um Stalin wahrgenommen wurden. Wenigstens in den Herbstagen 1941 nahm Stalin die letzte Nachricht von Richard Sorge ernst und konnte die Fernostarmee in die Schlacht um Moskau führen.

Im Spielfilm um die Rote Kapelle „KLK an PTX“ spielt der 22. Juni eine wesentliche Rolle. Die 20-teilige Dokumentation ist mir noch bestens in Erinnerung. Leider habe ich sie aber bisher nirgends auf DVD gefunden. Ob sie irgendwo im Nirvana des Internets zu finden ist?

Reinhard Sandrock, Dresden



Am 10. Juli 1941 begann die zweimonatige Kesselschlacht von Smolensk. Der hartnäckige Widerstand der Roten Armee beendete die Blitzkriegspläne der Wehrmacht beim Überfall auf die Sowjetunion

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Reiner Neubert
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
Berliner Sparkasse

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.